

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes **zu den Änderungsurkunden vom 6. November 1998** **zur Konstitution und zur Konvention** **der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992**

A. Zielsetzung

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion. Grundlagen sind die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikation regeln. Auf der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Minneapolis 1998 sind eine Reihe von Änderungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Kioto 1994 bereits geänderten Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) beschlossen worden. Die in Minneapolis beschlossenen Änderungen sollen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt werden.

B. Lösung

Den Änderungen der Konstitution und der Konvention wird durch Vertragsgesetz zugestimmt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Die Kosten für den jährlichen Mitgliedsbeitrag werden wie bisher aus dem Bundshaushalt getragen. Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet.

E. Sonstige Kosten

Keine

Der Bundeskanzler
022 (421) – 961 06 – Te 36/00

Berlin, den 24. Juli 2000

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungsurkunden vom 6. November 1998 zur
Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom
22. Dezember 1992

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Der Bundesrat hat in seiner 753. Sitzung am 14. Juli 2000 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des
Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf**Gesetz
zu den Änderungsurkunden vom 6. November 1998
zur Konstitution und zur Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Minneapolis am 6. November 1998 unterzeichneten Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994), wird zugestimmt. Die Änderungsurkunden sowie die Erklärungen und Vorbehalte vom 6. November 1998 werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention gemäß Artikel 4 Abs. 3 der Konstitution ergänzen, sowie Änderungen zu diesen Vollzugsordnungen, die die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste der Internationalen Fernmeldeunion beschließen, in Kraft zu setzen und Regelungen über die Verkündung der Vollzugsordnungen sowie ihrer Änderungen zu treffen.

Artikel 3

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der geänderten Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung in der Neufassung bekannt machen.

Artikel 4

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist erforderlich, da das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie durch Artikel 2 des Gesetzes ermächtigt wird, Rechtsverordnungen abweichend von Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 gibt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Möglichkeit, die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 ergänzen, durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Nach Artikel 13 Abs. 1 und Artikel 25 Abs. 1 der Konstitution können die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste die o.a. Vollzugsordnungen teilweise oder vollständig ändern. Ihre Beschlüsse müssen jedoch gemäß Artikel 13 Abs. 4 und Artikel 25 Abs. 2 der Konstitution in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion entsprechen. Damit das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Möglichkeit erhält, auch eine solche Änderung in gleicher Weise in innerstaatliches Recht umzusetzen, schließt die Ermächtigung diesen Fall ein.

Es ist vorgesehen, dass Rechtsverordnungen zur Inkraftsetzung der Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ergänzen, nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Denn bei den Vollzugsordnungen handelt es sich um eine nachrangige Rechtsmaterie, deren Inhalt in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion entsprechen muss, denen der Bundesrat im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens bereits zugestimmt hat.

Wegen des großen Volumens der in den Vollzugsordnungen enthaltenen technischen und betrieblichen Detailvorschriften und ihrer großen Änderungshäufigkeit erscheint eine anderweitige gesetzliche Regelung im Sinne von Artikel 82 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes bezüglich der Verkündung der Rechtsverordnungen – nämlich der Verzicht auf eine vollständige Verkündung im Bundesgesetzblatt – geboten. Auch dann sind die vollständigen Texte dem Bürger jederzeit zugänglich, da die vorgesehene Rechtsverordnung im Bundesgesetzblatt verkündet wird und in der Rechtsverordnung eine Regelung über die anderweitige Verkündung der betroffenen Vollzugsordnungen enthalten ist.

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die geänderte Fassung in der Neufassung bekannt machen.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Tag, an dem die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten – der Tag der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär der Internationalen Fernmeldeunion – im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Artikel 28 der Konstitution einen Beitrag zu den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion zu leisten. Dieser Beitrag, dessen Höhe von den Ausgaben der Union abhängig ist und der zur Zeit etwa 12 Millionen DM pro Jahr beträgt, wird aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Deshalb hat der Gesetzentwurf keine Auswirkungen auf Einzelpreise bzw. das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

**Schlussakten
der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
(Minneapolis 1998)**

Änderungsurkunden
zur Konstitution und zur Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992),
geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
(Kioto 1994)

**Actes finals
de la Conférence de plénipotentiaires
(Minneapolis, 1998)**

Instruments d'amendement
à la Constitution et à la Convention
de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992)
telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires
(Kyoto, 1994)

Note explicative

**Notations marginales
utilisées dans les Actes finals**

Les modifications adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) par rapport aux textes de la Constitution et Convention (Genève, 1992), telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), sont précédées des notations marginales suivantes:

- ADD = adjonction d'une nouvelle disposition
- MOD = modification d'une disposition existante
- (MOD) = modification de forme d'une disposition existante
- SUP = disposition supprimée

Ces notations sont suivies du numéro de la disposition existante. Une nouvelle disposition (symbole ADD) s'insère à l'endroit correspondant au numéro de ladite disposition, suivie d'une lettre.

(Übersetzung)

Erläuterung

Zeichen am Rand der Texte der Schlussakten

Die Änderungen, die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) im Vergleich zu den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Texten der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) angenommen wurden, sind mit den folgenden Zeichen am Rand versehen:

- ADD = Hinzufügung einer neuen Bestimmung
- MOD = Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- (MOD) = redaktionelle Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- SUP = Streichung einer vorhandenen Bestimmung

Diesen Zeichen folgt die Nummer der vorhandenen Bestimmung. Eine neue Bestimmung (Zeichen ADD) ist an der Stelle eingefügt, die der Nummer der betreffenden Bestimmung entspricht; der Nummer ist ein Buchstabe beigefügt.

Table des matières

**Instrument d'amendement
à la Constitution de l'Union internationale
des télécommunications (Genève, 1992)
adopté par la Conférence de
plénipotentiaires (Kyoto, 1994)**

(Amendements adoptés
par la Conférence de plénipotentiaires
(Minneapolis, 1998))

Partie I

Avant-propos

Chapitre I

Dispositions de base

	Article
Objet de l'Union	1
Composition de l'Union	2
Droits et obligations des Etats Membres et des Membres des Secteurs	3
Instruments de l'Union	4
Exécution des instruments de l'Union	6
Structure de l'Union	7
La Conférence de plénipotentiaires	8
Principes relatifs aux élections et questions connexes	9
Le Conseil	10
Secrétariat général	11

Chapitre II

Secteur des radiocommunications

Fonctions et structure	12
Conférences des radiocommunications et assemblées des radiocommunications	13
Comité du Règlement des radiocommunications	14
Commissions d'études et groupe consultatif des radio- communications	15

Chapitre III

Secteur de la normalisation
des télécommunications

Fonctions et structure	17
Assemblées mondiales de normalisation des télécommu- nications	18
Commissions d'études et Groupe consultatif de la norma- lisation des télécommunications	19

Inhaltsverzeichnis

**Änderungsurkunde zur Konstitution
der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992), geändert durch die
Konferenz der Regierungs-
bevollmächtigten (Kioto 1994)**

(Von der Konferenz der Regierungs-
bevollmächtigten (Minneapolis 1998)
angenommene Änderungen)

Teil I

Einführung

Kapitel I

Grundlegende Bestimmungen

	Artikel
Zweck der Union	1
Zusammensetzung der Union	2
Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten und der Sektor- mitglieder	3
Grundsatzdokumente der Union	4
Anwendung der Grundsatzdokumente der Union	6
Aufbau der Union	7
Konferenz der Regierungsbevollmächtigten	8
Grundsätze für die Wahlen und damit verbundene Fragen	9
Rat	10
Generalsekretariat	11

Kapitel II

Sektor für das Funkwesen

Aufgaben und Aufbau	12
Funkkonferenzen und Funkversammlungen	13
Funkregulierungsausschuss	14
Studienkommissionen und beratende Gruppe für das Funkwesen	15

Kapitel III

Sektor für die Standardisierung
im Fernmeldewesen

Aufgaben und Aufbau	17
Weltweite Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen	18
Studienkommissionen und beratende Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen	19

Chapitre IV		Kapitel IV	
Secteur du développement des télécommunications		Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens	
	Article		Artikel
Fonctions et structure	21	Aufgaben und Aufbau	21
Conférences de développement des télécommunications	22	Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens . . .	22
Commissions d'études du développement des télécommunications et Groupe consultatif pour le développement des télécommunications	23	Studienkommissionen und beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens	23
Chapitre V		Kapitel V	
Autres dispositions relatives au fonctionnement de l'Union		Weitere Bestimmungen über die Arbeitsweise der Union	
Conférences mondiales des télécommunications internationales	25	Weltweite Konferenzen für internationale Fernmeldedienste	25
Les fonctionnaires élus et le personnel de l'Union	27	Die gewählten Beamten und das Personal der Union	27
Finances de l'Union	28	Finanzen der Union	28
Capacité juridique de l'Union	31	Rechtsfähigkeit der Union	31
Règlement intérieur des conférences et autres réunions . . .	32	Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen	32
Chapitre VI		Kapitel VI	
Dispositions générales relatives aux télécommunications		Allgemeine Bestimmungen über den Fernmeldedienst	
Droit du public à utiliser le service international de télécommunication	33	Recht der Öffentlichkeit auf Benutzung des internationalen Fernmeldedienstes	33
Arrêt des télécommunications	34	Anhalten von Fernmeldenachrichten	34
Suspension du service	35	Einstellung des Dienstes	35
Responsabilité	36	Haftung	36
Secret des télécommunications	37	Fernmeldegeheimnis	37
Etablissement, exploitation et sauvegarde des voies et des installations de télécommunications	38	Errichtung, Betrieb und Schutz der Fernmeldeübertragungswege und Fernmeldeeinrichtungen	38
Notification des contraventions	39	Notifikation von Vertragsverletzungen	39
Arrangements particuliers	42	Besondere Vereinbarungen	42
Conférences régionales, arrangements régionaux, organisations régionales	43	Regionale Konferenzen, regionale Vereinbarungen, regionale Organisationen	43
Chapitre VII		Kapitel VII	
Dispositions spéciales relatives aux radiocommunications		Besondere Bestimmungen über den Funkdienst	
Utilisation du spectre des fréquences radioélectriques ainsi que de l'orbite des satellites géostationnaires et d'autres orbites	44	Nutzung des Funkfrequenzspektrums sowie der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und anderer Umlaufbahnen	44
Brouillages préjudiciables	45	Schädliche Störungen	45
Signaux de détresse, d'urgence, de sécurité ou d'identification faux ou trompeurs	47	Falsche oder irreführende Notzeichen, Dringlichkeitszeichen, Sicherheitszeichen oder Kennungen	47
Installations des services de défense nationale	48	Funkanlagen für die nationale Verteidigung	48
Chapitre VIII		Kapitel VIII	
Relations avec l'Organisation des Nations Unies, les autres organisations internationales et les Etats non-Membres		Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen, zu anderen internationalen Organisationen und zu Nichtmitgliedstaaten	
Relations avec des Etats non-Membres	51	Beziehungen zu Nichtmitgliedstaaten	51
Chapitre IX		Kapitel IX	
Dispositions finales		Schlussbestimmungen	
Ratification, acception ou approbation	52	Ratifikation, Annahme oder Genehmigung	52
Adhésion	53	Beitritt	53
Règlements administratifs	54	Vollzugsordnungen	54
Dispositions pour amender la présente Constitution	55	Bestimmungen zur Änderung dieser Konstitution	55

	Article	Artikel	
Règlement des différends	56	Beilegung von Streitfällen	56
Dénonciation de la présente Constitution et de la Convention	57	Kündigung dieser Konstitution und der Konvention	57
Entrée en vigueur et questions connexes	58	Inkrafttreten und damit verbundene Fragen	58

Partie II

Date d'entrée en vigueur

Formule finale

Annexe

Définition de certains termes employés dans la présente Constitution, dans la Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications

Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Schlussformel

Anlage

Definition einiger in dieser Konstitution, in der Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe

**Instrument d'amendement
à la Convention de l'Union internationale
des télécommunications (Genève, 1992)
adopté par la Conférence de plénipotentiaires
(Kyoto, 1994)**

(Amendements adoptés
par la Conférence de plénipotentiaires
(Minneapolis, 1998))

**Partie I
Avant-propos**

**Chapitre I
Fonctionnement de l'Union**

	Article
La Conférence de plénipotentiaires	1
Elections et questions connexes	2
Autres conférences et assemblées	3
Le Conseil	4
Secrétariat général	5
Comité de coordination	6
Conférences mondiales des radiocommunications	7
Assemblées des radiocommunications	8
Conférences régionales des radiocommunications	9
Commissions d'études des radiocommunications	11
Groupe consultatif des radiocommunications	11A
Bureau des radiocommunications	12
Assemblée mondiale de normalisation des télécommuni- cations	13
Commissions d'études de la normalisation des télécom- munications	14
Groupe consultatif de la normalisation des télécommuni- cations	14A
Bureau de la normalisation des télécommunications	15
Conférences de développement des télécommunications	16
Commissions d'études du développement des télécom- munications	17
Groupe consultatif pour le développement des télécom- munications	17A
Bureau de développement des télécommunications	18
Participation d'entités et organisations autres que les administrations aux activités de l'Union	19
Conduite des travaux des commissions d'études	20

Chapitre II

**Dispositions générales concernant
les conférences et les assemblées**

Invitation et admission aux Conférences de plénipoten- tiaires lorsqu'il y a un gouvernement invitant	23
Invitation et admission aux conférences des radiocommu- nications lorsqu'il y a un gouvernement invitant	24
Invitation et admission aux assemblées des radiocommu- nications, aux assemblées mondiales de normalisation des télécommunications et aux conférences de développement des télécommunications lorsqu'il y a un gouvernement invitant	25

**Änderungsurkunde zur Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992), geändert durch die
Konferenz der Regierungs-
bevollmächtigten (Kioto 1994)**

(Von der Konferenz der Regierungs-
bevollmächtigten (Minneapolis 1998)
angenommene Änderungen)

**Teil I
Einführung**

**Kapitel I
Arbeitsweise der Union**

	Artikel
Konferenz der Regierungsbevollmächtigten	1
Wahlen und damit verbundene Fragen	2
Andere Konferenzen und Versammlungen	3
Rat	4
Generalsekretariat	5
Koordinierungsausschuss	6
Weltweite Funkkonferenzen	7
Funkversammlungen	8
Regionale Funkkonferenzen	9
Studienkommissionen für das Funkwesen	11
Beratende Gruppe für das Funkwesen	11A
Büro für das Funkwesen	12
Weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fern- meldewesen	13
Studienkommissionen für die Standardisierung im Fern- meldewesen	14
Beratende Gruppe für die Standardisierung im Fernmelde- wesen	14A
Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen	15
Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	16
Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmelde- wesens	17
Beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmelde- wesens	17A
Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens	18
Teilnahme von anderen Rechtsträgern und Organisationen als den Verwaltungen an den Arbeiten der Union	19
Arbeitsweise der Studienkommissionen	20

Kapitel II

**Allgemeine Bestimmungen
über die Konferenzen und Versammlungen**

Einladung und Zulassung zu den Konferenzen der Regie- rungsbevollmächtigten, wenn eine Regierung einlädt	23
Einladung und Zulassung zu den Funkkonferenzen, wenn eine Regierung einlädt	24
Einladung und Zulassung zu den Funkversammlungen, den weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens, wenn eine Regierung einlädt	25

Article	Artikel
Procédure de convocation ou d'annulation de conférences ou d'assemblées mondiales à la demande d'Etats Membres ou sur proposition du Conseil 26	Verfahren für die Einberufung oder Streichung von weltweiten Konferenzen oder Versammlungen auf Antrag von Mitgliedstaaten oder auf Vorschlag des Rates 26
Procédure de convocation de conférences régionales à la demande des Etats Membres ou sur proposition du Conseil 27	Verfahren für die Einberufung regionaler Konferenzen auf Antrag von Mitgliedstaaten oder auf Vorschlag des Rates 27
Dispositions relatives aux conférences et aux assemblées qui se réunissent sans gouvernement invitant 28	Bestimmungen für Konferenzen und Versammlungen, die zusammentreten, ohne dass eine Regierung einlädt 28
Changement du lieu ou des dates d'une conférence ou d'une assemblée 29	Änderung des Ortes oder des Zeitpunkts einer Konferenz oder Versammlung 29
Délais et modalités de présentation des propositions et des rapports aux conférences 30	Fristen und Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen und Berichten für die Konferenzen 30
Pouvoirs aux conférences 31	Vollmachten bei den Konferenzen 31
Chapitre III	Kapitel III
Règlement intérieur	Geschäftsordnung
Règlement intérieur des conférences et autres réunions . . 32	Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen 32
Droit de vote 32A	Stimmrecht 32A
Réserves 32B	Vorbehalte 32B
Chapitre IV	Kapitel IV
Autres dispositions	Andere Bestimmungen
Finances 33	Finanzen 33
Langues 35	Sprachen 35
Chapitre V	Kapitel V
Dispositions diverses relatives à l'exploitation des services de télécommunication	Verschiedene Bestimmungen über den Betrieb der Fernmeldedienste
Etablissement et règlement des comptes 37	Aufstellung und Begleichung von Rechnungen 37
Unité monétaire 38	Währungseinheit 38
Langage secret 40	Geheime Sprache 40
Chapitre VI	Kapitel VI
Arbitrage et amendement	Schiedsgerichtsbarkeit und Änderung der Konvention
Arbitrage: procédure 41	Schiedsgerichtsbarkeit: Verfahren 41
Dispositions pour amender la présente Convention 42	Bestimmungen zur Änderung dieser Konvention 42
Annexe	Anlage
Définition de certains termes employés dans la présente Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications	Definition einiger in dieser Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe
Partie II	Teil II
Date d'entrée en vigueur	Zeitpunkt des Inkrafttretens
Déclarations et Réserves	Erklärungen und Vorbehalte
Algérie (République algérienne démocratique et populaire) (33, 34, 40)	Demokratische Volksrepublik Algerien (33, 34, 40)
Allemagne (République fédérale d') (63, 66, 84, 97, 111, 112, 113)	Bundesrepublik Deutschland (63, 66, 84, 97, 111, 112, 113)
Arabie saoudite (Royaume d') (33, 40, 43)	Königreich Saudi-Arabien (33, 40, 43)
Arménie (République d') (95)	Republik Armenien (95)
Australie (94)	Australien (94)
Autriche (44, 63, 111, 112, 113)	Österreich (44, 63, 111, 112, 113)
Bahamas (Commonwealth des) (32)	Commonwealth der Bahamas (32)
Bahreïn (Etat de) (40, 43)	Staat Bahrain (40, 43)
Bangladesh (République populaire du) (80)	Volksrepublik Bangladesch (80)

Barbade (68)	Barbados (68)
Bélarus (République du) (95)	Republik Belarus (95)
Belgique (44, 63, 111, 112, 113)	Belgien (44, 63, 111, 112, 113)
Bénin (République du) (30)	Republik Benin (30)
Bhoutan (Royaume du) (107)	Königreich Bhutan (107)
Botswana (République du) (72)	Republik Botsuana (72)
Brésil (République fédérative du) (108)	Föderative Republik Brasilien (108)
Brunéi Darussalam (59)	Brunei Darussalam (59)
Bulgarie (République de) (27)	Republik Bulgarien (27)
Burkina Faso (12)	Burkina Faso (12)
Burundi (République du) (26)	Republik Burundi (26)
Cameroun (République du) (33, 51)	Republik Kamerun (33, 51)
Canada (82)	Kanada (82)
Cap-Vert (République du) (5)	Republik Kap Verde (5)
Chili (109)	Chile (109)
Chine (République populaire de) (28)	Volksrepublik China (28)
Chypre (République de) (65, 66, 104)	Republik Zypern (65, 66, 104)
Colombie (République de) (50)	Republik Kolumbien (50)
Comores (République fédérale islamique des) (40, 85)	Islamische Bundesrepublik Komoren (40, 85)
Corée (République de) (106)	Republik Korea (106)
Costa Rica (8)	Costa Rica (8)
Côte d'Ivoire (République de) (79)	Republik Côte d'Ivoire (79)
Cuba (81)	Kuba (81)
Danemark (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)	Dänemark (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)
Dominique (Commonwealth de la) (3)	Commonwealth Dominica (3)
Egypte (République arabe d') (33)	Arabische Republik Ägypten (33)
Emirats arabes unis (40, 43)	Vereinigte Arabische Emirate (40, 43)
Equateur (78)	Ecuador (78)
Espagne (48, 63, 112, 113)	Spanien (48, 63, 112, 113)
Estonie (République d') (64, 65, 66, 111, 112, 113)	Republik Estland (64, 65, 66, 111, 112, 113)
Etats-Unis d'Amérique (90, 91, 92, 101, 102, 111)	Vereinigte Staaten von Amerika (90, 91, 92, 101, 102, 111)
Ethiopie (République fédérale démocratique d') (103)	Demokratische Bundesrepublik Äthiopien (103)
Fidji (République de) (41)	Republik Fidschi (41)
Finlande (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)	Finnland (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)
France (63, 69, 111, 112, 113)	Frankreich (63, 69, 111, 112, 113)
Gabonaise (République) (16)	Gabunische Republik (16)
Gambie (République de) (35)	Republik Gambia (35)
Ghana (61)	Ghana (61)
Grèce (53, 63, 65, 111, 112, 113)	Griechenland (53, 63, 65, 111, 112, 113)
Guyana (67)	Guyana (67)
Haïti (République d') (115)	Republik Haiti (115)
Hongrie (République de) (52)	Republik Ungarn (52)
Inde (République de l') (87, 97)	Republik Indien (87, 97)
Iran (République islamique d') (39, 40)	Islamische Republik Iran (39, 40)
Irlande (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)	Irland (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)
Islande (64, 65, 66, 111)	Island (64, 65, 66, 111)
Israël (Etat d') (77, 98)	Staat Israel (77, 98)
Italie (31, 63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)	Italien (31, 63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)
Japon (96, 97, 111)	Japan (96, 97, 111)
Jordanie (Royaume hachémite de) (33, 37)	Haschemitisches Königreich Jordanien (33, 37)
Kazakstan (République du) (95, 114)	Republik Kasachstan (95, 114)
Kenya (République du) (47)	Republik Kenia (47)

Koweït (Etat du) (33, 40, 43)	Staat Kuwait (33, 40, 43)
Lao (République démocratique populaire) (110)	Demokratische Volksrepublik Laos (110)
Lesotho (Royaume du) (56)	Königreich Lesotho (56)
Lettonie (République de) (64, 65, 66)	Republik Lettland (64, 65, 66)
Liban (40, 42)	Libanon (40, 42)
Libye (Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste) (1)	Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija (1)
Liechtenstein (Principauté de) (64, 66, 111, 112)	Fürstentum Liechtenstein (64, 66, 111, 112)
Luxembourg (44, 63, 111, 112, 113)	Luxemburg (44, 63, 111, 112, 113)
Malaisie (20)	Malaysia (20)
Maldives (République des) (9)	Republik Malediven (9)
Mali (République du) (19)	Republik Mali (19)
Malte (33, 65, 66, 76, 111)	Malta (33, 65, 66, 76, 111)
Maroc (Royaume du) (33)	Königreich Marokko (33)
Maurice (République de) (89*)	Republik Mauritius (89*)
Mauritanie (République islamique de) (33, 40, 99)	Islamische Republik Mauretanien (33, 40, 99)
Mexique (57)	Mexiko (57)
Moldova (République de) (36)	Republik Moldau (36)
Mozambique (République du) (17)	Republik Mosambik (17)
Namibie (République de) (100)	Republik Namibia (100)
Niger (République du) (69)	Republik Niger (69)
Nigéria (République fédérale du) (105)	Bundesrepublik Nigeria (105)
Norvège (65, 66, 111, 112, 113)	Norwegen (65, 66, 111, 112, 113)
Nouvelle-Zélande (83)	Neuseeland (83)
Oman (Sultanat d') (33, 40, 42, 43)	Sultanat Oman (33, 40, 42, 43)
Ouganda (République de l') (46)	Republik Uganda (46)
Ouzbékistan (République d') (6)	Republik Usbekistan (6)
Pakistan (République islamique du) (33, 40, 55)	Islamische Republik Pakistan (33, 40, 55)
Panama (République du) (7)	Republik Panama (7)
Papouasie-Nouvelle-Guinée (88)	Papua-Neuguinea (88)
Pays-Bas (Royaume des) (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)	Königreich der Niederlande (63, 64, 65, 66, 111, 112, 113)
Philippines (République des) (75)	Republik der Philippinen (75)
Pologne (République de) (24, 111, 113)	Republik Polen (24, 111, 113)
Portugal (15, 63, 64, 111, 112, 113)	Portugal (15, 63, 64, 111, 112, 113)
Qatar (Etat du) (42)	Staat Katar (42)
République arabe syrienne (33, 40, 70)	Arabische Republik Syrien (33, 40, 70)
République démocratique du Congo (4)	Demokratische Republik Kongo (4)
République kirghize (11)	Kirgisische Republik (11)
République slovaque (62, 111, 112, 113)	Slowakische Republik (62, 111, 112, 113)
République tchèque (58, 111, 113)	Tschechische Republik (58, 111, 113)
Roumanie (65, 66)	Rumänien (65, 66)
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (63, 64, 66, 97, 111, 112, 113)	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (63, 64, 66, 97, 111, 112, 113)
Russie (Fédération de) (95, 114)	Russische Föderation (95, 114)
Saint-Marin (République de) (29)	Republik San Marino (29)
Sénégal (République du) (86)	Republik Senegal (86)
Singapour (République de) (23)	Republik Singapur (23)
Slovénie (République de) (60)	Republik Slowenien (60)
Sudafricaine (République) (45)	Republik Südafrika (45)
Suède (63, 64, 65, 111, 112, 113)	Schweden (63, 64, 65, 111, 112, 113)
Suisse (Confédération) (64, 66, 111, 112)	Schweizerische Eidgenossenschaft (64, 66, 111, 112)

*) Note du Secrétariat général – République de Maurice n'a pas signé les Actes finals de la Conférence.

*) Anmerkung des Generalsekretariats – Die Republik Mauritius hat die Schlussakten der Konferenz nicht unterzeichnet.

Suriname (République du) (2)	Republik Suriname (2)
Swaziland (Royaume du) (22)	Königreich Swasiland (22)
Tanzanie (République-Unie de) (71)	Vereinigte Republik Tansania (71)
Thaïlande (18)	Thailand (18)
Togolaise (République) (38)	Republik Togo (38)
Tonga (Royaume des) (25)	Königreich Tonga (25)
Tunisie (33, 40)	Tunesien (33, 40)
Turquie (65, 74, 113)	Türkei (65, 74, 113)
Ukraine (21, 114)	Ukraine (21, 114)
Uruguay (République orientale de l') (10)	Republik Östlich des Uruguay (10)
Venezuela (République du) (73)	Republik Venezuela (73)
Viet Nam (République socialiste du) (49)	Sozialistische Republik Vietnam (49)
Yémen (République du) (13, 33, 40)	Republik Jemen (13, 33, 40)
Zambie (République de) (54)	Republik Sambia (54)
Zimbabwe (République du) (14)	Republik Simbabwe (14)

**Änderungsurkunde
zur Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992)**

geändert durch
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994)

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)
angenommene Änderungen^{*)})

**Instrument d'amendement
à la Constitution
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)**

telle qu'amendée par
la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994)

(Amendements adoptés par
la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998)^{*)})

Partie I

Avant-propos

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), et notamment des dispositions de son article 55, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) a adopté les amendements ci-après à la Constitution précitée:

Chapitre I

Dispositions de base

Article 1 (CS)

Objet de l'Union

- MOD 3** a) de maintenir et d'étendre la coopération internationale entre tous ses Etats Membres pour l'amélioration et l'emploi rationnel des télécommunications de toutes sortes;
- ADD 3A** a^{bis}) d'encourager et d'élargir la participation d'entités et d'organisations aux activités de l'Union et d'assurer une coopération et un partenariat fructueux entre elles et les Etats Membres en vue de répondre aux objectifs généraux énoncés dans l'objet de l'Union;

Teil I

Einführung

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), insbesondere des Artikels 55, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) folgende Änderungen der genannten Konstitution angenommen:

Kapitel I

Grundlegende Bestimmungen

Artikel 1 (KS)

Zweck der Union

- MOD 3** a) die internationale Zusammenarbeit zwischen allen ihren Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verbesserung und den zweckmäßigen Einsatz der Fernmeldeeinrichtungen aller Art zu erhalten und auszubauen;
- ADD 3A** a^{bis}) die Teilnahme von Rechtsträgern und Organisationen an den Arbeiten der Union zu fördern und zu verstärken und eine fruchtbare Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen diesen und den Mitgliedstaaten sicherzustellen, damit die im Zusammenhang mit dem Zweck der Union genannten allgemeinen Ziele erreicht werden;

^{*)} Conformément à la Résolution 70 (Minneapolis, 1998), relative à l'intégration du principe de l'égalité des sexes dans les travaux de l'UIT, les instruments fondamentaux de l'Union (Constitution et Convention) doivent être considérés comme rédigés dans un langage neutre.

^{*)} Nach Entschließung 70 (Minneapolis 1998) über die Berücksichtigung des Prinzips der Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei den Arbeiten der UIT sind die Grundsatzdokumente der Union (Konstitution und Konvention) als in einer geschlechtsneutralen Sprache abgefasst zu betrachten.

MOD 4	b) de promouvoir et d'offrir l'assistance technique aux pays en développement dans le domaine des télécommunications, et de promouvoir également la mobilisation des ressources matérielles, humaines et financières nécessaires à sa mise en oeuvre, ainsi que l'accès à l'information;	b) die technische Hilfe auf dem Gebiet des Fernmeldewesens für die Entwicklungsländer zu fördern und sie ihnen anzubieten und ferner die Mobilisierung der für die Durchführung dieser Hilfe notwendigen materiellen, menschlichen und finanziellen Ressourcen sowie den Zugang zu Informationsquellen zu fördern;	MOD 4
MOD 8	f) d'harmoniser les efforts des Etats Membres et de favoriser une coopération et un partenariat fructueux et constructifs entre les Etats Membres et les Membres des Secteurs vers ces fins;	f) im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele die Bemühungen der Mitgliedstaaten in Einklang zu bringen und eine fruchtbare und konstruktive Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern zu fördern;	MOD 8
MOD 11	a) effectue l'attribution des bandes de fréquences du spectre radioélectrique, l'allotissement des fréquences radioélectriques et l'enregistrement des assignations de fréquence et, pour les services spatiaux, de toute position orbitale associée sur l'orbite des satellites géostationnaires ou de toute caractéristique associée de satellites sur d'autres orbites afin d'éviter les brouillages préjudiciables entre les stations de radiocommunication des différents pays;	a) Sie weist die Frequenzbereiche des Funkfrequenzspektrums zu, verteilt die Frequenzen und registriert die Frequenzuteilungen und, bei den Weltraumfunkdiensten, alle zugehörigen Orbitpositionen in der Umlaufbahn der geostationären Satelliten oder alle zugehörigen Merkmale von Satelliten in anderen Umlaufbahnen, damit schädliche Störungen zwischen den Funkstellen der verschiedenen Länder vermieden werden;	MOD 11
MOD 12	b) coordonne les efforts en vue d'éliminer les brouillages préjudiciables entre les stations de radiocommunication des différents pays et d'améliorer l'utilisation du spectre des fréquences radioélectriques pour les services de radiocommunication ainsi que de l'orbite des satellites géostationnaires et d'autres orbites;	b) sie koordiniert die Bemühungen, schädliche Störungen zwischen den Funkstellen der verschiedenen Länder zu beseitigen und die Nutzung des Funkfrequenzspektrums für die Funkdienste sowie der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und anderer Umlaufbahnen zu verbessern;	MOD 12
MOD 14	d) encourage la coopération et la solidarité internationales en vue d'assurer l'assistance technique aux pays en développement ainsi que la création, le développement et le perfectionnement des installations et des réseaux de télécommunication dans les pays en développement par tous les moyens à sa disposition, y compris sa participation aux programmes appropriés des Nations Unies et l'utilisation de ses propres ressources, selon les besoins;	d) sie fördert die internationale Zusammenarbeit und Solidarität, um den Entwicklungsländern technische Hilfe zu leisten und um sicherzustellen, dass die Errichtung und Entwicklung sowie die Verbesserung der Fernmeldeeinrichtungen und -netze in den Entwicklungsländern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorangetrieben werden; dazu gehören je nach Bedarfsfall auch ihre Teilnahme an den entsprechenden Programmen der Vereinten Nationen und der Einsatz ihrer eigenen Ressourcen;	MOD 14
MOD 16	f) favorise la collaboration entre les Etats Membres et les Membres des Secteurs en vue d'établir des tarifs à des niveaux aussi bas que possible, compatibles avec un service de bonne qualité et une gestion financière des télécommunications saine et indépendante;	f) sie fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern im Hinblick auf die Festsetzung möglichst niedriger Gebühren, soweit diese mit einem Dienst hoher Güte und einer gesunden und unabhängigen Finanzwirtschaft im Fernmeldewesen vereinbar sind;	MOD 16
ADD 19A	j) encourage la participation des entités concernées aux activités de l'Union et la coopération avec les organisations régionales ou autres en vue de répondre à l'objet de l'Union.	j) sie fördert die Teilnahme der betroffenen Rechtsträger an den Arbeiten der Union und die Zusammenarbeit mit regionalen oder anderen Organisationen, um den Zweck der Union zu erfüllen.	ADD 19A

Article 2 (CS)**Composition de l'Union**

MOD 20 L'Union internationale des télécommunications est une organisation intergouvernementale dans laquelle les Etats Membres et les Membres des Secteurs, qui ont des droits et des obligations bien définis, coopèrent en vue de répondre à l'objet de l'Union. Eu égard au principe d'universalité et à l'intérêt d'une participation universelle à l'Union, celle-ci se compose de:

MOD 21 a) tout Etat qui est Etat Membre de l'Union internationale des télécommunications en tant que

Artikel 2 (KS)**Zusammensetzung der Union**

MOD 20 Die Internationale Fernmeldeunion ist eine zwischenstaatliche Organisation, in der die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder, die genau definierte Rechte und Pflichten haben, zusammenarbeiten, um den Zweck der Union zu erfüllen. Im Hinblick auf das Prinzip der Universalität und die Tatsache, dass die Teilnahme aller Länder an der Arbeit der Union wünschenswert ist, setzt sie sich zusammen aus

MOD 21 a) allen Staaten, die als Vertragspartei eines früheren Internationalen Fernmeldevertrags, der vor

	partie à toute Convention internationale des télécommunications avant l'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention;		
MOD 23	c) tout autre Etat, non Membre de l'Organisation des Nations Unies, qui demande à devenir Etat Membre de l'Union et qui, après que sa demande a été agréée par les deux tiers des Etats Membres de l'Union, adhère à la présente Constitution et à la Convention conformément aux dispositions de l'article 53 de la présente Constitution. Si une telle demande d'admission en qualité d'Etat Membre est présentée pendant la période comprise entre deux Conférences de plénipotentiaires, le Secrétaire général consulte les Etats Membres de l'Union; un Etat Membre est considéré comme s'étant abstenu s'il n'a pas répondu dans un délai de quatre mois à compter du jour où il a été consulté.	c) allen anderen Staaten, die nicht Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen sind, die aber einen Antrag auf Aufnahme als Mitgliedstaat der Union stellen und dieser Konstitution sowie der Konvention nach Artikel 53 dieser Konstitution beitreten, nachdem zwei Drittel der Mitgliedstaaten der Union ihrem Antrag zugestimmt haben. Wenn ein solcher Antrag auf Aufnahme als Mitgliedstaat in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten gestellt wird, befragt der Generalsekretär die Mitgliedstaaten der Union; antwortet ein Mitgliedstaat nicht binnen vier Monaten, von dem Tag an gerechnet, an dem er befragt wurde, so gilt dies als Stimmenthaltung.	MOD 23
	Article 3 (CS)		Artikel 3 (KS)
MOD	Droits et obligations des Etats Membres et des Secteurs	Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten und der Sektormitglieder	MOD
MOD 24	1. Les Etats Membres et les Membres des Secteurs ont les droits et sont soumis aux obligations prévus dans la présente Constitution et dans la Convention.	1. Die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder haben die Rechte und Pflichten, die in dieser Konstitution und in der Konvention vorgesehen sind.	MOD 24
MOD 25	2. Les droits des Etats Membres, en ce qui concerne leur participation aux conférences, réunions et consultations de l'Union, sont les suivants:	2. Hinsichtlich der Teilnahme an den von der Union durchgeführten Konferenzen, Tagungen und Befragungen haben die Mitgliedstaaten folgende Rechte:	MOD 25
MOD 26	a) tout Etat Membre a le droit de participer aux conférences, est éligible au Conseil et a le droit de présenter des candidats à l'élection des fonctionnaires élus de l'Union ou des membres du Comité du Règlement des radiocommunications;	a) Jeder Mitgliedstaat hat das Recht, an den Konferenzen teilzunehmen; er kann in den Rat gewählt werden und hat das Recht, eigene Kandidaten für die Wahl der gewählten Beamten der Union oder der Mitglieder des Funkregulierungsausschusses vorzuschlagen;	MOD 26
MOD 27	b) tout Etat Membre a, sous réserve des dispositions des numéros 169 et 210 de la présente Constitution, également droit à une voix à toutes les Conférences de plénipotentiaires, à toutes les conférences mondiales et à toutes les assemblées des Secteurs ainsi qu'à toutes les réunions des commissions d'études et, s'il fait partie du Conseil, à toutes les sessions de ce Conseil. Aux conférences régionales, seuls les Etats Membres de la région concernée ont le droit de vote;	b) vorbehaltlich der Nummern 169 und 210 dieser Konstitution hat jeder Mitgliedstaat das Recht auf eine Stimme bei allen Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, bei allen weltweiten Konferenzen und bei allen Versammlungen der Sektoren sowie bei allen Tagungen der Studienkommissionen und, wenn er Mitgliedstaat des Rates ist, bei allen Tagungen dieses Rates. Bei den regionalen Konferenzen sind nur die Mitgliedstaaten der betreffenden Region stimmberechtigt;	MOD 27
MOD 28	c) tout Etat Membre a, sous réserve des dispositions des numéros 169 et 210 de la présente Constitution, également droit à une voix dans toute consultation effectuée par correspondance. Dans le cas de consultations concernant des conférences régionales, seuls les Etats Membres de la région concernée ont le droit de vote.	c) vorbehaltlich der Nummern 169 und 210 dieser Konstitution hat jeder Mitgliedstaat auch bei allen schriftlichen Befragungen das Recht auf eine Stimme. Bei Befragungen, die regionale Konferenzen betreffen, sind nur die Mitgliedstaaten der betreffenden Region stimmberechtigt.	MOD 28
ADD 28A	3. En ce qui concerne leur participation aux activités de l'Union, les Membres des Secteurs sont autorisés à participer pleinement aux activités du Secteur dont ils sont membres, sous réserve des dispositions pertinentes de la présente Constitution et de la Convention:	3. Hinsichtlich der Teilnahme an der Tätigkeit der Union sind die Sektormitglieder berechtigt, ohne Einschränkung an der Tätigkeit des Sektors teilzunehmen, in dem sie Mitglied sind, vorbehaltlich der einschlägigen Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention:	ADD 28A
ADD 28B	a) ils peuvent fournir des présidents et des vice-présidents pour les assemblées et réunions des Secteurs, ainsi que pour les conférences mondiales de développement des télécommunications;	a) Sie dürfen Vorsitzende und Vizevorsitzende für die Versammlungen und Tagungen der Sektoren sowie für die weltweiten Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens stellen;	ADD 28B
ADD 28C	b) ils sont autorisés, sous réserve des dispositions pertinentes de la Convention et des décisions	b) sie sind, vorbehaltlich der einschlägigen Bestimmungen der Konvention und der diesbe-	ADD 28C

pertinentes adoptées à cet égard par la Conférence de plénipotentiaires, à participer à l'adoption des Questions et des Recommandations ainsi que des décisions relatives aux méthodes de travail et aux procédures du Secteur concerné.

Article 4 (CS)

Instruments de l'Union

- MOD 31** 3. Les dispositions de la présente Constitution et de la Convention sont de plus complétées par celles des Règlements administratifs énumérés ci-après, qui réglementent l'utilisation des télécommunications et lient tous les Etats Membres:
- le Règlement des télécommunications internationales,
 - le Règlement des radiocommunications.

Article 6 (CS)

Exécution des instruments de l'Union

- MOD 37** 1. Les Etats Membres sont tenus de se conformer aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs dans tous les bureaux et dans toutes les stations de télécommunication établis ou exploités par eux et qui assurent des services internationaux ou qui peuvent causer des brouillages préjudiciables aux services de radiocommunication d'autres pays, sauf en ce qui concerne les services qui échappent à ces obligations en vertu des dispositions de l'article 48 de la présente Constitution.
- MOD 38** 2. Les Etats Membres sont également tenus de prendre les mesures nécessaires pour imposer l'observation des dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs aux exploitations autorisées par eux à établir et à exploiter des télécommunications et qui assurent des services internationaux ou exploitent des stations pouvant causer des brouillages préjudiciables aux services de radiocommunication d'autres pays.

Article 7 (CS)

Structure de l'Union

- MOD 44** e) le Secteur de la normalisation des télécommunications, y compris les assemblées mondiales de normalisation des télécommunications;

Article 8 (CS)

La Conférence de plénipotentiaires

- MOD 47** 1. La Conférence de plénipotentiaires est composée de délégations représentant les Etats Membres. Elle est convoquée tous les quatre ans.
- MOD 48** 2. Sur la base de propositions des Etats Membres et compte tenu des rapports du Conseil, la Conférence de plénipotentiaires:
- MOD 50** b) examine les rapports du Conseil sur l'activité de l'Union depuis la précédente Conférence de plénipotentiaires ainsi que sur la politique générale et la planification stratégique de l'Union;
- MOD 51** c) établit les bases du budget de l'Union et fixe, compte tenu des décisions prises sur la

zûglich von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen einschlägigen Beschlüsse, berechtigt, bei der Annahme von Fragen und Empfehlungen sowie bei Beschlüssen bezüglich der Arbeitsweise und der Verfahren des betreffenden Sektors mitzuwirken.

Artikel 4 (KS)

Grundsatzdokumente der Union

- MOD 31** 3. Die Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention werden außerdem durch diejenigen der nachstehend aufgeführten Vollzugsordnungen ergänzt, die den Fernmeldeverkehr regeln; sie sind für alle Mitgliedstaaten verbindlich:
- die Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste,
 - die Vollzugsordnung für den Funkdienst.

Artikel 6 (KS)

Anwendung der Grundsatzdokumente der Union

- MOD 37** 1. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass bei allen von ihnen eingerichteten Fernmeldestellen und bei allen von ihnen betriebenen Funkstellen, die internationale Dienste wahrnehmen bzw. schädliche Störungen bei den Funkdiensten anderer Länder verursachen können, die Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen beachtet werden; ausgenommen sind solche Dienste, die diesen Verpflichtungen nach Artikel 48 dieser Konstitution nicht unterliegen.
- MOD 38** 2. Die Mitgliedstaaten sind außerdem verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die von ihnen zum Errichten und Betreiben von Fernmeldeanlagen ermächtigten Betriebsunternehmen, die internationale Dienste wahrnehmen oder Funkstellen betreiben, welche schädliche Störungen bei den Funkdiensten anderer Länder verursachen können, die Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen beachten.

Artikel 7 (KS)

Aufbau der Union

- MOD 44** e) den Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen einschließlich der weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen,

Artikel 8 (KS)

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten

- MOD 47** 1. Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten besteht aus Delegationen, welche die Mitgliedstaaten vertreten. Sie wird alle vier Jahre einberufen.
- MOD 48** 2. Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, gestützt auf die Vorschläge der Mitgliedstaaten und unter Berücksichtigung der Berichte des Rates,
- MOD 50** b) prüft die Berichte des Rates über die Tätigkeit der Union seit der letzten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und über die allgemeine Politik und die strategische Planung der Union;
- MOD 51** c) erstellt die Grundlagen für das Budget der Union und setzt unter Berücksichtigung der

	base des rapports mentionnés au numéro 50 ci-dessus, les limites financières correspondantes pour la période allant jusqu'à la Conférence de plénipotentiaires suivante, après avoir examiné tous les aspects pertinents de l'activité de l'Union durant cette période;	Beschlüsse, die aufgrund der in Nummer 50 genannten Berichte gefasst wurden, den entsprechenden finanziellen Rahmen für die Zeit bis zur nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten fest, nachdem sie alle maßgeblichen Gesichtspunkte der Tätigkeit der Union während dieser Zeit geprüft hat;	
ADD 51A	d) établit, en appliquant les procédures énoncées aux numéros 161D à 161G de la présente Constitution, le nombre total d'unités contributives pour la période allant jusqu'à la Conférence de plénipotentiaires suivante, sur la base des classes de contribution annoncées par les Etats Membres;	d) legt in Anwendung der in den Nummern 161D bis 161G dieser Konstitution dargelegten Verfahren die Gesamtzahl der Beitragseinheiten für die Zeit bis zur nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten mitgeteilten Beitragsklassen fest;	ADD 51A
MOD 54	f) élit les Etats Membres appelés à composer le Conseil;	f) wählt die Mitgliedstaaten, die den Rat bilden sollen;	MOD 54
MOD 57	i) examine et adopte, s'il y a lieu, les propositions d'amendement à la présente Constitution et à la Convention, formulées par les Etats Membres, conformément, respectivement, aux dispositions de l'article 55 de la présente Constitution et aux dispositions pertinentes de la Convention;	i) prüft die von den Mitgliedstaaten formulierten Änderungsvorschläge zu dieser Konstitution und zur Konvention und nimmt sie gegebenenfalls an, wobei sie nach Artikel 55 dieser Konstitution bzw. nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention vorgeht;	MOD 57
ADD 58A	j ^{bis}) adopte le Règlement intérieur des conférences et autres réunions de l'Union ainsi que les amendements audit Règlement;	j ^{bis}) nimmt die Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen der Union sowie die Änderungen zu dieser Geschäftsordnung an;	ADD 58A
MOD 59C	b) sur demande formulée individuellement par les deux tiers des Etats Membres et adressée au Secrétaire général;	b) auf Antrag von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten, die diesen Antrag einzeln an den Generalsekretär gerichtet haben;	MOD 59C
MOD 59D	c) sur proposition du Conseil, avec l'accord d'au moins les deux tiers des Etats Membres.	c) auf Vorschlag des Rates, mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedstaaten.	MOD 59D

Article 9 (CS)**Principes relatifs aux élections et questions connexes**

MOD 62	b) le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général, les directeurs des Bureaux et les membres du Comité du Règlement des radiocommunications soient élus parmi les candidats proposés par les Etats Membres en tant que leurs ressortissants, qu'ils soient tous ressortissants d'Etats Membres différents et que, lors de leur élection, il soit dûment tenu compte d'une répartition géographique équitable entre les régions du monde; en ce qui concerne les fonctionnaires élus, il faudrait en outre tenir dûment compte des principes énoncés au numéro 154 de la présente Constitution;	b) dass der Generalsekretär, der Vizegeneralsekretär, die Direktoren der Büros und die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses aus dem Kreis der von den Mitgliedstaaten als Staatsangehörige ihres Landes vorgeschlagenen Kandidaten gewählt werden, dass sie Staatsangehörige verschiedener Mitgliedstaaten sind und dass bei ihrer Wahl eine ausgewogene geographische Verteilung auf die Regionen der Erde gebührend berücksichtigt wird; was die gewählten Beamten betrifft, so sollten darüber hinaus die in Nummer 154 dieser Konstitution dargelegten Grundsätze gebührend berücksichtigt werden;	MOD 62
MOD 63	c) les membres du Comité du Règlement des radiocommunications soient élus à titre individuel; chaque Etat Membre ne peut proposer qu'un seul candidat.	c) dass die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses aufgrund ihrer persönlichen Qualifikation gewählt werden; jeder Mitgliedstaat darf nur einen einzigen Kandidaten vorschlagen.	MOD 63

Artikel 9 (KS)**Grundsätze für die Wahlen und damit verbundene Fragen****Article 10 (CS)****Le Conseil**

MOD 65	1. (1) Le Conseil est composé d'Etats Membres élus par la Conférence de plénipotentiaires conformément aux dispositions du numéro 61 de la présente Constitution.	1. (1) Der Rat besteht aus Mitgliedstaaten, die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten nach Nummer 61 dieser Konstitution gewählt werden.	MOD 65
MOD 69	4. (1) Le Conseil est chargé de prendre toutes mesures propres à faciliter la mise à exécution, par les Etats Membres, des dispositions de la présente Constitution, de la Convention, des Règlements administratifs, des décisions de la Conférence de plénipotentiaires et, le cas échéant, des décisions des autres conférences et réunions de l'Union,	4. (1) Der Rat trifft alle Maßnahmen, welche die Durchführung der Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen sowie die Durchführung der Beschlüsse der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und gegebenenfalls der Beschlüsse der anderen Konferenzen und Tagungen der Union durch die Mitgliedstaaten	MOD 69

Artikel 10 (KS)**Rat**

ainsi que d'accomplir toutes les autres tâches qui lui sont assignées par la Conférence de plénipotentiaires.

MOD 70

(2) Il examine les grandes questions de politique des télécommunications conformément aux directives générales de la Conférence de plénipotentiaires afin que les orientations politiques et la stratégie de l'Union soient parfaitement adaptées à l'évolution constante de l'environnement des télécommunications et établit un rapport sur la politique et sur la planification stratégique recommandées pour l'Union ainsi que sur leurs répercussions financières. Il utilise à cet effet les données préparées par le Secrétaire général en application du numéro 74A ci-dessous.

erleichtern können, und erfüllt alle anderen Aufgaben, die ihm von der Konferenz der Regierungsbvollmächtigten zugewiesen werden.

MOD 70

(2) Er befasst sich, unter Einhaltung der allgemeinen Richtlinien der Konferenz der Regierungsbvollmächtigten, mit den wichtigen Fragen der Telekommunikationspolitik, um sicherzustellen, dass Politik und Strategie der Union dem ständig sich wandelnden Telekommunikationsumfeld in jeder Hinsicht angepasst sind, und erstellt einen Bericht über die für die Union empfohlene Politik und strategische Planung sowie über ihre finanziellen Auswirkungen. Für diesen Zweck bedient er sich der vom Generalsekretär nach Nummer 74A vorbereiteten Unterlagen.

Article 11 (CS)**Secrétariat général****ADD 73A**

(2) Les fonctions du Secrétaire général sont énoncées dans la Convention. De plus, le Secrétaire général:

MOD 74

a) coordonne les activités de l'Union avec l'assistance du Comité de coordination;

ADD 74A

b) prépare, avec l'assistance du Comité de coordination, les données nécessaires à l'élaboration d'un rapport sur la politique et sur le plan stratégique de l'Union et coordonne la mise en oeuvre de ce plan;

MOD 75

c) prend toutes les mesures requises pour faire en sorte que les ressources de l'Union soient utilisées avec économie et est responsable devant le Conseil pour la totalité des aspects administratifs et financiers des activités de l'Union;

MOD 76

d) agit en qualité de représentant légal de l'Union.

ADD 76A

(3) Le Secrétaire général peut agir comme dépositaire d'arrangements particuliers établis conformément à l'article 42 de la présente Constitution.

Artikel 11 (KS)**Generalsekretariat**

(2) Die Aufgaben des Generalsekretärs sind in der Konvention enthalten. Außerdem nimmt er folgende Funktionen wahr:

a) Er koordiniert mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses die Tätigkeiten der Union;

b) er bereitet mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses die für die Erarbeitung eines Berichts über die Politik und den strategischen Plan der Union erforderlichen Unterlagen vor und koordiniert die Umsetzung dieses Plans;

c) er trifft alle für eine wirtschaftliche Verwendung der Mittel der Union erforderlichen Maßnahmen und ist gegenüber dem Rat für alle verwaltungsmäßigen und finanziellen Aspekte der Tätigkeiten der Union verantwortlich;

d) er handelt als rechtmäßiger Vertreter der Union.

(3) Der Generalsekretär darf als Verwahrer von besonderen, nach Artikel 42 dieser Konstitution erstellten Vereinbarungen handeln.

Chapitre II**Secteur des radiocommunications****Article 12 (CS)****Fonctions et structure****MOD 78**

1. (1) Les fonctions du Secteur des radiocommunications consistent, en gardant à l'esprit les préoccupations particulières des pays en développement, à répondre à l'objet de l'Union concernant les radiocommunications, tel qu'il est énoncé à l'article 1 de la présente Constitution,

- en assurant l'utilisation rationnelle, équitable, efficace et économique du spectre des fréquences radioélectriques par tous les services de radiocommunication, y compris ceux qui utilisent l'orbite des satellites géostationnaires ou d'autres orbites, sous réserve des dispositions de l'article 44 de la présente Constitution, et
- en procédant à des études sans limitation quant à la gamme de fréquences et en adoptant des recommandations relatives aux radiocommunications.

MOD 83

c) les assemblées des radiocommunications;

ADD 84A

d^{bis}) le Groupe consultatif des radiocommunications;

Kapitel II**Sektor für das Funkwesen****Artikel 12 (KS)****Aufgaben und Aufbau**

1. (1) Die Aufgaben des Sektors für das Funkwesen bestehen darin, unter Berücksichtigung der besonderen Belange der Entwicklungsländer den in Artikel 1 dieser Konstitution genannten Zweck der Union in Bezug auf das Funkwesen zu erfüllen und dabei

- die rationelle, gerechte, wirksame und wirtschaftliche Nutzung des Funkfrequenzspektrums durch alle Funkdienste einschließlich derer, welche die Umlaufbahn der geostationären Satelliten oder andere Umlaufbahnen nutzen, vorbehaltlich des Artikels 44 dieser Konstitution zu gewährleisten und
- Studien ohne Beschränkung hinsichtlich der Frequenzbereiche durchzuführen und Empfehlungen über Funkangelegenheiten anzunehmen.

c) die Funkversammlungen;

d^{bis}) die beratende Gruppe für das Funkwesen;

MOD 83**ADD 84A**

- | | | | |
|---------------|---|---|---------------|
| MOD 87 | a) de droit, les administrations de tous les Etats Membres; | a) von Rechts wegen die Verwaltungen aller Mitgliedstaaten; | MOD 87 |
| MOD 88 | b) toute entité ou organisation qui devient Membre du Secteur conformément aux dispositions pertinentes de la Convention. | b) alle Rechtsträger oder Organisationen, die nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention Sektormitglied werden. | MOD 88 |

Article 13 (CS)**Conférences des radiocommunications et assemblées des radiocommunications**

- MOD 90** 2. Les conférences mondiales des radiocommunications sont convoquées normalement tous les deux à trois ans; cependant, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention, une telle conférence peut ne pas être convoquée ou une conférence additionnelle peut être convoquée.
- MOD 91** 3. Les assemblées des radiocommunications sont de même normalement convoquées tous les deux à trois ans et peuvent être associées en lieu et dates aux conférences mondiales des radiocommunications de manière à améliorer l'efficacité et la productivité du Secteur des radiocommunications. Les assemblées des radiocommunications établissent les bases techniques nécessaires aux travaux des conférences mondiales des radiocommunications et donnent suite à toutes les demandes des dites conférences; leurs fonctions sont énoncées dans la Convention.
- MOD 92** 4. Les décisions des conférences mondiales des radiocommunications, des assemblées des radiocommunications et des conférences régionales des radiocommunications doivent être, dans tous les cas, conformes aux dispositions de la présente Constitution et de la Convention. Les décisions des assemblées des radiocommunications ou des conférences régionales des radiocommunications doivent être aussi, dans tous les cas, conformes aux dispositions du Règlement des radiocommunications. Lorsqu'elles adoptent des résolutions ou des décisions susceptibles d'entraîner le dépassement des limites financières fixées par la Conférence de plénipotentiaires.

Article 14 (CS)**Comité du Règlement des radiocommunications**

- ADD 93A** 2. Le Comité du Règlement des radiocommunications se compose de 12 membres au plus ou d'un nombre de membres correspondant à 6% du nombre total d'Etats Membres, selon le nombre qui est le plus élevé.
- MOD 95** a) à approuver des règles de procédure, qui comportent des critères techniques, conformes au Règlement des radiocommunications et aux décisions des conférences des radiocommunications compétentes. Ces règles de procédure sont utilisées par le directeur et le Bureau dans l'application du Règlement des radiocommunications pour enregistrer les assignations de fréquences faites par les Etats Membres. Ces règles peuvent faire l'objet de commentaires de la part des administrations et, en cas de désaccord persistant, la question est soumise à une prochaine conférence mondiale des radiocommunications;
- MOD 97** c) à exécuter toutes les tâches additionnelles relatives à l'assignation et à l'utilisation des

Artikel 13 (KS)**Funkkonferenzen und Funkversammlungen**

- MOD 90** 2. Weltweite Funkkonferenzen werden normalerweise alle zwei bis drei Jahre einberufen; nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention braucht eine solche Konferenz jedoch nicht einberufen zu werden, oder es kann eine zusätzliche Konferenz einberufen werden.
- MOD 91** 3. Funkversammlungen werden ebenfalls normalerweise alle zwei bis drei Jahre einberufen und können in enger örtlicher und zeitlicher Verbindung mit den weltweiten Funkkonferenzen stattfinden, damit die Effizienz und die Produktivität des Sektors für das Funkwesen verbessert werden. Die Funkversammlungen schaffen die für die Arbeiten der weltweiten Funkkonferenzen notwendigen technischen Grundlagen und erledigen alle Aufträge dieser Konferenzen; ihre Aufgaben sind in der Konvention enthalten.
- MOD 92** 4. Die Beschlüsse der weltweiten Funkkonferenzen, der Funkversammlungen und der regionalen Funkkonferenzen müssen in jedem Fall den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention entsprechen. Die Beschlüsse der Funkversammlungen oder der regionalen Funkkonferenzen müssen in jedem Fall auch den Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst entsprechen. Wenn die Konferenzen Entschließungen oder Entscheidungen annehmen, müssen sie die voraussehbaren finanziellen Auswirkungen berücksichtigen und sollen vermeiden, Entschließungen oder Entscheidungen anzunehmen, welche die Überschreitung des von der Konferenz der Regierungsvervollmächtigten festgesetzten finanziellen Rahmens zur Folge haben können.

Artikel 14 (KS)**Funkregulierungsausschuss**

- ADD 93A** 2. Der Funkregulierungsausschuss besteht höchstens aus entweder zwölf Mitgliedern oder aus der Anzahl von Mitgliedern, die dem Prozentsatz von 6% der Gesamtzahl der Mitgliedstaaten entspricht, je nach dem, welche Zahl größer ist.
- MOD 95** a) Er genehmigt Verfahrensregeln, die technische Kriterien einschließen, wobei er sich an die Vollzugsordnung für den Funkdienst und die Beschlüsse der zuständigen Funkkonferenzen hält. Der Direktor und das Büro legen diese Verfahrensregeln bei der Anwendung der Vollzugsordnung für den Funkdienst zugrunde, wenn sie die von den Mitgliedstaaten vorgenommenen Frequenzuteilungen registrieren. Zu diesen Regeln dürfen sich alle Verwaltungen äußern, und, falls keine Übereinkunft erzielt werden kann, wird die Angelegenheit einer der nächsten weltweiten Funkkonferenzen vorgelegt;
- MOD 97** c) er erledigt nach den in der Vollzugsordnung für den Funkdienst vorgesehenen Verfahren alle

fréquences, comme indiqué au numéro 78 de la présente Constitution, conformément aux procédures prévues par le Règlement des radiocommunications, prescrites par une conférence compétente ou par le Conseil avec le consentement de la majorité des Etats Membres en vue de la préparation d'une telle conférence ou en application de ses décisions.

MOD 99 (2) Aucun membre du Comité ne doit, en ce qui concerne l'exercice de ses fonctions au service de l'Union, demander ni recevoir d'instructions d'aucun gouvernement, ni d'aucun membre d'un gouvernement quelconque, ni d'aucune organisation ou personne publique ou privée. Les membres du Comité doivent s'abstenir de prendre toute mesure ou de s'associer à toute décision pouvant être incompatible avec leur statut tel qu'il est défini au numéro 98 ci-dessus.

MOD 100 (3) Les Etats Membres et les Membres des Secteurs doivent respecter le caractère exclusivement international des fonctions des membres du Comité et s'abstenir de chercher à les influencer dans l'exercice de leurs fonctions au sein du Comité.

zusätzlichen Aufgaben, die mit der Zuteilung und Benutzung der Frequenzen zusammenhängen (s. Nummer 78 dieser Konstitution) und die ihm von einer zuständigen Konferenz oder, mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten, vom Rat zur Vorbereitung einer solchen Konferenz oder in Anwendung ihrer Beschlüsse vorgeschrieben werden.

(2) Die Mitglieder des Ausschusses dürfen für die Ausübung ihres Amtes im Dienst der Union von keiner Regierung, keinem Mitglied irgendeiner Regierung, keiner privaten oder öffentlichen Organisation und keiner Privat- oder Amtsperson Weisungen erbitten oder entgegennehmen. Die Mitglieder des Ausschusses müssen davon Abstand nehmen, Maßnahmen zu treffen oder an Beschlüssen mitzuwirken, die mit ihrer in Nummer 98 beschriebenen Stellung unvereinbar sein können.

(3) Die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder müssen den ausschließlich internationalen Charakter der Tätigkeit der Mitglieder des Ausschusses achten und davon Abstand nehmen zu versuchen, sie bei der Ausübung ihres Amtes im Ausschuss zu beeinflussen.

Article 15 (CS)

MOD Commissions d'études et Groupe consultatif des radiocommunications

MOD 102 Les fonctions respectives des commissions d'études et du Groupe consultatif des radiocommunications sont énoncées dans la Convention.

Chapitre III

Secteur de la normalisation des télécommunications

Article 17 (CS)

Fonctions et structure

MOD 104 1. (1) Les fonctions du Secteur de la normalisation des télécommunications consistent, en gardant à l'esprit les préoccupations particulières des pays en développement, à répondre à l'objet de l'Union concernant la normalisation des télécommunications, tel qu'il est énoncé à l'article 1 de la présente Constitution, en effectuant des études sur des questions techniques, d'exploitation et de tarification et en adoptant des recommandations à leur sujet en vue de la normalisation des télécommunications à l'échelle mondiale.

MOD 107 a) des assemblées mondiales de normalisation des télécommunications;

ADD 108A b^{bis}) le Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications;

MOD 111 a) de droit, les administrations de tous les Etats Membres;

MOD 112 b) toute entité ou organisation qui devient Membre du Secteur conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.

Article 18 (CS)

MOD Assemblées mondiales de normalisation des télécommunications

MOD 113 1. Le rôle des assemblées mondiales de normalisation des télécommunications est défini dans la Convention.

Artikel 15 (KS)

MOD Studienkommissionen und beratende Gruppe für das Funkwesen

MOD 102 Die Aufgaben der Studienkommissionen und der beratenden Gruppe für das Funkwesen sind in der Konvention enthalten.

Kapitel III

Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen

Artikel 17 (KS)

Aufgaben und Aufbau

MOD 104 1. (1) Die Aufgaben des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen bestehen darin, unter Berücksichtigung der besonderen Belange der Entwicklungsländer den in Artikel 1 dieser Konstitution genannten Zweck der Union in Bezug auf die Standardisierung im Fernmeldewesen zu erfüllen und dabei Studien über technische, betriebliche und tarifliche Fragen durchzuführen und im Hinblick auf die weltweite Standardisierung im Fernmeldewesen Empfehlungen zu diesen Fragen anzunehmen.

MOD 107 a) weltweite Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen;

ADD 108A b^{bis}) die beratende Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen;

MOD 111 a) von Rechts wegen die Verwaltungen aller Mitgliedstaaten;

MOD 112 b) alle Rechtsträger oder Organisationen, die nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention Sektormitglied werden.

Artikel 18 (KS)

MOD Weltweite Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen

MOD 113 1. Die Aufgaben der weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen sind in der Konvention festgelegt.

MOD 114	2. Les assemblées mondiales de normalisation des télécommunications sont convoquées tous les quatre ans; toutefois, une assemblée additionnelle peut être organisée conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.	MOD 114	
MOD 115	3. Les décisions des assemblées mondiales de normalisation des télécommunications doivent être, dans tous les cas, conformes aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs. Lorsqu'elles adoptent des résolutions ou des décisions, les assemblées doivent tenir compte des répercussions financières prévisibles et devraient éviter d'adopter des résolutions ou des décisions susceptibles d'entraîner le dépassement des limites financières fixées par la Conférence de plénipotentiaires.	MOD 115	
Article 19 (CS)		Artikel 19 (KS)	
MOD	Commissions d'études et Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications	MOD	Studienkommissionen und beratende Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen
MOD 116	Les fonctions respectives des commissions d'études et du Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications sont énoncées dans la Convention.	MOD 116	Die Aufgaben der Studienkommissionen und der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen sind in der Konvention enthalten.
Chapitre IV Secteur du développement des télécommunications		Kapitel IV Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens	
Article 21 (CS)		Artikel 21 (KS)	
Fonctions et structure		Aufgaben und Aufbau	
MOD 122	b) d'encourager, en particulier par le biais du partenariat, le développement, l'expansion et l'exploitation des réseaux et des services de télécommunication, notamment dans les pays en développement, compte tenu des activités des autres organes concernés, en renforçant les moyens de développement des ressources humaines, de planification, de gestion, de mobilisation des ressources et de recherche-développement;	MOD 122	b) er fördert, insbesondere mit Hilfe von Partnerschaften, unter Berücksichtigung der Arbeiten anderer zuständiger Gremien, die Entwicklung, die Erweiterung und den Betrieb von Fernmeldenetzen und -diensten, insbesondere in den Entwicklungsländern, dadurch, dass er die Möglichkeiten für die Entwicklung der personellen Ressourcen, die Planung, die Verwaltung, die Mobilisierung der Ressourcen sowie die Forschung und die Entwicklung verbessert;
ADD 132A	b ^{bis}) le Groupe consultatif pour le développement des télécommunications;	ADD 132A	b ^{bis}) die beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens;
MOD 135	a) de droit, les administrations de tous les Etats Membres;	MOD 135	a) von Rechts wegen die Verwaltungen aller Mitgliedstaaten;
MOD 136	b) toute entité ou organisation qui devient Membre du Secteur conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.	MOD 136	b) alle Rechtsträger oder Organisationen, die nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention Sektormitglied werden.
Article 22 (CS)		Artikel 22 (KS)	
Conférences de développement des télécommunications		Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	
MOD 142	4. Les conférences de développement des télécommunications n'élaborent pas d'Actes finals. Leurs conclusions prennent la forme de résolutions, de décisions, de recommandations ou de rapports. Ces conclusions doivent être, dans tous les cas, conformes aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs. Lorsqu'elles adoptent des résolutions ou des décisions, les conférences doivent tenir compte des répercussions financières prévisibles et devraient éviter d'adopter des résolutions	MOD 142	4. Die Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens erstellen keine Schlussakten. Ihre Beschlüsse werden in Entschlüssen, Entscheidungen, Empfehlungen oder Berichte umgesetzt. Diese Beschlüsse müssen in jedem Fall den Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen entsprechen. Wenn die Konferenzen Entschlüssen oder Entscheidungen annehmen, müssen sie die voraussehbaren finanziellen Auswirkungen berücksichtigen und sollen vermeiden, Entschlüssen oder Entscheidungen

ou des décisions susceptibles d'entraîner le dépassement des limites financières fixées par la Conférence de plénipotentiaires.

gen anzunehmen, welche die Überschreitung des von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten finanziellen Rahmens zur Folge haben können.

Article 23 (CS)

MOD Commissions d'études du développement des télécommunications et Groupe consultatif pour le développement des télécommunications

MOD 144 Les fonctions respectives des commissions d'études du développement des télécommunications et du Groupe consultatif pour le développement des télécommunications sont énoncées dans la Convention.

Chapitre V

Autres dispositions relatives au fonctionnement de l'Union

Article 25 (CS)

Conférences mondiales des télécommunications internationales

MOD 147 2. Les décisions des conférences mondiales des télécommunications internationales doivent, dans tous les cas, être conformes aux dispositions de la présente Constitution et de la Convention. Lors de l'adoption de résolutions ou de décisions, les conférences doivent tenir compte des répercussions financières prévisibles et devraient éviter d'adopter des résolutions ou des décisions susceptibles d'entraîner le dépassement des limites financières fixées par la Conférence de plénipotentiaires.

Article 27 (CS)

Les fonctionnaires élus et le personnel de l'Union

MOD 151 (2) Les Etats Membres et les Membres des Secteurs doivent respecter le caractère exclusivement international des fonctions de ces fonctionnaires élus et du personnel de l'Union, et s'abstenir de chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche.

MOD 153 (4) Pour garantir un fonctionnement efficace de l'Union, tout Etat Membre dont un ressortissant a été élu Secrétaire général, Vice-Secrétaire général ou directeur d'un Bureau doit, dans la mesure du possible, s'abstenir de rappeler ce ressortissant entre deux Conférences de plénipotentiaires.

Article 28 (CS)

Finances de l'Union

MOD 159 2. Les dépenses de l'Union sont couvertes par:

ADD 159A a) les contributions de ses Etats Membres et des Membres des Secteurs;

ADD 159B b) les autres recettes spécifiées dans la Convention ou dans le Règlement financier.

ADD 159C 2^{bis} Chaque Etat Membre et chaque Membre de Secteur versent une somme qui équivaut au nombre d'unités correspondant à la classe de contribution choisie par eux, conformément aux numéros 160 à 161I ci-après.

Artikel 23 (KS)

Studienkommissionen und beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens

MOD 144 Die Aufgaben der Studienkommissionen und der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens sind in der Konvention enthalten.

Kapitel V

Weitere Bestimmungen über die Arbeitsweise der Union

Artikel 25 (KS)

Weltweite Konferenzen für internationale Fernmeldedienste

MOD 147 2. Die Beschlüsse der weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste müssen in jedem Fall den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention entsprechen. Wenn die Konferenzen Entschließungen oder Entscheidungen annehmen, müssen sie die voraussehbaren finanziellen Auswirkungen berücksichtigen und sollen vermeiden, Entschließungen oder Entscheidungen anzunehmen, welche die Überschreitung des von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten finanziellen Rahmens zur Folge haben können.

Artikel 27 (KS)

Die gewählten Beamten und das Personal der Union

MOD 151 (2) Die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder müssen den ausschließlich internationalen Charakter der Tätigkeit dieser gewählten Beamten und des Personals der Union achten und davon Abstand nehmen zu versuchen, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu beeinflussen.

MOD 153 (4) Um eine effiziente Arbeitsweise der Union zu gewährleisten, muss jeder Mitgliedstaat, aus dem ein Staatsangehöriger zum Generalsekretär, zum Vizeregensekretär oder zum Direktor eines Büros gewählt worden ist, nach Möglichkeit davon Abstand nehmen, diesen Staatsangehörigen in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten abzuverufen.

Artikel 28 (KS)

Finanzen der Union

MOD 159 2. Die Ausgaben der Union werden gedeckt durch

ADD 159A a) die Beiträge ihrer Mitgliedstaaten und der Sektormitglieder;

ADD 159B b) die übrigen in der Konvention oder in den Finanzvorschriften genannten Einnahmen.

ADD 159C 2^{bis} Alle Mitgliedstaaten und alle Sektormitglieder zahlen einen Betrag, welcher der Anzahl der Einheiten in der von ihnen nach den Nummern 160 bis 161I gewählten Beitragsklasse entspricht.

- ADD 159D** 2^{ter} Les dépenses des conférences régionales visées au numéro 43 de la présente Constitution sont à la charge de tous les Etats Membres de la région concernée, selon la classe de contribution de ces derniers et, le cas échéant, sur la même base, de ceux des Etats Membres d'autres régions qui ont participé à de telles conférences.
- MOD 160** 3. (1) Les Etats Membres et les Membres des Secteurs choisissent librement la classe de contribution selon laquelle ils entendent participer aux dépenses de l'Union.
- MOD 161** (2) Les Etats Membres effectuent leur choix pendant une Conférence de plénipotentiaires conformément à l'échelle des classes de contribution et aux conditions indiquées dans la Convention ainsi qu'aux procédures exposées ci-dessous.
- ADD 161A** (2^{bis}) Les Membres des Secteurs effectuent leur choix conformément à l'échelle des classes de contribution et aux conditions indiquées dans la Convention ainsi qu'aux procédures exposées ci-dessous.
- ADD 161B** 3^{bis} (1) Le Conseil, lors de sa session précédant la Conférence de plénipotentiaires, fixe le montant provisoire de l'unité contributive sur la base du projet de plan financier pour la période correspondante et du nombre total d'unités contributives.
- ADD 161C** (2) Le Secrétaire général informe les Etats Membres et les Membres des Secteurs du montant provisoire de l'unité contributive, déterminé en vertu du numéro 161B ci-dessus, et invite les Etats Membres à lui notifier, au plus tard une semaine avant la date fixée pour le début de la Conférence de plénipotentiaires, la classe de contribution qu'ils choisissent provisoirement.
- ADD 161D** (3) La Conférence de plénipotentiaires détermine, au cours de sa première semaine, la limite supérieure provisoire de l'unité contributive résultant des mesures prises par le Secrétaire général en application des numéros 161B et 161C ci-dessus, en tenant compte des éventuels changements de classes de contribution notifiés par les Etats Membres au Secrétaire général ainsi que des classes de contribution qui restent inchangées.
- ADD 161E** (4) Compte tenu du projet de plan financier tel que révisé, la Conférence de plénipotentiaires détermine la limite supérieure définitive du montant de l'unité contributive. Le Secrétaire général invite alors les Etats Membres à annoncer avant la fin de l'avant-dernière semaine de la Conférence de plénipotentiaires la classe de contribution qu'ils choisissent définitivement.
- ADD 161F** (5) Les Etats Membres qui n'ont pas notifié au Secrétaire général leur décision à la date fixée par la Conférence de plénipotentiaires conservent la classe de contribution qu'ils avaient choisie précédemment.
- ADD 161G** (6) La Conférence de plénipotentiaires approuve ensuite le plan financier définitif sur la base du nombre total d'unités contributives correspondant aux classes de contribution définitives choisies par les Etats Membres et aux classes de contribution des Membres des Secteurs à la date de l'approbation du plan financier.
- ADD 161H** 3^{ter} (1) Le Secrétaire général informe les Membres des Secteurs de la limite supérieure
- 2^{ter} Die Ausgaben für die in Nummer 43 dieser Konstitution genannten regionalen Konferenzen werden von allen Mitgliedstaaten aus der betreffenden Region entsprechend ihrer Beitragsklasse getragen und, gegebenenfalls, auf der gleichen Grundlage von denjenigen Mitgliedstaaten aus anderen Regionen, die an solchen Konferenzen teilgenommen haben.
- MOD 160** 3. (1) Die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder wählen nach ihrem Ermessen die Beitragsklasse, nach der sie sich an den Ausgaben der Union beteiligen wollen.
- MOD 161** (2) Die Wahl durch die Mitgliedstaaten erfolgt während einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten entsprechend der in der Konvention enthaltenen Tabelle der Beitragsklassen und unter den dort genannten Bedingungen sowie gemäß den nachfolgend beschriebenen Verfahren.
- ADD 161A** (2^{bis}) Die Wahl durch die Sektormitglieder erfolgt entsprechend der in der Konvention enthaltenen Tabelle der Beitragsklassen und unter den dort genannten Bedingungen sowie gemäß den nachfolgend beschriebenen Verfahren.
- ADD 161B** 3^{bis} (1) Der Rat setzt bei seiner letzten Tagung vor der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten die vorläufige Höhe der Beitragseinheit auf der Grundlage des Entwurfs eines Finanzplans für den betreffenden Zeitraum und der Gesamtzahl der Beitragseinheiten fest.
- ADD 161C** (2) Der Generalsekretär unterrichtet die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder über die nach Nummer 161B festgesetzte vorläufige Höhe der Beitragseinheit und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihm spätestens eine Woche vor dem für den Beginn der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Tag die von ihnen vorläufig gewählte Beitragsklasse mitzuteilen.
- ADD 161D** (3) Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten legt im Verlauf ihrer ersten Woche die vorläufige Obergrenze für die Beitragseinheit fest, die sich aus den vom Generalsekretär in Anwendung der Nummern 161B und 161C getroffenen Maßnahmen ergibt; dabei berücksichtigt sie auch alle dem Generalsekretär von den Mitgliedstaaten mitgeteilten Änderungen von Beitragsklassen sowie die unverändert gebliebenen Beitragsklassen.
- ADD 161E** (4) Unter Berücksichtigung des revidierten Entwurfs eines Finanzplans legt die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten die endgültige Obergrenze für die Höhe der Beitragseinheit fest. Der Generalsekretär fordert dann die Mitgliedstaaten auf, vor Ende der vorletzten Woche der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten die endgültig von ihnen gewählte Beitragsklasse bekannt zu geben.
- ADD 161F** (5) Mitgliedstaaten, die dem Generalsekretär ihre Entscheidung nicht bis zu dem von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt mitgeteilt haben, behalten die Beitragsklasse bei, die sie vorher gewählt haben.
- ADD 161G** (6) Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten genehmigt anschließend den endgültigen Finanzplan auf der Grundlage der Gesamtzahl der Beitragseinheiten, die sich aus den endgültigen, von den Mitgliedstaaten gewählten Beitragsklassen und den Beitragsklassen der Sektormitglieder zum Zeitpunkt der Genehmigung des Finanzplans ergibt.
- ADD 161H** 3^{ter} (1) Der Generalsekretär unterrichtet die Sektormitglieder über die endgültige Obergrenze für

	définitive du montant de l'unité contributive et les invite à lui notifier, dans les trois mois qui suivent la date de clôture de la Conférence de plénipotentiaires, la classe de contribution qu'ils ont choisie.	die Höhe der Beitragseinheit und fordert sie auf, ihm binnen drei Monaten nach Schließung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten die von ihnen gewählte Beitragsklasse mitzuteilen.	
ADD 1611	(2) Les Membres des Secteurs qui n'ont pas notifié au Secrétaire général leur décision dans ce délai de trois mois conservent la classe de contribution qu'ils avaient choisie précédemment.	(2) Sektormitglieder, die dem Generalsekretär ihre Entscheidung nicht in dieser Frist von drei Monaten mitgeteilt haben, behalten die Beitragsklasse bei, die sie vorher gewählt haben.	ADD 1611
MOD 162	(3) Les amendements à l'échelle des classes de contribution, adoptés par une Conférence de plénipotentiaires, s'appliquent au choix de la classe de contribution pendant la Conférence de plénipotentiaires suivante.	(3) Die von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen Änderungen der Tabelle der Beitragsklassen gelten für die Wahl der Beitragsklasse während der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten.	MOD 162
MOD 163	(4) La classe de contribution choisie par un Etat Membre ou un Membre de Secteur est applicable à partir du premier budget biennal suivant une Conférence de plénipotentiaires.	(4) Die von einem Mitgliedstaat oder einem Sektormitglied gewählte Beitragsklasse gilt vom ersten Zweijahresbudget nach einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten an.	MOD 163
SUP 164			SUP 164
MOD 165	5. Lorsqu'il choisit sa classe de contribution, un Etat Membre ne doit pas la réduire de plus de deux classes de contribution et le Conseil doit lui indiquer les modalités de mise en oeuvre progressive de cette réduction dans l'intervalle entre les Conférences de plénipotentiaires. Toutefois, dans des circonstances exceptionnelles, telles que des catastrophes naturelles nécessitant le lancement de programmes d'aide internationale, la Conférence de plénipotentiaires peut autoriser une réduction plus importante du nombre d'unités contributives lorsqu'un Etat Membre en fait la demande et fournit la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution dans la classe initialement choisie.	5. Bei der Wahl seiner Beitragsklasse darf ein Mitgliedstaat diese nicht um mehr als zwei Beitragsklassen vermindern, und der Rat gibt ihm die Modalitäten für die schrittweise Realisierung dieser Verminderung in der Zeit zwischen den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten vor. Unter außergewöhnlichen Umständen, wie etwa Naturkatastrophen, die den Einsatz von internationalen Hilfsprogrammen erfordern, kann die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten jedoch eine stärkere Verminderung der Anzahl der Beitragseinheiten zulassen, wenn ein Mitgliedstaat einen entsprechenden Antrag stellt und beweist, dass er seinen Beitrag in der ursprünglich gewählten Klasse nicht mehr beibehalten kann.	MOD 165
ADD 165^{bis}	5 ^{bis} Dans des circonstances exceptionnelles, telles que des catastrophes naturelles nécessitant le lancement de programmes d'aide internationale, le Conseil peut autoriser une réduction du nombre d'unités contributives lorsqu'un Etat Membre en fait la demande et fournit la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution dans la classe initialement choisie.	5 ^{bis} Unter außergewöhnlichen Umständen, wie etwa Naturkatastrophen, die den Einsatz von internationalen Hilfsprogrammen erfordern, kann der Rat eine Verminderung der Anzahl der Beitragseinheiten zulassen, wenn ein Mitgliedstaat einen entsprechenden Antrag stellt und beweist, dass er seinen Beitrag in der ursprünglich gewählten Klasse nicht mehr beibehalten kann.	ADD 165^{bis}
ADD 165A	5 ^{ter} Les Etats Membres et les Membres des Secteurs peuvent à tout moment choisir une classe de contribution supérieure à celle qu'ils avaient adoptée auparavant.	5 ^{ter} Die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder können jederzeit eine höhere als die zuvor von ihnen angenommene Beitragsklasse wählen.	ADD 165A
SUP 166 et 167			SUP 166 und 167
MOD 168	8. Les Etats Membres et les Membres des Secteurs paient à l'avance leur part contributive annuelle, calculée d'après le budget biennal approuvé par le Conseil et compte tenu des éventuels ajustements adoptés par celui-ci.	8. Die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder zahlen ihren jährlichen Beitrag im Voraus; dieser Beitrag wird nach dem vom Rat genehmigten Zweijahresbudget unter Berücksichtigung aller von diesem angenommenen Berichtigungen berechnet.	MOD 168
MOD 169	9. Un Etat Membre en retard dans ses paiements à l'Union perd son droit de vote défini aux numéros 27 et 28 de la présente Constitution tant que le montant de ses arriérés est égal ou supérieur au montant des contributions dues pour les deux années précédentes.	9. Ist ein Mitgliedstaat mit seinen Zahlungen an die Union im Verzug, so verliert er sein in den Nummern 27 und 28 dieser Constitution festgelegtes Stimmrecht so lange, wie der Betrag seiner Rückstände dem Betrag der für die beiden vorausgehenden Jahre geschuldeten Beiträge gleichkommt oder ihn übersteigt.	MOD 169
MOD 170	10. Les dispositions spécifiques qui régissent les contributions financières des Membres des Secteurs et d'autres organisations internationales figurent dans la Convention.	10. Die besonderen Bestimmungen über die finanziellen Beiträge der Sektormitglieder und anderer internationaler Organisationen sind in der Konvention enthalten.	MOD 170
	Article 31 (CS)	Artikel 31 (KS)	
	Capacité juridique de l'Union	Rechtsfähigkeit der Union	
MOD 176	L'Union jouit, sur le territoire de chacun de ses Etats Membres, de la capacité juridique qui lui est	Im Hoheitsgebiet eines jeden ihrer Mitgliedstaaten ist die Union in dem Maße rechtsfähig, als es für	MOD 176

nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses objectifs.

Article 32 (CS)

Règlement intérieur des conférences et autres réunions

MOD 177 1. Pour l'organisation de leurs travaux et la conduite de leurs débats, les conférences et autres réunions de l'Union appliquent le Règlement intérieur des conférences et autres réunions de l'Union adopté par la Conférence de plénipotentiaires.

MOD 178 2. Les conférences, les assemblées et le Conseil peuvent adopter les règles qu'ils jugent indispensables en complément de celles du Règlement intérieur. Toutefois, ces règles complémentaires doivent être compatibles avec les dispositions de la présente Constitution, de la Convention et du Règlement intérieur mentionné au numéro 177 ci-dessus; s'il s'agit de règles complémentaires adoptées par des conférences ou des assemblées, elles sont publiées comme documents de ces dernières.

Chapitre VI

Dispositions générales relatives aux télécommunications

Article 33 (CS)

(MOD) Droit pour le public d'utiliser le service international de télécommunication

MOD 179 Les Etats Membres reconnaissent au public le droit de correspondre au moyen du service international de correspondance publique. Les services, les taxes et les garanties sont les mêmes pour tous les usagers, dans chaque catégorie de correspondance, sans priorité ni préférence quelconque.

Article 34 (CS)

Arrêt des télécommunications

MOD 180 1. Les Etats Membres se réservent le droit d'arrêter, conformément à leur législation nationale, la transmission de tout télégramme privé qui paraîtrait dangereux pour la sûreté de l'Etat ou contraire à ses lois, à l'ordre public ou aux bonnes mœurs, à charge d'aviser immédiatement le bureau d'origine de l'arrêt total du télégramme ou d'une partie quelconque de celui-ci, sauf dans le cas où cette notification peut paraître dangereuse pour la sûreté de l'Etat.

MOD 181 2. Les Etats Membres se réservent aussi le droit d'interrompre, conformément à leur législation nationale, toute autre télécommunication privée qui peut paraître dangereuse pour la sûreté de l'Etat ou contraire à ses lois, à l'ordre public ou aux bonnes mœurs.

Article 35 (CS)

Suspension du service

MOD 182 Chaque Etat Membre se réserve le droit de suspendre le service international de télécommunication, soit d'une manière générale, soit seulement

die Ausübung ihrer Tätigkeit und die Verwirklichung ihrer Ziele notwendig ist.

Artikel 32 (KS)

Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen

MOD 177 1. Die Konferenzen und die anderen Tagungen der Union wenden bei der Organisation ihrer Arbeiten und der Führung ihrer Debatten die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommene Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen der Union an.

MOD 178 2. Die Konferenzen, die Versammlungen und der Rat dürfen die Vorschriften annehmen, die sie als Ergänzung der Vorschriften der Geschäftsordnung für unentbehrlich halten. Diese ergänzenden Vorschriften müssen jedoch mit den Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der in Nummer 177 genannten Geschäftsordnung vereinbar sein; werden die ergänzenden Vorschriften von den Konferenzen oder den Versammlungen angenommen, so werden sie als Dokumente dieser Konferenzen oder Versammlungen veröffentlicht.

Kapitel VI

Allgemeine Bestimmungen über den Fernmeldedienst

Artikel 33 (KS)

Recht der Öffentlichkeit auf Benutzung des inter- nationalen Fernmeldedienstes

MOD 179 Die Mitgliedstaaten gestehen jedermann das Recht zu, den internationalen Dienst für den öffentlichen Nachrichtenaustausch zu benutzen. Die Dienstleistungen, die Gebühren und die Gewährleistung sind in den einzelnen Verkehrsarten für alle Benutzer gleich, ohne irgendwelchen Vorrang oder Vorzug.

Artikel 34 (KS)

Anhalten von Fernmeldenachrichten

MOD 180 1. Die Mitgliedstaaten behalten sich das Recht vor, in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften jedes Privattelegramm anzuhalten, das als für die Sicherheit des Staates gefährlich oder seinen Gesetzen, der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten zuwiderlaufend erscheinen könnte; sie sind dabei verpflichtet, die Aufgabestelle unverzüglich zu benachrichtigen, dass das Telegramm oder ein Teil davon angehalten worden ist, es sei denn, diese Benachrichtigung könne als für die Sicherheit des Staates gefährlich erscheinen.

MOD 181 2. Die Mitgliedstaaten behalten sich ferner das Recht vor, in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften jede andere private Fernmeldeverbindung zu unterbrechen, die als für die Sicherheit des Staates gefährlich oder als seinen Gesetzen, der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten zuwiderlaufend erscheinen kann.

Artikel 35 (KS)

Einstellung des Dienstes

MOD 182 Jeder Mitgliedstaat behält sich das Recht vor, den internationalen Fernmeldedienst entweder vollständig oder nur für bestimmte Verkehrsbezie-

pour certaines relations ou pour certaines natures de correspondances de départ, d'arrivée ou de transit, à charge pour lui d'en aviser immédiatement chacun des autres Etats Membres par l'intermédiaire du Secrétaire général.

Article 36 (CS)

Responsabilité

MOD 183 Les Etats Membres n'acceptent aucune responsabilité à l'égard des usagers des services internationaux de télécommunication, notamment en ce qui concerne les réclamations tendant à obtenir des dommages et intérêts.

Article 37 (CS)

Secret des télécommunications

MOD 184 1. Les Etats Membres s'engagent à prendre toutes les mesures possibles, compatibles avec le système de télécommunication employé, en vue d'assurer le secret des correspondances internationales.

Article 38 (CS)

Etablissement, exploitation et sauvegarde des voies et des installations de télécommunications

MOD 186 1. Les Etats Membres prennent les mesures utiles en vue d'établir, dans les meilleures conditions techniques, les voies et installations nécessaires pour assurer l'échange rapide et ininterrompu des télécommunications internationales.

MOD 188 3. Les Etats Membres assurent la sauvegarde de ces voies et installations dans les limites de leur juridiction.

MOD 189 4. A moins d'arrangements particuliers fixant d'autres conditions, tous les Etats Membres prennent les mesures utiles pour assurer la maintenance de celles des sections de circuits internationaux de télécommunication qui sont comprises dans les limites de leur contrôle.

ADD 189A Les Etats Membres reconnaissent la nécessité de prendre des mesures pratiques pour empêcher que le fonctionnement des appareils et installations électriques de toutes sortes ne perturbe le fonctionnement des installations de télécommunications se trouvant dans les limites de la juridiction d'autres Etats Membres.

Article 39 (CS)

Notification des contraventions

MOD 190 Afin de faciliter l'application des dispositions de l'article 6 de la présente Constitution, les Etats Membres s'engagent à se renseigner mutuellement et, le cas échéant, à s'entraider au sujet des contraventions aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs.

Article 42 (CS)

Arrangements particuliers

MOD 193 Les Etats Membres se réservent, pour eux-mêmes, pour les exploitations reconnues par eux et pour d'autres exploitations dûment autorisées à cet effet, la faculté de conclure des arrangements particuliers sur des questions de télécommuni-

hungen oder aber für bestimmte Arten von abgehenden, ankommenden oder durchgehenden Nachrichten einzustellen, wobei er verpflichtet ist, jeden anderen Mitgliedstaat über den Generalsekretär sofort davon in Kenntnis zu setzen.

Artikel 36 (KS)

Haftung

MOD 183 Die Mitgliedstaaten übernehmen keinerlei Haftung gegenüber den Benutzern der internationalen Fernmeldedienste, insbesondere nicht hinsichtlich etwaiger Schadenersatzansprüche.

Artikel 37 (KS)

Fernmeldegeheimnis

MOD 184 1. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, die mit dem verwendeten Fernmeldesystem vereinbar sind, um die Geheimhaltung der Nachrichten im internationalen Verkehr zu gewährleisten.

Artikel 38 (KS)

Errichtung, Betrieb und Schutz der Fernmeldeübertragungswege und Fernmeldeeinrichtungen

MOD 186 1. Die Mitgliedstaaten treffen alle zweckdienlichen Maßnahmen, um die Übertragungswege und Einrichtungen, die zur Sicherstellung eines schnellen und ununterbrochenen Nachrichtenaustausches im internationalen Fernmeldeverkehr notwendig sind, in der technisch besten Weise zu erstellen.

MOD 188 3. Die Mitgliedstaaten sorgen innerhalb ihrer Zuständigkeit für den Schutz dieser Übertragungswege und Einrichtungen.

MOD 189 4. Alle Mitgliedstaaten sorgen für die Instandhaltung der ihrer Kontrollbefugnis unterliegenden Teilstrecken von internationalen Fernmeldeverbindungen, wenn nicht durch besondere Vereinbarungen andere Regelungen getroffen worden sind.

ADD 189A Die Mitgliedstaaten halten es für erforderlich, dass praktische Maßnahmen getroffen werden, damit der Betrieb der Fernmeldeanlagen, für die andere Mitgliedstaaten zuständig sind, durch den Betrieb elektrischer Geräte und Anlagen aller Art nicht gestört wird.

Artikel 39 (KS)

Notifikation von Vertragsverletzungen

MOD 190 Um die Anwendung des Artikels 6 dieser Konstitution zu erleichtern, verpflichten sich die Mitgliedstaaten, sich im Falle von Verletzungen der Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen gegenseitig zu unterrichten und gegebenenfalls zu unterstützen.

Artikel 42 (KS)

Besondere Vereinbarungen

MOD 193 Die Mitgliedstaaten behalten sich für sich selbst, für die von ihnen anerkannten Betriebsunternehmen und für andere hierzu ordnungsgemäß ermächtigte Betriebsunternehmen das Recht vor, besondere Vereinbarungen über Fragen des Fern-

cation qui n'intéressent pas l'ensemble des Etats Membres. Toutefois, ces arrangements ne doivent pas aller à l'encontre des dispositions de la présente Constitution, de la Convention ou des Règlements administratifs, en ce qui concerne les brouillages préjudiciables que leur mise en application serait susceptible de causer aux services de radiocommunication d'autres Etats Membres, et en général en ce qui concerne les préjudices techniques que cette application pourrait causer à l'exploitation d'autres services de télécommunication d'autres Etats Membres.

Article 43 (CS)

Conférences régionales, arrangements régionaux, organisations régionales

MOD 194 Les Etats Membres se réservent le droit de tenir des conférences régionales, de conclure des arrangements régionaux et de créer des organisations régionales, en vue de régler des questions de télécommunication susceptibles d'être traitées sur un plan régional. Les arrangements régionaux ne doivent pas être en contradiction avec la présente Constitution ou avec la Convention.

Chapitre VII

Dispositions spéciales relatives aux radiocommunications

Article 44 (CS)

MOD Utilisation du spectre des fréquences radioélectriques ainsi que de l'orbite des satellites géostationnaires et d'autres orbites

MOD 196 2. Lors de l'utilisation de bandes de fréquences pour les services de radiocommunication, les Etats Membres doivent tenir compte du fait que les fréquences radioélectriques et les orbites associées, y compris l'orbite des satellites géostationnaires, sont des ressources naturelles limitées qui doivent être utilisées de manière rationnelle, efficace et économique, conformément aux dispositions du Règlement des radiocommunications, afin de permettre un accès équitable des différents pays, ou groupes de pays à ces orbites et à ces fréquences, compte tenu des besoins spéciaux des pays en développement et de la situation géographique de certains pays.

Article 45 (CS)

Brouillages préjudiciables

MOD 197 1. Toutes les stations, quel que soit leur objet, doivent être établies et exploitées de manière à ne pas causer de brouillages préjudiciables aux communications ou services radioélectriques des autres Etats Membres, des exploitations reconnues et des autres exploitations dûment autorisées à assurer un service de radiocommunication, et qui fonctionnent conformément aux dispositions du Règlement des radiocommunications.

MOD 198 2. Chaque Etat Membre s'engage à exiger des exploitations reconnues par lui et des autres exploitations dûment autorisées à cet effet l'observation des prescriptions du numéro 197 ci-dessus.

MOD 199 3. De plus, les Etats Membres reconnaissent la nécessité de prendre les mesures pratiquement

meldewesens zu treffen, welche die Mitgliedstaaten in ihrer Gesamtheit nicht betreffen. Diese Vereinbarungen dürfen jedoch hinsichtlich der schädlichen Störungen, die durch ihre Anwendung bei den Funkdiensten anderer Mitgliedstaaten verursacht werden könnten, und ganz allgemein hinsichtlich der technischen Beeinträchtigungen, die durch diese Anwendung beim Betrieb anderer Fernmeldedienste anderer Mitgliedstaaten verursacht werden könnten, nicht den Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention oder der Vollzugsordnungen zuwiderlaufen.

Artikel 43 (KS)

Regionale Konferenzen, regionale Vereinbarungen, regionale Organisationen

MOD 194 Die Mitgliedstaaten behalten sich das Recht vor, regionale Konferenzen abzuhalten, regionale Vereinbarungen zu schließen und regionale Organisationen zu bilden, um Fragen des Fernmeldewesens zu regeln, die zur Behandlung auf regionaler Ebene geeignet sind. Die regionalen Vereinbarungen dürfen nicht im Widerspruch zu dieser Konstitution oder zur Konvention stehen.

Kapitel VII

Besondere Bestimmungen über den Funkdienst

Artikel 44 (KS)

MOD Nutzung des Funkfrequenzspektrums sowie der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und anderer Umlaufbahnen

MOD 196 2. Bei der Benutzung von Frequenzbereichen für die Funkdienste müssen die Mitgliedstaaten berücksichtigen, dass die Funkfrequenzen und die zugehörigen Umlaufbahnen, einschließlich der Umlaufbahn der geostationären Satelliten, begrenzte natürliche Ressourcen sind; diese müssen entsprechend den Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst auf rationelle, wirksame und wirtschaftliche Weise genutzt werden, damit die einzelnen Länder oder Ländergruppen in gerechter Weise Zugang zu diesen Umlaufbahnen und zu diesen Frequenzen haben; dabei werden die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer und die geographische Lage bestimmter Länder berücksichtigt.

Artikel 45 (KS)

Schädliche Störungen

MOD 197 1. Alle Funkstellen müssen, unabhängig von ihrem Verwendungszweck, so eingerichtet und betrieben werden, dass sie keine schädlichen Störungen verursachen bei den Funkverbindungen oder Funkdiensten der übrigen Mitgliedstaaten, der anerkannten Betriebsunternehmen und der anderen Betriebsunternehmen, die ordnungsgemäß ermächtigt sind, einen Funkdienst wahrzunehmen, und die ihren Dienst nach den Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst ausüben.

MOD 198 2. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, von den von ihm anerkannten Betriebsunternehmen und den anderen hierzu ordnungsgemäß ermächtigten Betriebsunternehmen die Beachtung der Bestimmungen der Nummer 197 zu verlangen.

MOD 199 3. Darüber hinaus halten es die Mitgliedstaaten für erforderlich, dass alle nur möglichen Maßnah-

possibles pour empêcher que le fonctionnement des appareils et installations électriques de toutes sortes ne cause des brouillages préjudiciables aux communications ou services radioélectriques visés au numéro 197 ci-dessus.

Article 47 (CS)

Signaux de détresse, d'urgence, de sécurité ou d'identification faux ou trompeurs

MOD 201 Les Etats Membres s'engagent à prendre les mesures utiles pour réprimer la transmission ou la circulation de signaux de détresse, d'urgence, de sécurité ou d'identification faux ou trompeurs, et à collaborer en vue de localiser et d'identifier les stations sous leur juridiction qui émettent de tels signaux.

Article 48 (CS)

Installations des services de défense nationale

MOD 202 1. Les Etats Membres conservent leur entière liberté en ce qui concerne les installations radio-électriques militaires.

Chapitre VIII

Relations avec l'Organisation des Nations Unies, les autres organisations internationales et les Etats non-Membres

Article 51 (CS)

Relations avec les Etats non-Membres

MOD 207 Tous les Etats Membres se réservent, pour eux-mêmes et pour les exploitations reconnues, la faculté de fixer les conditions dans lesquelles ils admettent les télécommunications échangées avec un Etat qui n'est pas Etat Membre de l'Union. Si une télécommunication originale d'un tel Etat est acceptée par un Etat Membre, elle doit être transmise et, pour autant qu'elle emprunte les voies de télécommunication d'un Etat Membre, les dispositions obligatoires de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs ainsi que les taxes normales lui sont appliquées.

Chapitre IX

Dispositions finales

Article 52 (CS)

Ratification, acceptation ou approbation

MOD 208 1. La présente Constitution et la Convention sont ratifiées, acceptées ou approuvées simultanément par tout Etat Membre signataire, selon ses règles constitutionnelles, sous la forme d'un instrument unique. Cet instrument est déposé, dans le plus bref délai possible, auprès du Secrétaire général. Le Secrétaire général informe les Etats Membres du dépôt de chaque instrument.

MOD 209 2. (1) Pendant une période de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention, tout Etat Membre signataire jouit des droits conférés aux Etats Membres de l'Union aux numéros 25 à 28 de la présente Constitution, même s'il n'a pas

men getroffen werden, damit schädliche Störungen bei den in Nummer 197 bezeichneten Funkverbindungen oder Funkdiensten durch den Betrieb elektrischer Geräte und Anlagen aller Art verhindert werden.

Artikel 47 (KS)

Falsche oder irreführende Notzeichen, Dringlichkeitszeichen, Sicherheitszeichen oder Kennungen

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Aussendung oder Verbreitung von falschen oder irreführenden Notzeichen, Dringlichkeitszeichen, Sicherheitszeichen oder Kennungen zu verhindern; sie verpflichten sich ferner, bei der Ortung und Identifizierung der Funkstellen, für die sie zuständig sind und die solche Zeichen aussenden, mitzuarbeiten.

Artikel 48 (KS)

Funkanlagen für die nationale Verteidigung

1. Die Mitgliedstaaten behalten ihre volle Freiheit in Bezug auf militärische Funkanlagen.

Kapitel VIII

Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen, zu anderen internationalen Organisationen und zu Nichtmitgliedstaaten

Artikel 51 (KS)

Beziehungen zu Nichtmitgliedstaaten

Alle Mitgliedstaaten behalten sich für sich selbst und für die anerkannten Betriebsunternehmen das Recht vor, die Bedingungen festzusetzen, unter denen sie Fernmeldeverkehr mit einem Staat zulassen, der nicht Mitgliedstaat der Union ist. Wenn eine von einem solchen Staat ausgehende Nachricht von einem Mitgliedstaat angenommen wird, muss sie weitergeleitet werden; soweit dafür Fernmeldeübertragungswege eines Mitgliedstaates in Anspruch genommen werden, gelten für diesen Verkehr die zwingenden Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen sowie die normalen Gebührensätze.

Kapitel IX

Schlussbestimmungen

Artikel 52 (KS)

Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

1. Diese Konstitution und die Konvention werden von jedem Unterzeichnermitgliedstaat nach seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften in Form einer einzigen Urkunde gleichzeitig ratifiziert, angenommen oder genehmigt. Diese Urkunde ist so bald wie möglich beim Generalsekretär zu hinterlegen. Der Generalsekretär unterrichtet die Mitgliedstaaten über die Hinterlegung jeder einzelnen Urkunde.

2. (1) Zwei Jahre lang, vom Tag des Inkrafttretens dieser Konstitution und der Konvention an gerechnet, genießt jeder Unterzeichnermitgliedstaat die den Mitgliedstaaten der Union in den Nummern 25 bis 28 dieser Konstitution gewährten Rechte, selbst wenn er die Ratifikations-, An-

déposé d'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation aux termes du numéro 208 ci-dessus.

MOD 210

(2) A l'expiration d'une période de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention, un Etat Membre signataire qui n'a pas déposé d'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation aux termes du numéro 208 ci-dessus n'a plus qualité pour voter à aucune conférence de l'Union, à aucune session du Conseil, à aucune réunion des Secteurs de l'Union, ni lors d'aucune consultation par correspondance effectuée conformément aux dispositions de la présente Constitution et de la Convention, et cela tant que ledit instrument n'a pas été déposé. Les droits de cet Etat Membre, autres que les droits de vote, ne sont pas affectés.

Article 53 (CS)**Adhésion****MOD 212**

1. Un Etat Membre qui n'a pas signé la présente Constitution et la Convention ou, sous réserve des dispositions de l'article 2 de la présente Constitution, tout autre Etat mentionné dans ledit article, peut adhérer en tout temps à la présente Constitution et à la Convention. Cette adhésion s'effectue simultanément sous la forme d'un instrument unique couvrant à la fois la Constitution et la Convention.

MOD 213

2. L'instrument d'adhésion est déposé auprès du Secrétaire général qui en notifie aux Etats Membres le dépôt dès qu'il le reçoit et en transmet une copie authentifiée à chacun d'eux.

Article 54 (CS)**Règlements administratifs****ADD 216A**

Les Règlements administratifs visés au numéro 216 ci-dessus demeurent en vigueur, sous réserve des révisions qui peuvent être adoptées en application des numéros 89 et 146 de la présente Constitution et mises en vigueur. Toute révision des Règlements administratifs, partielle ou totale, entre en vigueur à compter de la date ou des dates qui y sont mentionnées uniquement pour les Etats Membres qui ont notifié au Secrétaire général, avant cette date ou ces dates, leur consentement à être liés par une telle révision.

SUP 217**ADD 217A**

Le consentement d'un Etat Membre à être lié par une révision partielle ou totale des Règlements administratifs s'exprime par le dépôt, auprès du Secrétaire général, d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de ladite révision ou d'adhésion à celle-ci ou par la notification au Secrétaire général du consentement de l'Etat Membre à être lié par la révision.

ADD 217B

Tout Etat Membre peut également notifier au Secrétaire général que la ratification, l'acceptation, l'approbation d'amendements ou l'adhésion à des amendements à la présente Constitution ou à la Convention conformément à l'article 55 de la Constitution ou 42 de la Convention, vaut pour lui consentement à être lié par toute révision, partielle ou totale, des Règlements administratifs adoptée par une conférence compétente avant la signature des amendements en question à la présente Constitution ou à la Convention.

nahme- oder Genehmigungsurkunde nach Nummer 208 nicht hinterlegt hat.

MOD 210

(2) Nach Ablauf von zwei Jahren, vom Tag des Inkrafttretens dieser Konstitution und der Konvention an gerechnet, ist ein Unterzeichnermitgliedstaat, der die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach Nummer 208 nicht hinterlegt hat, bei den Konferenzen der Union, bei den Tagungen des Rates, bei den Tagungen der Sektoren der Union sowie bei schriftlichen Befragungen, die nach den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention durchgeführt werden, nicht mehr stimmberechtigt, und zwar so lange nicht, bis die betreffende Urkunde hinterlegt worden ist. Außer dem Stimmrecht wird kein anderes Recht dieses Mitgliedstaates beeinträchtigt.

Artikel 53 (KS)**Beitritt****MOD 212**

1. Ein Mitgliedstaat, der diese Konstitution und die Konvention nicht unterzeichnet hat, oder, vorbehaltlich des Artikels 2 dieser Konstitution, jeder andere in dem Artikel bezeichnete Staat kann dieser Konstitution und der Konvention jederzeit beitreten. Dieser Beitritt erfolgt gleichzeitig in Form einer einzigen Urkunde, die zugleich die Konstitution und die Konvention umfasst.

MOD 213

2. Die Beitrittsurkunde wird beim Generalsekretär hinterlegt, der den Mitgliedstaaten jedes Mal, wenn er eine solche Urkunde erhält, die Hinterlegung notifiziert und jedem von ihnen eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde übermittelt.

Artikel 54 (KS)**Vollzugsordnungen****ADD 216A**

Die in Nummer 216 genannten Vollzugsordnungen bleiben vorbehaltlich der Revisionen in Kraft, die in Anwendung der Nummern 89 und 146 dieser Konstitution angenommen und in Kraft gesetzt werden können. Jede teilweise oder vollständige Revision der Vollzugsordnungen tritt an dem in der Revision genannten Tag oder den dort genannten Tagen nur für diejenigen Mitgliedstaaten in Kraft, die dem Generalsekretär vor diesem Tag oder diesen Tagen notifiziert haben, dass sie die Verbindlichkeit einer solchen Revision anerkennen.

SUP 217**ADD 217A**

Ein Mitgliedstaat erkennt die Verbindlichkeit einer teilweisen oder vollständigen Revision der Vollzugsordnungen an, indem er eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Revision beim Generalsekretär hinterlegt oder indem er dem Generalsekretär notifiziert, dass er die Verbindlichkeit der Revision anerkennt.

ADD 217B

Die Mitgliedstaaten können dem Generalsekretär auch notifizieren, dass die Ratifikation, die Annahme oder die Genehmigung von Änderungen oder der Beitritt zu Änderungen dieser Konstitution oder der Konvention nach Artikel 55 der Konstitution oder Artikel 42 der Konvention die Anerkennung der Verbindlichkeit aller teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen einschließt, die von einer zuständigen Konferenz vor Unterzeichnung der betreffenden Änderungen dieser Konstitution oder der Konvention angenommen wurden.

- ADD 217C** La notification visée au numéro 217B ci-dessus s'effectue au moment du dépôt par l'Etat Membre de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation des amendements ou d'adhésion aux amendements à la présente Constitution ou à la Convention.
- ADD 217D** Toute révision des Règlements administratifs s'applique provisoirement à compter de la date d'entrée en vigueur de cette révision à l'égard de tout Etat Membre qui a signé cette révision et n'a pas notifié au Secrétaire général son consentement à être lié en application des numéros 217A et 217B ci-dessus. Une telle application provisoire n'est effective que si l'Etat Membre en question ne s'y est pas opposé lors de la signature de la révision.
- MOD 218** 4. Cette application provisoire se poursuit pour un Etat Membre jusqu'à ce que cet Etat Membre notifie au Secrétaire général sa décision concernant son consentement à être lié par une telle révision.
- SUP 219 à 221**
- ADD 221A** Si un Etat Membre ne notifie pas au Secrétaire général sa décision concernant son consentement à être lié conformément au numéro 218 ci-dessus dans un délai de trente-six mois à compter de la date ou des dates d'entrée en vigueur de la révision, cet Etat Membre est considéré comme ayant consenti à être lié par cette révision.
- ADD 221B** Toute application provisoire au sens du numéro 217D ou tout consentement à être lié au sens du numéro 221A s'entend compte tenu de toute réserve que l'Etat Membre concerné pourrait avoir faite lors de la signature de la révision. Tout consentement à être lié au sens des numéros 216A, 217A, 217B et 218 ci-dessus s'entend compte tenu de toute réserve que l'Etat Membre concerné pourrait avoir faite lors de la signature des Règlements administratifs ou de toute révision qui y est apportée, à condition que cet Etat Membre maintienne la réserve lorsqu'il notifie au Secrétaire général son consentement à être lié.
- SUP 222**
- MOD 223** 7. Le Secrétaire général informe promptement les Etats Membres de toute notification reçue en vertu du présent article.
- Die in Nummer 217B genannte Notifikation erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem der Mitgliedstaat seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu Änderungen dieser Konstitution oder der Konvention hinterlegt.
- Eine Revision der Vollzugsordnungen gilt vorläufig, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Revision an, für alle Mitgliedstaaten, die diese Revision unterzeichnet und dem Generalsekretär ihre Anerkennung der Verbindlichkeit nach den Nummern 217A und 217B nicht notifiziert haben. Eine solche vorläufige Anwendung wird nur dann wirksam, wenn der Mitgliedstaat bei der Unterzeichnung der Revision nicht widersprochen hat.
4. Diese vorläufige Anwendung dauert für einen Mitgliedstaat so lange, bis er dem Generalsekretär seine Entscheidung hinsichtlich der Anerkennung der Verbindlichkeit einer solchen Revision notifiziert.
- Wenn ein Mitgliedstaat dem Generalsekretär seine Entscheidung hinsichtlich der Anerkennung der Verbindlichkeit nach Nummer 218 nicht innerhalb von sechsunddreißig Monaten notifiziert, von dem Tag oder den Tagen des Inkrafttretens der Revision an gerechnet, wird dieser Mitgliedstaat so behandelt, als habe er die Revision als für sich verbindlich anerkannt.
- Bei jeder vorläufigen Anwendung im Sinne der Nummer 217D oder jeder Anerkennung der Verbindlichkeit im Sinne der Nummer 221A sind alle Vorbehalte zu berücksichtigen, die der betreffende Mitgliedstaat bei der Unterzeichnung der Revision möglicherweise formuliert hat. Bei jeder Anerkennung der Verbindlichkeit im Sinne der Nummern 216A, 217A, 217B und 218 sind alle Vorbehalte zu berücksichtigen, die der betreffende Mitgliedstaat bei der Unterzeichnung der Vollzugsordnungen oder jeglicher Revisionen der Vollzugsordnungen möglicherweise formuliert hat, vorausgesetzt, dass dieser Mitgliedstaat den Vorbehalt aufrechterhält, wenn er dem Generalsekretär seine Anerkennung der Verbindlichkeit notifiziert.
7. Der Generalsekretär unterrichtet die Mitgliedstaaten umgehend über jede aufgrund dieses Artikels eingegangene Notifikation.

Article 55 (CS)

Dispositions pour amender la présente Constitution

- MOD 224** 1. Tout Etat Membre peut proposer tout amendement à la présente Constitution. Une telle proposition doit, pour pouvoir être transmise à tous les Etats Membres et être examinée par eux en temps utile, parvenir au Secrétaire général au plus tard huit mois avant la date d'ouverture fixée pour la Conférence de plénipotentiaires. Le Secrétaire général transmet une telle proposition à tous les Etats Membres aussitôt que possible et au plus tard six mois avant cette dernière date.
- MOD 225** 2. Toute proposition de modification d'un amendement proposé conformément au numéro 224 ci-dessus peut, cependant, être soumise à tout moment par un Etat Membre ou par sa délégation à la Conférence de plénipotentiaires.

Artikel 55 (KS)

Bestimmungen zur Änderung dieser Konstitution

- MOD 224** 1. Jeder Mitgliedstaat kann einen Änderungsvorschlag zu dieser Konstitution einreichen. Ein solcher Vorschlag muss, damit er allen Mitgliedstaaten rechtzeitig übermittelt und von ihnen geprüft werden kann, beim Generalsekretär spätestens acht Monate vor dem für die Eröffnung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt eingehen. Der Generalsekretär übermittelt einen solchen Vorschlag allen Mitgliedstaaten so bald wie möglich, jedoch spätestens sechs Monate vor dem letztgenannten Zeitpunkt.
- MOD 225** 2. Ein Vorschlag zur Änderung eines nach Nummer 224 eingereichten Änderungsvorschlags kann jedoch jederzeit von einem Mitgliedstaat oder von seiner Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten eingereicht werden.

MOD 228 5. Les dispositions générales concernant les conférences et le Règlement intérieur des conférences et autres réunions s'appliquent, à moins que les paragraphes précédents du présent article, qui prévalent, n'en disposent autrement.

MOD 229 6. Tous les amendements à la présente Constitution adoptés par une Conférence de plénipotentiaires entrent en vigueur à une date fixée par la Conférence, dans leur totalité et sous la forme d'un instrument d'amendement unique, entre les Etats Membres qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion à la présente Constitution et à l'instrument d'amendement. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion à une partie seulement de cet instrument d'amendement est exclue.

MOD 230 7. Le Secrétaire général notifie à tous les Etats Membres le dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 56 (CS)

Règlement des différends

MOD 233 1. Les Etats Membres peuvent régler leurs différends sur les questions relatives à l'interprétation ou à l'application de la présente Constitution, de la Convention ou des Règlements administratifs, par la négociation, par la voie diplomatique, ou suivant les procédures établies par les traités bilatéraux ou multilatéraux conclus entre eux pour le règlement des différends internationaux, ou par toute autre méthode dont ils pourraient décider d'un commun accord.

MOD 234 2. Au cas où aucun de ces moyens de règlement ne serait adopté, tout Etat Membre partie à un différend peut avoir recours à l'arbitrage, conformément à la procédure définie dans la Convention.

MOD 235 3. Le Protocole facultatif concernant le règlement obligatoire des différends relatifs à la présente Constitution, à la Convention et aux Règlements administratifs est applicable entre les Etats Membres parties à ce Protocole.

Article 57 (CS)

Dénonciation de la présente Constitution et de la Convention

MOD 236 1. Tout Etat Membre qui a ratifié, accepté ou approuvé la présente Constitution et la Convention ou y a adhéré a le droit de les dénoncer. En pareil cas, la présente Constitution et la Convention sont dénoncées simultanément sous la forme d'un instrument unique, par une notification adressée au Secrétaire général. Dès réception de cette notification, le Secrétaire général en avise les autres Etats Membres.

Article 58 (CS)

Entrée en vigueur et questions connexes

MOD 241 4. L'original de la présente Constitution et de la Convention établi dans les langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe restera déposé dans les archives de l'Union. Le Secrétaire général enverra, dans les langues demandées, une copie certifiée conforme à chacun des Etats Membres signataires.

5. Sofern in den vorhergehenden Absätzen dieses Artikels, die maßgebend sind, nichts anderes bestimmt ist, gelten die allgemeinen Bestimmungen über Konferenzen und die Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen.

6. Alle von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen Änderungen dieser Konstitution treten insgesamt und in Form einer einzigen Änderungsurkunde zu einem von der Konferenz festgelegten Zeitpunkt zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Konstitution und zur Änderungsurkunde hinterlegt haben. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt zu nur einem Teil dieser Änderungsurkunde ist ausgeschlossen.

7. Der Generalsekretär notifiziert allen Mitgliedstaaten die Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 56 (KS)

Beilegung von Streitfällen

1. Die Mitgliedstaaten können ihre Streitfälle über Fragen der Auslegung oder der Anwendung dieser Konstitution, der Konvention oder der Vollzugsordnungen auf dem Verhandlungsweg, auf diplomatischem Wege oder nach den Verfahren beilegen, die in den zwischen ihnen zur Beilegung internationaler Streitfälle geschlossenen zwei- oder mehrseitigen Verträgen festgelegt sind, oder nach jedem anderen von ihnen vereinbarten Verfahren.

2. Wird von keiner dieser Möglichkeiten zur Beilegung der Streitfälle Gebrauch gemacht, so kann jeder Mitgliedstaat, der in einem Streitfall Partei ist, ein Schiedsgericht nach dem in der Konvention festgelegten Verfahren anrufen.

3. Das fakultative Protokoll über die obligatorische Beilegung von Streitfällen, die diese Konstitution, die Konvention und die Vollzugsordnungen betreffen, gilt zwischen den Mitgliedstaaten, die Partei des Protokolls sind.

Artikel 57 (KS)

Kündigung dieser Konstitution und der Konvention

1. Jeder Mitgliedstaat, der diese Konstitution und die Konvention ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihnen beigetreten ist, hat das Recht, sie zu kündigen. In einem solchen Fall werden diese Konstitution und die Konvention gleichzeitig in Form einer einzigen Urkunde durch eine an den Generalsekretär zu richtende Notifikation gekündigt. Sobald diese Notifikation beim Generalsekretär eingeht, unterrichtet dieser die anderen Mitgliedstaaten darüber.

Artikel 58 (KS)

Inkrafttreten und damit verbundene Fragen

4. Diese Konstitution und die Konvention, die in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst sind, werden in einer Urschrift im Archiv der Union hinterlegt und verwahrt. Der Generalsekretär übermittelt jedem Unterzeichnermitgliedstaat eine beglaubigte Abschrift in den verlangten Sprachen.

MOD 228**MOD 229****MOD 230****MOD 233****MOD 234****MOD 235****MOD 236****MOD 241**

Partie II

Date d'entrée en vigueur

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un instrument unique, le 1^{er} janvier 2000 entre les Etats Membres qui seront alors parties à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

Fait à Minneapolis, le 6 novembre 1998.

Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die in dieser Urkunde enthaltenen Änderungen treten insgesamt und in Form einer einzigen Urkunde am 1. Januar 2000 zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Urkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) unterschrieben.

Geschehen zu Minneapolis am 6. November 1998.

Annexe (CS)

Définition
de certains termes employés
dans la présente Constitution, dans la Convention
et dans les Règlements administratifs
de l'Union internationale des télécommunications

ADD 1001A Etat Membre:

Etat qui est considéré comme étant un Membre de l'Union internationale des télécommunications en application des dispositions de l'article 2 de la présente Constitution.

ADD 1001B Membre de Secteur:

Entité ou organisation admise, conformément aux dispositions de l'article 19 de la Convention, à participer aux activités d'un Secteur.

MOD 1005 Délégation:

Ensemble des délégués et, éventuellement, des représentants, conseillers, attachés ou interprètes envoyés par un même Etat Membre.

Chaque Etat Membre est libre de composer sa délégation à sa convenance. En particulier, il peut y inclure, entre autres, en qualité de délégués, de conseillers ou d'attachés, des personnes appartenant à toute entité ou organisation agréée conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.

MOD 1006 Délégué:

Personne envoyée par le gouvernement d'un Etat Membre à une Conférence de plénipotentiaires, ou personne représentant le gouvernement ou l'administration d'un Etat Membre à une autre conférence ou à une réunion de l'Union.

MOD 1008 Exploitation reconnue:

Toute exploitation répondant à la définition ci-dessus, qui exploite un service de correspondance publique ou de radiodiffusion et à laquelle les obligations prévues à l'article 6 de la présente Constitution sont imposées par l'Etat Membre sur le territoire duquel est installé le siège social de cette exploitation ou par l'Etat Membre qui a autorisé cette exploitation à établir et à exploiter un service de télécommunication sur son territoire.

Anlage (KS)

Definition
einiger in dieser Konstitution,
in der Konvention und in den Vollzugsordnungen
der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe

Mitgliedstaat:**ADD 1001A**

Staat, der in Anwendung des Artikels 2 dieser Konstitution als Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion gilt.

Sektormitglied:**ADD 1001B**

Rechtsträger oder Organisation, der bzw. die nach Artikel 19 der Konvention zur Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors zugelassen ist.

Delegation:**MOD 1005**

Gesamtheit der Delegierten und gegebenenfalls der Vertreter, Berater, Beigeordneten oder Dolmetscher, die von einem Mitgliedstaat entsandt werden.

Jeder Mitgliedstaat kann seine Delegation nach Belieben zusammenstellen. Insbesondere kann er in diese u.a. solche Personen als Delegierte, Berater oder Beigeordnete aufnehmen, die einem Rechtsträger oder einer Organisation angehören, der bzw. die nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention zugelassen ist.

Delegierter:**MOD 1006**

Eine Person, die von der Regierung eines Mitgliedstaates zu einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten entsandt wird, oder eine Person, welche die Regierung oder die Verwaltung eines Mitgliedstaates auf einer anderen Konferenz oder bei einer Tagung der Union vertritt.

Anerkanntes Betriebsunternehmen):****MOD 1008**

Jedes Betriebsunternehmen im Sinne der vorgenannten Begriffsbestimmung, das einen Dienst des öffentlichen Nachrichtenaustauschs oder einen Rundfunkdienst wahrnimmt und dem die in Artikel 6 dieser Konstitution vorgesehenen Verpflichtungen auferlegt sind, und zwar entweder von dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz dieses Betriebsunternehmens befindet, oder von dem Mitgliedstaat, der dieses Betriebsunternehmen ermächtigt hat, in seinem Hoheitsgebiet einen Fernmeldedienst einzurichten und wahrzunehmen.

**) Anmerkung d. Hrsg.: In Deutschland „anerkannte Betriebsgesellschaft“.

**Änderungsurkunde
zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992)**

geändert durch
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994)

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)
angenommene Änderungen)*)

**Instrument d'amendement
à la Convention
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)**

telle qu'amendée par
la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994)

(Amendements adoptés par
la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998))*)

Partie I

Avant-propos

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), et notamment des dispositions de son article 42, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) a adopté les amendements ci-après à la Convention précitée:

Chapitre I

Fonctionnement de l'Union

Section 1

Article 1 (CV)

La Conférence de plénipotentiaires

MOD 2 (2) Si cela est pratiquement possible, le lieu précis et les dates exactes d'une Conférence de plénipotentiaires sont fixés par la Conférence de plénipotentiaires précédente; dans le cas contraire, ce lieu et ces dates sont déterminés par le Conseil avec l'accord de la majorité des Etats Membres.

MOD 4 a) à la demande d'au moins un quart des Etats Membres, adressée individuellement au Secrétaire général;

MOD 6 (2) Ces changements exigent l'accord de la majorité des Etats Membres.

Teil I

Einführung

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), insbesondere des Artikels 42, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) folgende Änderungen der genannten Konvention angenommen:

Kapitel I

Arbeitsweise der Union

Abschnitt 1

Artikel 1 (KV)

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten

MOD 2 (2) Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten werden, wenn irgend möglich, von der vorhergehenden Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt; geschieht dies nicht, so bestimmt der Rat mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten Ort und Zeitpunkt der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten.

MOD 4 a) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten;

MOD 6 (2) Für diese Änderungen ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten erforderlich.

*) Conformément à la Résolution 70 (Minneapolis, 1998), relative à l'intégration du principe de l'égalité des sexes dans les travaux de l'UIT, les instruments fondamentaux de l'Union (Constitution et Convention) doivent être considérés comme rédigés dans un langage neutre.

*) Nach Entschließung 70 (Minneapolis 1998) über die Berücksichtigung des Prinzips der Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei den Arbeiten der UIT sind die Grundsatzdokumente der Union (Konstitution und Konvention) als in einer geschlechtsneutralen Sprache abgefasst zu betrachten.

Article 2 (CV)		Artikel 2 (KV)	
Elections et questions connexes		Wahlen und damit verbundene Fragen	
Le Conseil		Rat	
MOD 7	1. Sauf en cas de vacance se produisant dans les conditions spécifiées aux numéros 10 à 12 ci-dessous, les Etats Membres élus au Conseil remplissent leur mandat jusqu'à la date à laquelle un nouveau Conseil est élu. Ils sont rééligibles.	MOD 7	1. Mit Ausnahme der Fälle, in denen Sitze unter den in den Nummern 10 bis 12 aufgeführten Bedingungen frei werden, üben die in den Rat gewählten Mitgliedstaaten ihr Amt bis zu dem Zeitpunkt aus, zu dem ein neuer Rat gewählt wird. Sie können wieder gewählt werden.
MOD 8	2. (1) Si, entre deux Conférences de plénipotentiaires, une vacance se produit au sein du Conseil, le siège revient de droit à l'Etat Membre qui a obtenu, lors du dernier scrutin, le plus grand nombre de suffrages parmi les Etats Membres qui font partie de la même région et dont la candidature n'a pas été retenue.	MOD 8	2. (1) Wird zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten ein Sitz im Rat frei, so fällt dieser Sitz von Rechts wegen dem Mitgliedstaat zu, der bei der letzten Wahl unter denjenigen Mitgliedstaaten, die derselben Region angehören wie der ausgeschiedene Mitgliedstaat und deren Kandidatur nicht berücksichtigt worden ist, die meisten Stimmen erhalten hat.
MOD 9	(2) Quand, pour une raison quelconque, un siège vacant ne peut être pourvu en respectant la procédure indiquée au numéro 8 ci-dessus, le président du Conseil invite les autres Etats Membres de la région à poser leur candidature dans le délai d'un mois à compter de la date d'appel à candidature. A la fin de cette période, le président du Conseil invite les Etats Membres à élire le nouvel Etat Membre du Conseil. L'élection a lieu à bulletin secret par correspondance. La même majorité que celle indiquée ci-dessus est requise. Le nouvel Etat Membre du Conseil conserve son poste jusqu'à l'élection du nouveau Conseil par la Conférence de plénipotentiaires compétente suivante.	MOD 9	(2) Kann ein freier Sitz aus irgendeinem Grund nicht nach dem in Nummer 8 beschriebenen Verfahren besetzt werden, so fordert der Vorsitzende des Rates die übrigen Mitgliedstaaten der Region auf, sich binnen eines Monats, vom Zeitpunkt der Aufforderung an gerechnet, zu bewerben. Am Ende dieses Zeitraums fordert der Vorsitzende des Rates die Mitgliedstaaten auf, den neuen Mitgliedstaat des Rates zu wählen. Die Wahl erfolgt geheim und auf schriftlichem Wege. Es ist die gleiche Mehrheit wie oben angegeben erforderlich. Der neue Mitgliedstaat des Rates bleibt bis zur Wahl des neuen Rates durch die nächste zuständige Konferenz der Regierungsbevollmächtigten im Amt.
MOD 12	b) lorsqu'un Etat Membre se démet de ses fonctions d'Etat Membre du Conseil.	MOD 12	b) wenn ein Mitgliedstaat sein Amt als Mitgliedstaat des Rates niederlegt.
Article 3 (CV)		Artikel 3 (KV)	
Autres conférences et assemblées		Andere Konferenzen und Versammlungen	
MOD 23	1. Conformément aux dispositions pertinentes de la Constitution, les conférences et assemblées mondiales de l'Union ci-après sont normalement convoquées dans l'intervalle qui sépare deux Conférences de plénipotentiaires:	MOD 23	1. Nach den einschlägigen Bestimmungen der Konstitution werden in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten normalerweise folgende weltweite Konferenzen und Versammlungen der Union einberufen:
MOD 24	a) une ou deux conférences mondiales des radiocommunications;	MOD 24	a) eine oder zwei weltweite Funkkonferenzen;
MOD 25	b) une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications;	MOD 25	b) eine weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen;
MOD 27	d) une ou deux assemblées des radiocommunications.	MOD 27	d) eine oder zwei Funkversammlungen.
SUP 29		SUP 29	
MOD 30	– une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications additionnelle peut être convoquée.	MOD 30	– darf ausnahmsweise eine zusätzliche weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen einberufen werden.
MOD 33	b) sur recommandation de la conférence ou assemblée mondiale précédente du Secteur concerné, sous réserve d'approbation par le Conseil; dans le cas de l'assemblée des radiocommunications, la recommandation de l'assemblée est transmise à la conférence mondiale des radiocommunications suivante pour commentaires à l'intention du Conseil;	MOD 33	b) auf Empfehlung der vorangegangenen weltweiten Konferenz oder Versammlung des betreffenden Sektors, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Rat; im Falle einer Funkversammlung wird die Empfehlung der Versammlung der nächsten weltweiten Funkkonferenz übermittelt, die hierzu eine Stellungnahme für den Rat abgibt;
MOD 34	c) à la demande d'au moins un quart des Etats Membres, adressée individuellement au Secrétaire général;	MOD 34	c) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten;
MOD 39	c) à la demande d'au moins un quart des Etats Membres appartenant à la région intéressée,	MOD 39	c) auf Antrag von mindestens einem Viertel der zu der betreffenden Region gehörenden Mitglied-

	adressée individuellement au Secrétaire général;	staaten; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten;	
MOD 41	5. (1) Le lieu précis et les dates exactes d'une conférence mondiale ou régionale ou d'une assemblée d'un Secteur peuvent être fixés par une Conférence de plénipotentiaires.	5. (1) Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt einer weltweiten oder regionalen Konferenz oder einer Versammlung eines Sektors können von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt werden.	MOD 41
MOD 42	(2) En l'absence de décision sur ce sujet, le lieu précis et les dates exactes sont déterminés par le Conseil avec l'accord de la majorité des Etats Membres s'il s'agit d'une conférence mondiale ou d'une assemblée d'un Secteur, et de la majorité des Etats Membres appartenant à la région intéressée s'il s'agit d'une conférence régionale; dans les deux cas, les dispositions du numéro 47 ci-dessous s'appliquent.	(2) Liegt kein entsprechender Beschluss vor, so legt der Rat den präzisen Ort und den genauen Zeitpunkt mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten fest, wenn es sich um eine weltweite Konferenz oder eine Versammlung eines Sektors handelt, und mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitgliedstaaten, wenn es sich um eine regionale Konferenz handelt; in beiden Fällen kommt Nummer 47 zur Anwendung.	MOD 42
MOD 44	a) à la demande d'au moins un quart des Etats Membres s'il s'agit d'une conférence mondiale ou d'une assemblée d'un Secteur, ou d'un quart des Etats Membres appartenant à la région intéressée s'il s'agit d'une conférence régionale. Les demandes sont adressées individuellement au Secrétaire général qui en saisit le Conseil aux fins d'approbation;	a) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten, wenn es sich um eine weltweite Konferenz oder eine Versammlung eines Sektors handelt, oder von mindestens einem Viertel der zu der betreffenden Region gehörenden Mitgliedstaaten, wenn es sich um eine regionale Konferenz handelt. Die Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten, der sie dem Rat zur Genehmigung vorlegt;	MOD 44
MOD 46	(2) Dans les cas visés aux numéros 44 et 45 ci-dessus, les modifications proposées ne sont définitivement adoptées qu'avec l'accord de la majorité des Etats Membres s'il s'agit d'une conférence mondiale ou d'une assemblée d'un Secteur, ou de la majorité des Etats Membres appartenant à la région considérée s'il s'agit d'une conférence régionale, sous réserve des dispositions du numéro 47 ci-dessous.	(2) In den Fällen der Nummern 44 und 45 werden die vorgeschlagenen Änderungen für eine weltweite Konferenz oder eine Versammlung eines Sektors nur mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten, für eine regionale Konferenz nur mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitgliedstaaten endgültig angenommen, vorbehaltlich der Nummer 47.	MOD 46
MOD 47	7. Dans les consultations visées aux numéros 42, 46, 118, 123, 138, 302, 304, 305, 307 et 312 de la présente Convention, les Etats Membres qui n'ont pas répondu dans le délai fixé par le Conseil sont considérés comme n'ayant pas participé à ces consultations et en conséquence ne sont pas pris en considération dans le calcul de la majorité. Si le nombre des réponses reçues ne dépasse pas la moitié du nombre des Etats Membres consultés, on procède à une nouvelle consultation dont le résultat est déterminant quel que soit le nombre de suffrages exprimés.	7. Wenn ein Mitgliedstaat bei den in den Nummern 42, 46, 118, 123, 138, 302, 304, 305, 307 und 312 dieser Konvention genannten Befragungen nicht binnen der vom Rat festgesetzten Frist geantwortet hat, wird so verfahren, als habe er sich an diesen Befragungen nicht beteiligt; er wird in folgedessen bei der Berechnung der Mehrheit nicht berücksichtigt. Übersteigt die Zahl der eingegangenen Antworten nicht die Hälfte der Zahl der befragten Mitgliedstaaten, so kommt es zu einer zweiten Befragung, deren Ergebnis entscheidend ist, unabhängig von der Zahl der abgegebenen Stimmen.	MOD 47

Section 2

Article 4 (CV)

Le Conseil

MOD 50	1. Le nombre des Etats Membres du Conseil est fixé par la Conférence de plénipotentiaires qui se tient tous les quatre ans.
MOD 50A	2. Ce nombre ne doit pas dépasser 25% du nombre total des Etats Membres.
MOD 53	(3) Dans l'intervalle des sessions ordinaires, il peut être convoqué, en principe au siège de l'Union, par son président, à la demande de la majorité de ses Etats Membres, ou à l'initiative de son président dans les conditions prévues au numéro 18 de la présente Convention.
MOD 55	4. Au début de chaque session ordinaire, le Conseil élit, parmi les représentants de ses Etats Membres et en tenant compte du principe du rou-

Abschnitt 2

Artikel 4 (KV)

Rat

MOD 50	1. Die Zahl der Mitgliedstaaten des Rates wird von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt, die alle vier Jahre stattfindet.	MOD 50
MOD 50A	2. Diese Zahl darf 25% der Gesamtzahl der Mitgliedstaaten nicht überschreiten.	MOD 50A
MOD 53	(3) In der Zeit zwischen den ordentlichen Tagungen kann er auf Antrag der Mehrheit seiner Mitgliedstaaten von seinem Vorsitzenden oder, unter den in Nummer 18 dieser Konvention vorgesehenen Bedingungen, auf Anregung seines Vorsitzenden einberufen werden, und zwar in der Regel am Sitz der Union.	MOD 53
MOD 55	4. Der Rat wählt zu Beginn jeder ordentlichen Tagung unter den Vertretern seiner Mitgliedstaaten und unter Beachtung des Grundsatzes des turnus-	MOD 55

lement entre les régions, ses propres président et vice-président. Ceux-ci restent en fonctions jusqu'à l'ouverture de la session ordinaire suivante et ne sont pas rééligibles. Le vice-président remplace le président en l'absence de ce dernier.

MOD 56

5. Dans la mesure du possible, la personne désignée par un Etat Membre du Conseil pour siéger au Conseil est un fonctionnaire de son administration des télécommunications ou est directement responsable devant cette administration ou en son nom; cette personne doit être qualifiée en raison de son expérience des services de télécommunication.

MOD 57

6. Seuls les frais de voyage, de subsistance et d'assurance engagés par le représentant de chacun des Etats Membres du Conseil pour exercer ses fonctions aux sessions du Conseil sont à la charge de l'Union.

MOD 58

7. Le représentant de chacun des Etats Membres du Conseil a le droit d'assister en qualité d'observateur à toutes les réunions des Secteurs de l'Union.

MOD 60

9. Le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général et les directeurs des Bureaux participent de plein droit aux délibérations du Conseil, mais sans prendre part aux votes. Toutefois, le Conseil peut tenir des séances réservées aux seuls représentants de ses Etats Membres.

ADD 60A

Un Etat Membre qui n'est pas Etat Membre du Conseil peut, s'il en avise préalablement le Secrétaire général, envoyer à ses frais un observateur à des séances du Conseil, de ses commissions et de ses groupes de travail. Un observateur n'a ni le droit de vote ni le droit à la parole.

MOD 61

10. Le Conseil examine chaque année le rapport établi par le Secrétaire général sur la mise en œuvre du plan stratégique adopté par la Conférence de plénipotentiaires et lui donne la suite qu'il juge appropriée.

MOD 69

(3) prend les décisions nécessaires pour assurer la répartition géographique équitable du personnel de l'Union ainsi que la représentation des femmes dans les catégories professionnelle et supérieure et contrôle l'exécution de ces décisions;

MOD 73

(7) examine et arrête le budget biennal de l'Union et examine le budget prévisionnel pour le cycle de deux ans suivant le budget considéré, compte tenu des décisions de la Conférence de plénipotentiaires concernant le numéro 50 de la Constitution et des limites financières fixées par ladite Conférence conformément aux dispositions du numéro 51 de la Constitution; il réalise toutes les économies possibles, mais garde à l'esprit l'obligation faite à l'Union d'obtenir des résultats satisfaisants aussi rapidement que possible. Ce faisant, le Conseil tient compte des vues du Comité de coordination exposées dans le rapport du Secrétaire général dont il est question au numéro 86 de la présente Convention, et du rapport de gestion financière mentionné au numéro 101 de la présente Convention;

MOD 75

(9) prend les dispositions nécessaires pour la convocation des conférences ou assemblées de l'Union et fournit au Secrétariat général et aux Secteurs de l'Union, avec l'accord de la majorité des Etats Membres s'il s'agit d'une conférence ou

mäßigen Wechsels zwischen den Regionen seinen eigenen Vorsitzenden und Vizevorsitzenden. Diese bleiben bis zur Eröffnung der nächsten ordentlichen Tagung im Amt und können nicht wieder gewählt werden. Der Vizevorsitzende vertritt den Vorsitzenden in dessen Abwesenheit.

MOD 56

5. Die Person, die von einem Mitgliedstaat des Rates zur Wahrnehmung eines Sitzes in diesem Rat ernannt wird, soll möglichst ein Beamter sein, der in der Fernmeldeverwaltung dieses Mitgliedstaates arbeitet oder ihr gegenüber unmittelbar verantwortlich ist oder in ihrem Namen handelt; diese Person muss durch ihre Erfahrungen im Bereich der Fernmeldedienste qualifiziert sein.

MOD 57

6. Nur die Kosten für Reise, Aufenthalt und Versicherungen, die für den Vertreter eines Mitgliedstaates des Rates in Ausübung seiner Tätigkeit bei den Tagungen des Rates entstehen, gehen zu Lasten der Union.

MOD 58

7. Der Vertreter eines jeden Mitgliedstaates des Rates hat das Recht, als Beobachter an allen Tagungen der Sektoren der Union teilzunehmen.

MOD 60

9. Der Generalsekretär, der Vizegeneralsekretär und die Direktoren der Büros sind kraft ihres Amtes berechtigt, an den Beratungen des Rates teilzunehmen, jedoch ohne Stimmrecht. Der Rat darf aber auch Sitzungen abhalten, die den Vertretern seiner Mitgliedstaaten vorbehalten sind.

ADD 60A

Ein Mitgliedstaat, der nicht Mitgliedstaat des Rates ist, kann auf seine eigenen Kosten einen Beobachter zu den Sitzungen des Rates, seiner Kommissionen und seiner Arbeitsgruppen entsenden, wenn er den Generalsekretär vorher darüber unterrichtet. Ein Beobachter ist weder stimmberechtigt, noch hat er das Recht, das Wort zu ergreifen.

MOD 61

10. Der Rat prüft jedes Jahr den Bericht des Generalsekretärs über die Umsetzung des von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen strategischen Plans und trifft die Maßnahmen, die er für geeignet hält.

MOD 69

(3) er fasst die notwendigen Beschlüsse, um die ausgewogene geographische Verteilung des Personals der Union sowie die Repräsentation der Frauen in der Gruppe der Fachbeamten und in den darüber liegenden Gruppen zu gewährleisten, und überwacht die Durchführung dieser Beschlüsse;

MOD 73

(7) er prüft und beschließt das Zweijahresbudget der Union und prüft das voraussichtliche Budget für die beiden darauf folgenden Jahre, wobei er die in Bezug auf Nummer 50 der Konstitution gefassten Beschlüsse der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und den von dieser Konferenz nach Nummer 51 der Konstitution festgesetzten finanziellen Rahmen berücksichtigt; er achtet auf größtmögliche Sparsamkeit, trägt jedoch immer der Verpflichtung der Union Rechnung, so schnell wie möglich zufrieden stellende Ergebnisse zu erzielen. Dabei berücksichtigt der Rat die Ansichten des Koordinierungsausschusses, die in dem in Nummer 86 dieser Konvention genannten Bericht des Generalsekretärs dargelegt sind, sowie den in Nummer 101 dieser Konvention genannten Finanzbericht;

MOD 75

(9) er trifft die für die Einberufung der Konferenzen oder Versammlungen der Union erforderlichen Vorkehrungen und gibt dem Generalsekretariat und den Sektoren der Union geeignete Richtlinien in Bezug auf ihre fachliche und sonstige

assemblée mondiale, ou de la majorité des Etats Membres appartenant à la région intéressée s'il s'agit d'une conférence régionale, des directives appropriées en ce qui concerne leur assistance technique et autre à la préparation et à l'organisation des conférences ou assemblées;

Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenzen oder Versammlungen, und zwar mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten, wenn es sich um eine weltweite Konferenz oder Versammlung handelt, und mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitgliedstaaten, wenn es sich um eine regionale Konferenz handelt;

MOD 79

(13) prend toutes les dispositions nécessaires, après accord de la majorité des Etats Membres, pour résoudre à titre provisoire les cas non prévus dans la Constitution, dans la présente Convention, dans les Règlements administratifs et leurs annexes, pour la solution desquels il n'est plus possible d'attendre la conférence compétente suivante;

(13) er trifft nach Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten alle notwendigen Vorkehrungen zur vorläufigen Regelung der Fälle, die in der Konstitution, in dieser Konvention, in den Vollzugsordnungen und in ihren Anhängen nicht vorgesehen sind und mit deren Regelung nicht bis zur nächsten zuständigen Konferenz gewartet werden kann;

MOD 79**MOD 81**

(15) envoie aux Etats Membres, le plus tôt possible après chacune de ses sessions, des comptes rendus succincts de ses travaux, ainsi que tous documents qu'il juge utiles;

(15) er schickt den Mitgliedstaaten nach jeder Tagung so bald wie möglich Kurzberichte über seine Arbeiten sowie alle Dokumente, die ihm nützlich erscheinen;

MOD 81

Section 3

Abschnitt 3

Article 5 (CV)

Artikel 5 (KV)

Secrétariat général

Generalsekretariat

MOD 86

c) prépare, avec l'assistance du Comité de coordination, et soumet au Conseil un rapport faisant état de l'évolution de l'environnement des télécommunications depuis la dernière Conférence de plénipotentiaires et contenant des recommandations relatives à la politique et à la stratégie futures de l'Union, ainsi qu'une évaluation de leurs répercussions financières;

c) erstellt, mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses, einen Bericht über die Entwicklung des Telekommunikationsumfeldes seit der letzten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, in dem er auch Empfehlungen zur zukünftigen Politik und Strategie der Union sowie eine Einschätzung ihrer finanziellen Auswirkungen gibt, und legt diesen Bericht dem Rat vor;

MOD 86**ADD 86A**

c^{bis}) coordonne la mise en œuvre du plan stratégique adopté par la Conférence de plénipotentiaires et prépare un rapport annuel sur cette mise en œuvre pour examen par le Conseil;

c^{bis}) koordiniert die Umsetzung des von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen strategischen Planes und erstellt jährlich über diese Umsetzung einen Bericht, den er dem Rat zur Prüfung vorlegt;

ADD 86A**ADD 87A**

d^{bis}) établit chaque année, pour examen par le Conseil, un plan opérationnel et un plan financier des activités que doit entreprendre le personnel du Secrétariat général pour faciliter la mise en œuvre du plan stratégique;

d^{bis}) stellt jährlich einen Arbeits- und einen Finanzplan für die Tätigkeiten auf, die das Personal des Generalsekretariats zur Erleichterung der Umsetzung des strategischen Plans ausführen muss, und legt diese Pläne dem Rat zur Prüfung vor;

ADD 87A**MOD 100**

q) après consultation du Comité de coordination et après avoir réalisé toutes les économies possibles, prépare et soumet au Conseil un projet de budget biennal couvrant les dépenses de l'Union en tenant compte des limites financières fixées par la Conférence de plénipotentiaires. Ce projet de budget se compose d'un budget global regroupant les budgets fondés sur les coûts de chacun des trois Secteurs, établis conformément aux directives budgétaires émanant du Secrétaire général et comprenant deux versions. Une version correspond à une croissance zéro de l'unité contributive, l'autre à une croissance inférieure ou égale à toute limite fixée par la Conférence de plénipotentiaires, après prélèvement éventuel sur le compte de provision. La résolution relative au budget, après approbation par le Conseil, est transmise à titre d'information à tous les Etats Membres;

q) prépare nach Beratung mit dem Koordinierungsausschuss und unter Beachtung aller Einsparmöglichkeiten den Entwurf für das Zweijahresbudget vor, den er dem Rat vorlegt und der die Ausgaben der Union unter Berücksichtigung des von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten finanziellen Rahmens deckt. Der Budgetentwurf besteht aus einem zusammengefassten Budget, das die auf den Kosten beruhenden und nach den Budgetrichtlinien des Generalsekretärs aufgestellten Budgets aller drei Sektoren enthält; er wird in zwei Fassungen erstellt. Eine Fassung basiert auf dem Nullwachstum der Beitragseinheit, die andere – eventuell nach Entnahmen aus dem Reservefonds – auf dem Wachstum des Budgets, das unter der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Höchstgrenze liegt oder ihr gleich ist. Die das Budget betreffende Entschließung wird allen Mitgliedstaaten nach Genehmigung durch den Rat zur Kenntnisnahme zugeleitet;

MOD 100**MOD 102**

s) avec l'aide du Comité de coordination, établit un rapport annuel sur l'activité de l'Union

s) erstellt mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses jährlich einen Bericht über die

MOD 102

transmis, après approbation du Conseil, à tous les Etats Membres;

ADD 102A ^{s(bis)} gère les arrangements spéciaux mentionnés au numéro 76A de la Constitution, le coût de cette gestion devant être supporté par les signataires de ces arrangements d'une manière établie par accord entre eux et le Secrétaire général;

Tätigkeit der Union, den er nach Genehmigung durch den Rat allen Mitgliedstaaten zuleitet;

^{s(bis)} verwaltet die in Nummer 76A der Konstitution genannten besonderen Vereinbarungen; die Kosten für diese Verwaltung sind von den Unterzeichnern dieser Vereinbarungen nach den zwischen ihnen und dem Generalsekretär abgesprochenen Modalitäten zu tragen;

ADD 102A

Section 4

Article 6 (CV)

Comité de coordination

MOD 109 2. Le Comité doit s'efforcer de formuler ses conclusions par accord unanime. S'il n'est pas appuyé par la majorité du Comité, le président peut, dans des circonstances exceptionnelles, prendre des décisions sous sa propre responsabilité, s'il estime que le règlement des questions en cause est urgent et ne peut attendre la session suivante du Conseil. Dans ces circonstances, il fait rapport promptement et par écrit aux Etats Membres du Conseil sur ces questions, en indiquant les raisons qui l'ont amené à prendre ces décisions, et en leur communiquant les vues, exposées par écrit, des autres membres du Comité. Si les questions étudiées dans de telles circonstances ne sont pas urgentes mais néanmoins importantes, elles doivent être soumises à l'examen du Conseil à sa session suivante.

Abschnitt 4

Artikel 6 (KV)

Koordinierungsausschuss

MOD 109 2. Der Ausschuss muss bestrebt sein, seine Beschlüsse einstimmig zu fassen. Falls der Vorsitzende nicht von der Mehrheit des Ausschusses unterstützt wird, kann er unter außergewöhnlichen Umständen Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen, wenn er der Ansicht ist, dass die Regelung der betreffenden Fragen dringend ist und dass damit nicht bis zur nächsten Tagung des Rates gewartet werden kann. Unter diesen Umständen erstattet er den Mitgliedstaaten des Rates umgehend schriftlich Bericht über diese Fragen, wobei er die Gründe angibt, die ihn veranlasst haben, diese Entscheidungen zu treffen; gleichzeitig teilt er ihnen die schriftlich dargelegten Standpunkte der anderen Mitglieder des Ausschusses mit. Wenn die unter solchen Umständen untersuchten Fragen nicht vordringlich, aber dennoch wichtig sind, müssen sie dem Rat während seiner nächsten Tagung zur Prüfung vorgelegt werden.

Section 5

Secteur des radiocommunications

Article 7 (CV)

Conférences mondiales des radiocommunications

MOD 117 d) la détermination des thèmes que l'assemblée des radiocommunications et les commissions d'études des radiocommunications doivent étudier, ainsi que les questions que cette assemblée devra examiner concernant les futures conférences des radiocommunications.

MOD 118 (2) Le cadre général de cet ordre du jour devrait être fixé quatre à six ans à l'avance et l'ordre du jour définitif est fixé par le Conseil de préférence deux ans avant la conférence, avec l'accord de la majorité des Etats Membres, sous réserve des dispositions du numéro 47 de la présente Convention. Ces deux versions de l'ordre du jour sont fondées sur les recommandations de la conférence mondiale des radiocommunications, en application des dispositions du numéro 126 de la présente Convention.

MOD 121 a) à la demande d'au moins un quart des Etats Membres, adressée individuellement au Secrétaire général qui en saisit le Conseil aux fins d'approbation; ou

MOD 123 (2) Les projets de modification de l'ordre du jour d'une conférence mondiale des radiocommunications ne sont définitivement adoptés qu'avec l'accord de la majorité des Etats Membres, sous réserve des dispositions du numéro 47 de la présente Convention.

Abschnitt 5

Sektor für das Funkwesen

Artikel 7 (KV)

Weltweite Funkkonferenzen

MOD 117 d) die Festlegung der Themen, welche die Funkversammlung und die Studienkommissionen für das Funkwesen behandeln sollen, sowie die Fragen, welche die Versammlung in Bezug auf die zukünftigen Funkkonferenzen untersuchen soll.

MOD 118 (2) Der allgemeine Rahmen dieser Tagesordnung sollte vier bis sechs Jahre im Voraus festgesetzt werden; die endgültige Tagesordnung wird vorzugsweise zwei Jahre vor der Konferenz vom Rat, mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten, festgesetzt, vorbehaltlich der Nummer 47 dieser Konvention. Diese beiden Fassungen der Tagesordnung werden auf der Grundlage der Empfehlungen der weltweiten Funkkonferenz in Anwendung der Nummer 126 dieser Konvention erstellt.

MOD 121 a) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten, der sie dem Rat zur Genehmigung vorlegt;

MOD 123 (2) Die zur Tagesordnung einer weltweiten Funkkonferenz vorgeschlagenen Änderungen werden nur mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten endgültig angenommen, vorbehaltlich der Nummer 47 dieser Konvention.

Article 8 (CV)		Artikel 8 (KV)	
MOD	Assemblées des radiocommunications	Funkversammlungen	MOD
MOD 131	(1) examine les rapports des commissions d'études établis conformément aux dispositions du numéro 157 de la présente Convention et approuve, modifie ou rejette les projets de recommandation que contiennent ces rapports, et examine les rapports du Groupe consultatif des radiocommunications établis conformément aux dispositions du numéro 160H de la présente Convention;	(1) Sie prüft die nach Nummer 157 dieser Konvention erstellten Berichte der Studienkommissionen und genehmigt, ändert oder verwirft die in diesen Berichten enthaltenen Empfehlungsentwürfe, und sie prüft die nach Nummer 160H dieser Konvention erstellten Berichte der beratenden Gruppe für das Funkwesen;	MOD 131
MOD 136	(6) fait rapport à la conférence mondiale des radiocommunications suivante sur l'avancement des travaux concernant des points qui peuvent être inscrits à l'ordre du jour de futures conférences des radiocommunications.	(6) sie erstattet der nächsten weltweiten Funkkonferenz Bericht über den Fortgang der Arbeiten in Bezug auf Punkte, die in die Tagesordnung zukünftiger Funkkonferenzen aufgenommen werden können.	MOD 136
ADD 137A	Une assemblée des radiocommunications peut adresser au Groupe consultatif des radiocommunications, pour avis, des questions spécifiques relevant de son domaine de compétence.	Eine Funkversammlung kann spezielle Angelegenheiten, die in ihre Zuständigkeit fallen, der beratenden Gruppe für das Funkwesen zur Stellungnahme vorlegen.	ADD 137A
Article 9 (CV)		Artikel 9 (KV)	
Conférences régionales des radiocommunications		Regionale Funkkonferenzen	
MOD 138	L'ordre du jour d'une conférence régionale des radiocommunications ne peut porter que sur des questions de radiocommunication particulières de caractère régional, y compris des directives destinées au Comité du Règlement des radiocommunications et au Bureau des radiocommunications en ce qui concerne leurs activités intéressant la région dont il s'agit, à condition que ces directives ne soient pas contraires aux intérêts d'autres régions. Seules les questions inscrites à son ordre du jour peuvent y être débattues. Les dispositions des numéros 118 à 123 de la présente Convention s'appliquent aux conférences régionales des radiocommunications, mais uniquement en ce qui concerne les Etats Membres de la région concernée.	Die Tagesordnung einer regionalen Funkkonferenz darf nur besondere Fragen des Funkwesens von regionalem Interesse enthalten, einschließlich der Richtlinien, die dem Funkregulierungsausschuss und dem Büro für das Funkwesen für ihre Tätigkeit in Bezug auf die betreffende Region gegeben werden sollen, vorausgesetzt, dass diese Richtlinien den Interessen anderer Regionen nicht zuwiderlaufen. Von einer solchen Konferenz dürfen nur die Fragen erörtert werden, die auf ihrer Tagesordnung stehen. Die Bestimmungen der Nummern 118 bis 123 dieser Konvention gelten auch für die regionalen Funkkonferenzen, aber nur in Bezug auf die Mitgliedstaaten der betreffenden Region.	MOD 138
SUP 139			SUP 139
Article 11 (CV)		Artikel 11 (KV)	
Commissions d'études des radiocommunications		Studienkommissionen für das Funkwesen	
MOD 149	2. (1) Les commissions d'études des radiocommunications étudient des Questions adoptées conformément à une procédure établie par l'assemblée des radiocommunications et rédigent des projets de recommandation qui doivent être adoptés conformément à la procédure énoncée aux numéros 246A à 247 de la présente Convention.	2. (1) Die Studienkommissionen für das Funkwesen behandeln Fragen, die nach einem von der Funkversammlung festgelegten Verfahren angenommen wurden, und arbeiten diesbezügliche Empfehlungsentwürfe aus, die nach dem in den Nummern 246A bis 247 dieser Konvention dargelegten Verfahren angenommen werden müssen.	MOD 149
ADD 149B	(2) Les commissions d'études des radiocommunications étudient également des thèmes déterminés dans les résolutions et recommandations des conférences mondiales des radiocommunications. Les résultats de ces études figurent dans des recommandations ou dans les rapports élaborés conformément au numéro 156 ci-après.	(2) Die Studienkommissionen für das Funkwesen behandeln auch Themen, die in den Entschlüssen und Empfehlungen der weltweiten Funkkonferenzen genannt sind. Die Ergebnisse dieser Studien werden in Empfehlungen oder in die nach Nummer 156 erstellten Berichte aufgenommen.	ADD 149B
MOD 150	(3) Sous réserve des dispositions du numéro 158 ci-dessous, l'étude des questions et des thèmes susmentionnés porte essentiellement sur:	(3) Vorbehaltlich der Nummer 158 erstreckt sich die Behandlung der oben erwähnten Fragen und Themen im Wesentlichen auf	MOD 150
MOD 151	a) l'utilisation du spectre des fréquences radio-électriques dans les radiocommunications de Terre et les radiocommunications spatiales et celle de l'orbite des satellites géostationnaires et d'autres orbites;	a) die Nutzung des Funkfrequenzspektrums im terrestrischen Funkverkehr und im Weltraumfunkverkehr und die Nutzung der Umlaufbahn der geostationären Satelliten sowie anderer Umlaufbahnen;	MOD 151
MOD 155	(4) En règle générale, ces études ne portent pas sur des questions d'ordre économique, mais dans les cas où elles supposent des comparaisons entre plusieurs solutions techniques ou opération-	(4) In der Regel werden bei diesen Studien wirtschaftliche Fragen nicht behandelt, jedoch können in den Fällen, in denen die Studien Vergleiche zwischen mehreren technischen oder betrieblichen	MOD 155

nelles, les facteurs économiques peuvent être pris en considération.

Lösungen voraussetzen, wirtschaftliche Faktoren in Betracht gezogen werden.

ADD	Article 11A (CV) Groupe consultatif des radiocommunications	Artikel 11A (KV) Beratende Gruppe für das Funkwesen	ADD
ADD 160A	1. Le Groupe consultatif des radiocommunications est ouvert à la participation des représentants des administrations des Etats Membres et des représentants des Membres du Secteur ainsi que des présidents des commissions d'études; il agit par l'intermédiaire du directeur.	1. An den Arbeiten der beratenden Gruppe für das Funkwesen können sich die Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Sektormitglieder sowie die Vorsitzenden der Studienkommissionen beteiligen; die beratende Gruppe handelt durch den Direktor.	ADD 160A
ADD 160B	2. Le Groupe consultatif des radiocommunications:	2. Die beratende Gruppe für das Funkwesen	ADD 160B
ADD 160C	(1) examine les priorités, les programmes, les opérations, les questions financières et les stratégies concernant les assemblées des radiocommunications, les commissions d'études et la préparation des conférences des radiocommunications ainsi que toute question particulière que lui confie une conférence de l'Union, une assemblée des radiocommunications ou le Conseil;	(1) prüft die Prioritäten, Programme, Abläufe, finanziellen Fragen und Strategien, die mit den Funkversammlungen, den Studienkommissionen und der Vorbereitung der Funkkonferenzen zusammenhängen, sowie alle besonderen Fragen, die ihr von einer Konferenz der Union, einer Funkversammlung oder vom Rat zugewiesen werden;	ADD 160C
ADD 160D	(2) examine les progrès accomplis dans l'exécution du programme de travail établi conformément aux dispositions du numéro 132 de la présente Convention;	(2) prüft die Fortschritte bei der Durchführung des nach Nummer 132 dieser Konvention aufgestellten Arbeitsprogramms;	ADD 160D
ADD 160E	(3) fournit des lignes directrices relatives aux travaux des commissions d'études;	(3) stellt Leitlinien für die Arbeiten der Studienkommissionen auf;	ADD 160E
ADD 160F	(4) recommande des mesures visant notamment à encourager la coopération et la coordination avec d'autres organes de normalisation, avec le Secteur de la normalisation des télécommunications, avec le Secteur du développement des télécommunications et avec le Secrétariat général;	(4) empfiehlt Maßnahmen, die insbesondere darauf abzielen, die Zusammenarbeit und die Koordinierung mit anderen Standardisierungsgremien, mit dem Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen, dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens und mit dem Generalsekretariat zu fördern;	ADD 160F
ADD 160G	(5) adopte ses propres méthodes de travail compatibles avec celles adoptées par l'assemblée des radiocommunications;	(5) nimmt ihre eigenen Arbeitsverfahren an, die mit den von der Funkversammlung angenommenen vereinbar sein müssen;	ADD 160G
ADD 160H	(6) élabore un rapport à l'intention du directeur du Bureau des radiocommunications, en indiquant les mesures prises concernant les points ci-dessus.	(6) erstellt für den Direktor des Büros für das Funkwesen einen Bericht über die hinsichtlich der genannten Punkte ergriffenen Maßnahmen.	ADD 160H
	Article 12 (CV) Bureau des radiocommunications	Artikel 12 (KV) Büro für das Funkwesen	
MOD 164	a) coordonne les travaux préparatoires des commissions d'études et du Bureau, communique aux Etats Membres et aux Membres du Secteur les résultats de ces travaux, recueille leurs commentaires et soumet un rapport de synthèse à la conférence, qui peut inclure des propositions d'ordre réglementaire;	a) Er koordiniert die vorbereitenden Arbeiten der Studienkommissionen und des Büros, teilt den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern die Ergebnisse dieser Arbeiten mit, sammelt ihre Stellungnahmen dazu und legt der Konferenz einen zusammenfassenden Bericht vor, der auch Vorschläge mit Regelungscharakter enthalten kann;	MOD 164
MOD 169	b) communique à tous les Etats Membres les règles de procédure du Comité et recueille les observations présentées par les administrations à ce sujet;	b) er übermittelt allen Mitgliedstaaten die Verfahrensregeln des Ausschusses und sammelt die dazu von den Verwaltungen eingegangenen Stellungnahmen;	MOD 169
ADD 175A	(3 ^{bis}) fournit l'appui nécessaire au Groupe consultatif des radiocommunications et rend compte chaque année aux Etats Membres et aux Membres du Secteur des radiocommunications ainsi qu'au Conseil des résultats des travaux du groupe consultatif;	(3 ^{bis}) er lässt der beratenden Gruppe für das Funkwesen die erforderliche Unterstützung zukommen und erstattet den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern sowie dem Rat jährlich Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten der beratenden Gruppe;	ADD 175A
ADD 175B	(3 ^{ter}) prend des mesures concrètes pour faciliter la participation des pays en développement aux travaux des commissions d'études des radiocommunications;	(3 ^{ter}) er ergreift konkrete Maßnahmen, um die Teilnahme der Entwicklungsländer an den Arbeiten der Studienkommissionen für das Funkwesen zu erleichtern;	ADD 175B

- | | | | | | |
|-----------------|--------------------|---|--------------------|--|-----------------|
| MOD 177 | a) | effectue des études afin de fournir des avis en vue de l'exploitation d'un nombre aussi grand que possible de voies radioélectriques dans les régions du spectre des fréquences où des brouillages préjudiciables peuvent se produire, ainsi qu'en vue de l'utilisation équitable, efficace et économique de l'orbite des satellites géostationnaires et d'autres orbites, compte tenu des besoins des Etats Membres qui requièrent une assistance, des besoins particuliers des pays en développement, ainsi que de la situation géographique particulière de certains pays; | a) | Er führt Untersuchungen durch, um unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der um Hilfe ersuchenden Mitgliedstaaten, der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer sowie der besonderen geographischen Lage bestimmter Länder Ratschläge zu erteilen, die darauf abzielen, dass der Betrieb einer möglichst großen Anzahl von Funkkanälen in denjenigen Teilen des Funkfrequenzspektrums, in denen schädliche Störungen auftreten können, sowie die gerechte, wirksame und wirtschaftliche Nutzung der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und anderer Umlaufbahnen gewährleistet sind; | MOD 177 |
| MOD 178 | b) | échange avec les Etats Membres et les Membres du Secteur des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et tient à jour les documents et les bases de données du Secteur des radiocommunications et prend toutes mesures utiles avec le Secrétaire général, selon qu'il est nécessaire, pour qu'ils soient publiés dans les langues de travail de l'Union conformément au numéro 172 de la Constitution; | b) | er tauscht mit den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt und aktualisiert laufend die Dokumente und Datenbanken des Sektors für das Funkwesen und sorgt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für ihre Veröffentlichung in den Arbeitssprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution; | MOD 178 |
| MOD 180 | d) | rend compte, dans un rapport présenté à la conférence mondiale des radiocommunications, de l'activité du Secteur depuis la dernière conférence; si aucune conférence mondiale des radiocommunications n'est prévue, un rapport sur l'activité du Secteur pendant la période de deux ans suivant la dernière conférence est soumis au Conseil et, pour information, aux Etats Membres et aux Membres du Secteur; | d) | er gibt in einem der weltweiten Funkkonferenz vorgelegten Bericht Rechenschaft über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz; ist keine weltweite Funkkonferenz geplant, so wird dem Rat und – zur Information – auch den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern ein Bericht über die Tätigkeit des Sektors während der zwei Jahre nach der letzten Konferenz vorgelegt; | MOD 180 |
| ADD 181A | e ^{bis}) | établit chaque année, pour examen par le Groupe consultatif des radiocommunications conformément à l'article 11A de la présente Convention et pour communication au Conseil, un plan opérationnel et un plan financier des activités que doit entreprendre le Bureau pour aider le Secteur dans son ensemble. | e ^{bis}) | er stellt jährlich einen Arbeits- und einen Finanzplan für die Tätigkeiten auf, die das Büro zur Unterstützung des Sektors insgesamt ausführen muss, legt diese Pläne der beratenden Gruppe für das Funkwesen nach Artikel 11A dieser Konvention zur Prüfung vor und leitet sie an den Rat weiter. | ADD 181A |

Section 6

Secteur de la normalisation
des télécommunications

Article 13 (CV)

**MOD Assemblée mondiale de normalisation
des télécommunications**

MOD 184 1. Conformément au numéro 104 de la Constitution, une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications est convoquée pour examiner des questions spécifiques relatives à la normalisation des télécommunications.

MOD 185 2. Les questions que doit étudier une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications, sur lesquelles des recommandations sont formulées, sont celles que cette assemblée a adoptées conformément à ses propres procédures ou qui lui sont posées par la Conférence de plénipotentiaires, par une autre conférence ou par le Conseil.

MOD 186 3. Conformément aux dispositions du numéro 104 de la Constitution, l'assemblée:

MOD 187 a) examine les rapports établis par les commissions d'études conformément aux dispositions du numéro 194 de la présente Convention et approuve, modifie ou rejette les projets de

Abschnitt 6

Sektor für die Standardisierung
im Fernmeldewesen

Artikel 13 (KV)

**MOD Weltweite Versammlung für die
Standardisierung im Fernmeldewesen**

MOD 184 1. Eine weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen wird nach Nummer 104 der Konstitution zur Behandlung besonderer Fragen der Standardisierung im Fernmeldewesen einberufen.

MOD 185 2. Die Fragen, die eine weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen zu untersuchen hat und über die Empfehlungen herausgegeben werden, sind diejenigen, die sie nach ihren eigenen Verfahren angenommen hat oder die ihr von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, einer anderen Konferenz oder vom Rat vorgelegt werden.

MOD 186 3. Nach Nummer 104 der Konstitution hat die Versammlung folgende Aufgaben:

MOD 187 a) Sie prüft die nach Nummer 194 dieser Konvention erstellten Berichte der Studienkommissionen und genehmigt, ändert oder verwirft die in diesen Berichten enthaltenen Empfehlungsent-

recommandation que contiennent ces rapports, et examine les rapports établis par le Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications conformément aux dispositions des numéros 197J et 197K de la présente Convention;

MOD 190 d) regroupe, autant que possible, les questions qui intéressent les pays en développement, afin de faciliter la participation de ces derniers à leur étude;

ADD 191A 4. Une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications peut confier des questions spécifiques relevant de son domaine de compétence au Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications en indiquant les mesures à prendre concernant ces questions.

ADD 191B 5. L'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications est présidée par une personne désignée par le gouvernement du pays où la réunion a lieu ou, lorsque cette réunion se tient au siège de l'Union, par une personne élue par l'assemblée elle-même; le président est assisté de vice-présidents élus par l'assemblée.

Article 14 (CV)

Commissions d'études de la normalisation des télécommunications

MOD 192 1. (1) Les commissions d'études de la normalisation des télécommunications étudient des Questions adoptées conformément à une procédure établie par l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications et rédigent des projets de recommandation qui doivent être adoptés conformément à la procédure énoncée aux numéros 246A à 247 de la présente Convention.

MOD 194 (3) Chaque commission d'études élabore, à l'intention de l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications, un rapport indiquant l'état d'avancement de ses travaux, les recommandations adoptées conformément à la procédure de consultation prévue au numéro 192 ci-dessus et les projets de recommandation nouvelle ou révisée que doit examiner l'assemblée.

MOD 197 4. Afin de faciliter l'examen des activités du Secteur de la normalisation des télécommunications, il convient de prendre des mesures propres à encourager la coopération et la coordination avec d'autres organisations s'occupant de normalisation, avec le Secteur des radiocommunications et avec le Secteur du développement des télécommunications. Une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications arrête les obligations spécifiques, les conditions de participation et les règles d'application de ces mesures.

ADD

Article 14A (CV)

Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications

ADD 197C 1. Le Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications est ouvert à la participation des représentants des administrations des Etats Membres et des représentants des Membres du Secteur ainsi que des présidents des commissions d'études.

würfe, und sie prüft die nach den Nummern 197J und 197K dieser Konvention erstellten Berichte der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen;

d) sie fasst so weit wie möglich die Fragen zusammen, die für die Entwicklungsländer von Interesse sind, um ihre Beteiligung an der Untersuchung dieser Fragen zu erleichtern;

4. Eine weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen kann spezielle Angelegenheiten, die in ihre Zuständigkeit fallen, der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen zuweisen, wobei sie angibt, welche Maßnahmen im Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten zu ergreifen sind.

5. Die weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen wird von einer Person geleitet, die von der Regierung des Landes, in dem die Tagung stattfindet, benannt wurde, oder, wenn die Tagung am Sitz der Union stattfindet, von einer Person, welche die Versammlung selbst gewählt hat; der Vorsitzende wird von Vizevorsitzenden unterstützt, welche die Versammlung gewählt hat.

Artikel 14 (KV)

Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen

1. (1) Die Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen behandeln Fragen, die nach einem von der weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen festgelegten Verfahren angenommen wurden, und arbeiten diesbezügliche Empfehlungsentwürfe aus, die nach dem in den Nummern 246A bis 247 dieser Konvention dargelegten Verfahren angenommen werden müssen.

(3) Jede Studienkommission erstellt für die weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen einen Bericht über den Fortgang der Arbeiten, über die in Übereinstimmung mit dem Befragungsverfahren nach Nummer 192 angenommenen Empfehlungen und über die Entwürfe für neue oder revidierte Empfehlungen, die von der Versammlung geprüft werden müssen.

4. Um die Überprüfung der Tätigkeit des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen zu erleichtern, sollten geeignete Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit und der Koordinierung mit anderen Organisationen, die sich mit Standardisierung befassen, mit dem Sektor für das Funkwesen und dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens getroffen werden. Eine weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen legt die besonderen Verpflichtungen, die Bedingungen für die Mitwirkung und die Verfahrensgrundsätze für die Durchführung solcher Maßnahmen fest.

Artikel 14A (KV)

Beratende Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen

1. An den Arbeiten der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen können sich die Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Sektormitglieder sowie die Vorsitzenden der Studienkommissionen beteiligen.

MOD 190

ADD 191A

ADD 191B

MOD 192

MOD 194

MOD 197

ADD

ADD 197C

ADD 197D	2. Le Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications:	2. Die beratende Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen	ADD 197D
ADD 197E	(1) étudie les priorités, les programmes, les opérations, les questions financières et les stratégies applicables aux activités du Secteur de la normalisation des télécommunications;	(1) prüft die Prioritäten, Programme, Abläufe, finanziellen Fragen und Strategien für die Tätigkeiten des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen;	ADD 197E
ADD 197F	(2) examine les progrès accomplis dans l'exécution du programme de travail établi conformément aux dispositions du numéro 188 de la présente Convention;	(2) prüft die Fortschritte bei der Durchführung des nach Nummer 188 dieser Konvention aufgestellten Arbeitsprogramms;	ADD 197F
ADD 197G	(3) fournit des lignes directrices relatives aux travaux des commissions d'études;	(3) stellt Leitlinien für die Arbeiten der Studienkommissionen auf;	ADD 197G
ADD 197H	(4) recommande des mesures visant notamment à encourager la coopération et la coordination avec d'autres organismes compétents ainsi qu'avec le Secteur des radiocommunications, le Secteur du développement des télécommunications et le Secrétariat général;	(4) empfiehlt Maßnahmen, die insbesondere darauf abzielen, die Zusammenarbeit und die Koordination mit anderen zuständigen Einrichtungen sowie mit dem Sektor für das Funkwesen, dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens und mit dem Generalsekretariat zu fördern;	ADD 197H
ADD 197I	(5) adopte des méthodes de travail compatibles avec celles adoptées par l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications;	(5) nimmt ihre eigenen Arbeitsverfahren an, die mit den von der weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen angenommenen vereinbar sein müssen;	ADD 197I
ADD 197J	(6) élabore un rapport à l'intention du directeur du Bureau de la normalisation des télécommunications en indiquant les mesures prises concernant les points ci-dessus;	(6) erstellt für den Direktor des Büros für die Standardisierung im Fernmeldewesen einen Bericht über die hinsichtlich der genannten Punkte ergriffenen Maßnahmen;	ADD 197J
ADD 197K	(7) élabore un rapport à l'intention de l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications sur les questions qui lui ont été confiées conformément au numéro 191A et le transmet au directeur pour soumission à l'assemblée.	(7) erstellt für die weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen einen Bericht über die Angelegenheiten, die ihr nach Nummer 191A zugewiesen wurden, und übermittelt ihn dann dem Direktor, der ihn der Versammlung vorlegt.	ADD 197K

Article 15 (CV)**Bureau de la normalisation des télécommunications**

MOD 200	a) met à jour chaque année, en concertation avec les présidents des commissions d'études de la normalisation des télécommunications, le programme de travail approuvé par l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications;
MOD 201	b) participe de droit mais à titre consultatif aux délibérations des assemblées mondiales de normalisation des télécommunications et des commissions d'études de la normalisation des télécommunications. Le directeur prend toutes les mesures qui s'imposent pour la préparation des assemblées et des réunions du Secteur de la normalisation des télécommunications en consultant le Secrétariat général conformément aux dispositions du numéro 94 de la présente Convention et, si nécessaire, les autres Secteurs de l'Union, et en tenant dûment compte des directives du Conseil relatives à l'exécution de cette préparation;
MOD 202	c) traite les informations communiquées par les administrations en application des dispositions pertinentes du Règlement des télécommunications internationales ou des décisions de l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications et les prépare, le cas échéant, aux fins de publication sous une forme appropriée;
MOD 203	d) échange avec les Etats Membres et les Membres du Secteur des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et au besoin tient

Artikel 15 (KV)**Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen**

MOD 200	a) Er aktualisiert jedes Jahr, im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen, das von der weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen genehmigte Arbeitsprogramm;	MOD 200
MOD 201	b) er ist kraft seines Amtes berechtigt, an den Beratungen der weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen teilzunehmen, jedoch nur in beratender Eigenschaft. Der Direktor trifft alle für die Vorbereitung der Versammlungen und Tagungen des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen notwendigen Maßnahmen, wobei er das Generalsekretariat nach Nummer 94 dieser Konvention sowie erforderlichenfalls die anderen Sektoren der Union befragt und die Richtlinien des Rates für die Durchführung dieser Vorbereitung gebührend berücksichtigt;	MOD 201
MOD 202	c) er bearbeitet die von den Verwaltungen in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste oder der Beschlüsse der weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen mitgeteilten Angaben und bereitet sie gegebenenfalls in geeigneter Form zur Veröffentlichung vor;	MOD 202
MOD 203	d) er tauscht mit den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt die Dokumente und Datenbanken des Sektors für	MOD 203

- à jour les documents et les bases de données du Secteur de la normalisation des télécommunications et prend les mesures voulues avec le Secrétaire général, selon qu'il est nécessaire, pour qu'ils soient publiés dans les langues de travail de l'Union conformément au numéro 172 de la Constitution;
- MOD 204** e) rend compte, dans un rapport présenté à l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications, de l'activité du Secteur depuis la dernière assemblée et soumet au Conseil ainsi qu'aux Etats Membres et aux Membres du Secteur un rapport sur l'activité de ce Secteur pendant la période de deux ans suivant la dernière assemblée, sauf si une deuxième assemblée est convoquée;
- ADD 205A** fbis) établit chaque année, pour examen par le Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications et pour communication au Conseil, un plan opérationnel et un plan financier des activités que doit entreprendre le Bureau pour aider le Secteur dans son ensemble;
- ADD 205B** g) fournit l'appui nécessaire au Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications et rend compte chaque année aux Etats Membres et aux Membres du Secteur de la normalisation des télécommunications ainsi qu'au Conseil des résultats de ses travaux;
- ADD 205C** h) apporte son assistance aux pays en développement dans les travaux préparatoires des assemblées mondiales de normalisation, notamment pour l'étude de questions revêtant un caractère prioritaire pour ces pays.
- die Standardisierung im Fernmeldewesen, aktualisiert sie bei Bedarf und sorgt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für ihre Veröffentlichung in den Arbeitssprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution;
- MOD 204** e) er gibt in einem der weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen vorgelegten Bericht Rechenschaft über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Versammlung und legt dem Rat sowie den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern einen Bericht über die Tätigkeit des Sektors während der zwei Jahre nach der letzten Versammlung vor, es sei denn, es wird eine zweite Versammlung einberufen;
- ADD 205A** fbis) er stellt jährlich einen Arbeits- und einen Finanzplan für die Tätigkeiten auf, die das Büro zur Unterstützung des Sektors insgesamt ausführen muss, legt diese Pläne der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen zur Prüfung vor und leitet sie an den Rat weiter;
- ADD 205B** g) er lässt der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen die erforderliche Unterstützung zukommen und erstattet den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern sowie dem Rat jährlich Bericht über die Ergebnisse ihrer Arbeiten;
- ADD 205C** h) er unterstützt die Entwicklungsländer bei den Vorbereitungsarbeiten zu den weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen, insbesondere bei den Fragen, die für diese Länder von vorrangiger Bedeutung sind.

Section 7

Secteur du développement
des télécommunications

Article 16 (CV)

Conférences de développement des télécommunications

- MOD 213** 2. Le projet d'ordre du jour des conférences de développement des télécommunications est établi par le directeur du Bureau de développement des télécommunications; il est soumis par le Secrétaire général à l'approbation du Conseil avec l'assentiment d'une majorité des Etats Membres dans le cas d'une conférence mondiale ou d'une majorité des Etats Membres appartenant à la région intéressée dans le cas d'une conférence régionale, sous réserve des dispositions du numéro 47 de la présente Convention.
- ADD 213A** 3. Une conférence mondiale de développement des télécommunications peut adresser au Groupe consultatif, pour avis, pour le développement des télécommunications des questions spécifiques relevant de son domaine de compétence.

Article 17 (CV)

Commissions d'études du
développement des télécommunications

- ADD 215A** 3. Chaque commission d'études du développement des télécommunications prépare pour la conférence mondiale de développement des télécommunications un rapport indiquant l'état d'avancement des travaux ainsi que d'éventuels projets de recommandation nouvelle ou révisée, en vue de leur examen par la conférence.

Abschnitt 7

Sektor für die Entwicklung
des Fernmeldewesens

Artikel 16 (KV)

Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens

- MOD 213** 2. Der Entwurf der Tagesordnung für die Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens wird vom Direktor des Büros für die Entwicklung des Fernmeldewesens erstellt; der Generalsekretär legt ihn für eine weltweite Konferenz mit Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten, für eine regionale Konferenz mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitgliedstaaten dem Rat zur Genehmigung vor, vorbehaltlich der Nummer 47 dieser Konvention.
- ADD 213A** 3. Eine weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens kann spezielle Fragen, die in ihre Zuständigkeit fallen, der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens zur Stellungnahme vorlegen.

Artikel 17 (KV)

Studienkommissionen für die
Entwicklung des Fernmeldewesens

- ADD 215A** 3. Jede Studienkommission für die Entwicklung des Fernmeldewesens erstellt für die weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens einen Bericht über den Fortgang der Arbeiten sowie über die Entwürfe für neue oder revidierte Empfehlungen, die von der Konferenz geprüft werden müssen.

ADD 215B	4. Les commissions d'études du développement des télécommunications étudient des Questions et élaborent des projets de recommandation qui doivent être adoptés conformément aux procédures énoncées aux numéros 246A à 247 de la présente Convention.	4. Die Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens behandeln Fragen und arbeiten Empfehlungsentwürfe aus, die nach den in den Nummern 246A bis 247 dieser Konvention dargelegten Verfahren angenommen werden müssen.	ADD 215B
ADD	Article 17A (CV) Groupe consultatif pour le développement des télécommunications	Artikel 17A (KV) Beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens	ADD
ADD 215C	7. Le Groupe consultatif pour le développement des télécommunications est ouvert à la participation des représentants des administrations des Etats Membres et des représentants des Membres du Secteur ainsi que des présidents et vice-présidents des commissions d'études.	7. An den Arbeiten der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens können sich die Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Sektormitglieder sowie die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Studienkommissionen beteiligen.	ADD 215C
ADD 215D	8. Le Groupe consultatif pour le développement des télécommunications:	8. Die beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens	ADD 215D
ADD 215E	(1) étudie les priorités, les programmes, les opérations, les questions financières et les stratégies applicables aux activités du Secteur du développement des télécommunications;	(1) prüft die Prioritäten, Programme, Abläufe, finanziellen Fragen und Strategien für die Tätigkeiten des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens;	ADD 215E
ADD 215F	(2) examine les progrès accomplis dans l'exécution du programme de travail établi conformément aux dispositions du numéro 209 de la présente Convention;	(2) prüft die Fortschritte bei der Durchführung des nach Nummer 209 dieser Konvention aufgestellten Arbeitsprogramms;	ADD 215F
ADD 215G	(3) fournit des lignes directrices relatives aux travaux des commissions d'études;	(3) stellt Leitlinien für die Arbeiten der Studienkommissionen auf;	ADD 215G
ADD 215H	(4) recommande des mesures visant notamment à encourager la coopération et la coordination avec le Secteur des radiocommunications, le Secteur de la normalisation des télécommunications et le Secrétariat général ainsi qu'avec d'autres institutions de développement et de financement compétentes;	(4) empfiehlt Maßnahmen, die insbesondere darauf abzielen, die Zusammenarbeit und die Koordinierung mit dem Sektor für das Funkwesen, dem Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und mit dem Generalsekretariat sowie mit anderen zuständigen Entwicklungs- und Finanzierungseinrichtungen zu fördern;	ADD 215H
ADD 215I	(5) adopte ses propres méthodes de travail compatibles avec celles adoptées par la conférence mondiale de développement des télécommunications;	(5) nimmt ihre eigenen Arbeitsverfahren an, die mit den von der weltweiten Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens angenommen vereinbar sein müssen;	ADD 215I
ADD 215J	(6) élabore un rapport à l'intention du directeur du Bureau de développement des télécommunications, en indiquant les mesures prises concernant les points ci-dessus.	(6) erstellt für den Direktor des Büros für die Entwicklung des Fernmeldewesens einen Bericht über die hinsichtlich der genannten Punkte ergriffenen Maßnahmen.	ADD 215J
ADD 215K	9. Des représentants d'organismes bilatéraux de coopération et d'aide au développement ainsi que d'institutions multilatérales de développement peuvent être invités par le directeur à participer aux réunions du groupe consultatif.	9. Der Direktor kann Vertreter bilateraler Einrichtungen der Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe sowie multilateraler Entwicklungseinrichtungen zur Teilnahme an den Tagungen der beratenden Gruppe einladen.	ADD 215K
MOD	Article 18 (CV) Bureau de développement des télécommunications	Artikel 18 (KV) Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens	MOD
MOD 222	e) rend compte, dans un rapport présenté à la conférence mondiale de développement des télécommunications, de l'activité du Secteur depuis la conférence précédente et soumet au Conseil ainsi qu'aux Etats Membres et aux Membres du Secteur un rapport sur l'activité de ce Secteur pendant la période de deux ans suivant la précédente conférence;	e) er gibt in einem der weltweiten Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens vorgelegten Bericht Rechenschaft über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz und legt dem Rat sowie den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern einen Bericht über die Tätigkeit des Sektors während der zwei Jahre nach der letzten Konferenz vor;	MOD 222
(MOD) 223	f) établit un budget estimatif fondé sur les coûts correspondant aux besoins du Secteur du développement des télécommunications et le transmet au Secrétaire général, afin qu'il soit examiné par le Comité de coordination et incorporé dans le budget de l'Union;	f) er erstellt einen auf den Kosten beruhenden Budgetansatz, der dem Bedarf des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens entspricht, und übermittelt ihn dem Generalsekretär, damit er vom Koordinierungsausschuss geprüft und in das Budget der Union übernommen wird;	(MOD) 223

ADD 223A	f ^{bis}) établit chaque année, pour examen par le Groupe consultatif pour le développement des télécommunications et pour communication au Conseil, un plan opérationnel et un plan financier des activités que doit entreprendre le Bureau pour aider le Secteur dans son ensemble;	f ^{bis}) er stellt jährlich einen Arbeits- und einen Finanzplan für die Tätigkeiten auf, die das Büro zur Unterstützung des Sektors insgesamt ausführen muss, legt diese Pläne der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens zur Prüfung vor und leitet sie an den Rat weiter;	ADD 223A
ADD 223B	g) fournit l'appui nécessaire au groupe consultatif pour le développement des télécommunications et rend compte chaque année aux Etats Membres et aux Membres du Secteur du développement des télécommunications ainsi qu'au Conseil des résultats de ses travaux.	g) er lässt der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens die erforderliche Unterstützung zukommen und erstattet den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern sowie dem Rat jährlich Bericht über die Ergebnisse ihrer Arbeiten.	ADD 223B
MOD 224	3. Le directeur travaille en collaboration avec les autres fonctionnaires élus et s'emploie à renforcer le rôle de catalyseur de l'Union en vue de stimuler le développement des télécommunications; il prend les dispositions nécessaires, en collaboration avec le directeur du Bureau concerné, pour entreprendre des actions appropriées, par exemple en convoquant des réunions d'information relatives aux activités du Secteur correspondant.	3. Der Direktor arbeitet mit den anderen gewählten Beamten zusammen und ist bestrebt, die Rolle der Union als treibende Kraft bei der Förderung der Entwicklung des Fernmeldewesens zu stärken; er trifft in Zusammenarbeit mit dem Direktor des betreffenden Büros die erforderlichen Vorkehrungen für geeignete Maßnahmen, indem er zum Beispiel Tagungen einberuft, die über die Tätigkeit des betreffenden Sektors informieren sollen.	MOD 224
MOD 225	4. A la demande des Etats Membres intéressés, le directeur, avec le concours des directeurs des autres Bureaux et, le cas échéant, du Secrétaire général, fait des études et donne des conseils sur des questions relatives aux télécommunications nationales de ces Etats. Dans les cas où cette étude implique la comparaison de plusieurs solutions techniques possibles, des facteurs économiques peuvent être pris en considération.	4. Auf Antrag der interessierten Mitgliedstaaten führt der Direktor, mit Unterstützung der Direktoren der anderen Büros und gegebenenfalls des Generalsekretärs, über Fragen des nationalen Fernmeldewesens dieser Staaten Studien durch und gibt Ratschläge zu diesen Fragen. Falls die Untersuchung dieser Fragen den Vergleich mehrerer technischer Lösungsmöglichkeiten einschließt, können wirtschaftliche Faktoren in Betracht gezogen werden.	MOD 225
SUP 227			SUP 227
	Section 8 Dispositions communes aux trois Secteurs	Abschnitt 8 Gemeinsame Bestimmungen für alle drei Sektoren	
	Article 19 (CV) Participation d'entités et organisations autres que les administrations aux activités de l'Union	Artikel 19 (KV) Teilnahme von anderen Rechtsträgern und Organisationen als den Verwaltungen an den Arbeiten der Union	
MOD 229	a) exploitations reconnues, organismes scientifiques ou industriels et organismes de financement ou de développement approuvés par l'Etat Membre intéressé;	a) anerkannte Betriebsunternehmen, wissenschaftliche Institutionen oder industrielle Unternehmen und Finanzierungs- oder Entwicklungseinrichtungen, die von dem betreffenden Mitgliedstaat genehmigt sind;	MOD 229
MOD 230	b) autres entités s'occupant de questions de télécommunication approuvées par l'Etat Membre intéressé;	b) andere von dem betreffenden Mitgliedstaat genehmigte Rechtsträger, die sich mit Fragen des Fernmeldewesens befassen;	MOD 230
MOD 233	3. Toute demande de participation aux travaux d'un Secteur formulée par une entité mentionnée au numéro 229 ci-dessus conformément aux dispositions pertinentes de la Constitution et de la présente Convention et approuvée par l'Etat Membre intéressé est adressée par celui-ci au Secrétaire général.	3. Jeder nach den einschlägigen Bestimmungen der Konstitution und dieser Konvention gestellte Antrag eines der in Nummer 229 genannten Rechtsträger auf Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors muss, nachdem er von dem betreffenden Mitgliedstaat genehmigt ist, von diesem an den Generalsekretär gerichtet werden.	MOD 233
MOD 234	4. Toute demande d'une entité mentionnée au numéro 230 ci-dessus présentée par l'Etat Membre intéressé est traitée suivant une procédure établie par le Conseil. La conformité d'une demande de ce type avec cette procédure fait l'objet d'un examen de la part du Conseil.	4. Jeder Antrag eines der in Nummer 230 genannten Rechtsträger, der von dem betreffenden Mitgliedstaat vorgelegt wird, wird nach einem vom Rat festgelegten Verfahren behandelt. Ein solcher Antrag wird vom Rat auf seine Übereinstimmung mit diesem Verfahren hin geprüft.	MOD 234
ADD 234A	4 ^{bis} Une demande d'admission comme Membre d'un Secteur émanant d'une des entités visées au numéro 229 ou 230 ci-dessus peut également être envoyée directement au Secrétaire général. Les	4 ^{bis} Ein Antrag eines der in Nummer 229 oder 230 genannten Rechtsträger auf Aufnahme als Sektormitglied darf auch unmittelbar an den Generalsekretär gesandt werden. Mitgliedstaaten,	ADD 234A

Etats Membres qui autorisent ces entités à envoyer directement une demande au Secrétaire général doivent en informer ce dernier. Les entités dont l'Etat Membre n'a pas informé le Secrétaire général n'ont pas la possibilité de s'adresser directement à celui-ci. Le Secrétaire général doit périodiquement mettre à jour et publier la liste des Etats Membres qui ont autorisé des entités relevant de leur compétence ou de leur souveraineté à s'adresser directement à lui.

ADD 234B 4^{ter} Lorsqu'il reçoit directement d'une entité une demande conforme au numéro 234A ci-dessus, le Secrétaire général veille, compte tenu des critères définis par le Conseil, à ce que la fonction et les objectifs du candidat soient conformes à l'objet de l'Union. Le Secrétaire général informe ensuite sans délai l'Etat Membre de cette demande en l'invitant à l'approuver. Si le Secrétaire général ne reçoit pas d'objection de l'Etat Membre dans un délai de 4 mois, il lui adresse un télégramme de rappel. Si, dans un délai de 4 mois après la date d'envoi du télégramme de rappel, le Secrétaire général ne reçoit pas d'objection, la demande est considérée comme approuvée. S'il reçoit une objection de l'Etat Membre, le Secrétaire général invite le requérant à se mettre en rapport avec l'Etat Membre concerné.

ADD 234C 4^{quater} Lorsqu'il autorise que l'on adresse directement une demande au Secrétaire général, un Etat Membre peut informer ce dernier qu'il lui donne pouvoir d'approuver toute demande émanant d'une entité relevant de sa compétence ou de sa souveraineté.

MOD 237 7. Le Secrétaire général établit et tient à jour, pour chaque Secteur, des listes de toutes les entités et organisations visées aux numéros 229 à 231 ainsi qu'aux numéros 260 à 262 de la présente Convention qui sont admises à participer aux travaux des Secteurs. Il publie chacune de ces listes à des intervalles appropriés, et les porte à la connaissance de tous les Etats Membres et Membres des Secteurs concernés et du directeur du Bureau intéressé. Ce directeur fait connaître aux entités et organisations concernées la suite qui a été donnée à leur demande et en informe les Etats Membres intéressés.

MOD 238 8. Les conditions de participation aux travaux des Secteurs des entités et organisations figurant sur les listes visées au numéro 237 ci-dessus sont énoncées dans le présent article, dans l'article 33 et dans d'autres dispositions pertinentes de la présente Convention. Les dispositions des numéros 25 à 28 de la Constitution ne leur sont pas applicables.

MOD 239 9. Un Membre de Secteur peut agir au nom de l'Etat Membre qui l'a approuvé, si celui-ci fait savoir au directeur du Bureau concerné qu'il l'a autorisé à cet effet.

MOD 240 10. Tout Membre d'un Secteur a le droit de dénoncer sa participation par une notification adressée au Secrétaire général. Cette participation peut également être dénoncée, le cas échéant, par l'Etat Membre concerné ou, dans le cas du Membre de Secteur approuvé conformément au numéro 234C ci-dessus, selon les critères et les procédures arrêtés par le Conseil. Cette dénoncia-

die diese Rechtsträger ermächtigen, einen Antrag unmittelbar an den Generalsekretär zu senden, müssen Letzteren darüber unterrichten. Rechts-träger aus einem Mitgliedstaat, der den Generalsekretär nicht entsprechend unterrichtet hat, haben nicht die Möglichkeit, sich unmittelbar an ihn zu wenden. Der Generalsekretär muss die Liste der Mitgliedstaaten, die ihrer Zuständigkeit oder ihrer Souveränität unterliegende Rechtsträger ermächtigt haben, sich unmittelbar an ihn zu wenden, regelmäßig aktualisieren und veröffentlichen.

4^{ter} Erhält der Generalsekretär unmittelbar von einem Rechtsträger einen Antrag nach Nummer 234A, so achtet er unter Berücksichtigung der vom Rat definierten Kriterien darauf, dass Funktion und Zielsetzungen des Bewerbers mit dem Zweck der Union in Einklang stehen. Der Generalsekretär unterrichtet dann unverzüglich den Mitgliedstaat über diesen Antrag und fordert ihn auf, ihn zu genehmigen. Geht dem Generalsekretär binnen vier Monaten kein Einspruch des Mitgliedstaates zu, so schickt er ihm ein Erinnerungstelegramm. Geht dem Generalsekretär binnen vier Monaten nach Absendung des Erinnerungstelegramms kein Einspruch zu, so gilt der Antrag als genehmigt. Geht dem Generalsekretär ein Einspruch des Mitgliedstaates zu, so fordert der Generalsekretär den Antragsteller auf, sich mit dem betreffenden Mitgliedstaat in Verbindung zu setzen.

4^{quater} Erteilt ein Mitgliedstaat die Ermächtigung zur unmittelbaren Zusendung von Anträgen an den Generalsekretär, so kann er diesen darüber unterrichten, dass er ihm die Vollmacht überträgt, jeden Antrag zu genehmigen, den ein seiner Zuständigkeit oder seiner Souveränität unterliegender Rechtsträger gestellt hat.

7. Der Generalsekretär erstellt für jeden Sektor Listen mit allen in den Nummern 229 bis 231 sowie 260 bis 262 dieser Konvention erwähnten Rechtsträgern und Organisationen, die zur Teilnahme an den Arbeiten der Sektoren zugelassen sind, und bringt diese Listen laufend auf den neuesten Stand. Er veröffentlicht diese Listen in angemessenen Zeitabständen und übermittelt sie allen Mitgliedstaaten und den betreffenden Sektormitgliedern sowie dem Direktor des betreffenden Büros. Der jeweilige Direktor teilt den betreffenden Rechtsträgern und Organisationen mit, wie über ihren Antrag entschieden worden ist, und unterrichtet die betroffenen Mitgliedstaaten entsprechend.

8. Die Bedingungen für die Teilnahme der Rechtsträger und Organisationen, die auf den in Nummer 237 erwähnten Listen stehen, an den Arbeiten der Sektoren sind in diesem Artikel, in Artikel 33 und in anderen einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention enthalten. Die Bestimmungen der Nummern 25 bis 28 der Konstitution finden keine Anwendung auf sie.

9. Ein Sektormitglied darf im Namen des Mitgliedstaates handeln, der es genehmigt hat, vorausgesetzt der Mitgliedstaat teilt dem Direktor des betreffenden Büros mit, dass es von ihm hierzu ermächtigt worden ist.

10. Alle Sektormitglieder haben das Recht, ihre Teilnahme durch eine an den Generalsekretär zu richtende Notifikation zu kündigen. Die Teilnahme kann gegebenenfalls auch durch den betreffenden Mitgliedstaat oder, im Falle eines nach Nummer 234C genehmigten Sektormitglieds, nach den vom Rat festgelegten Kriterien und Verfahren gekündigt werden. Die Kündigung wird wirksam

ADD 234B**ADD 234C****MOD 237****MOD 238****MOD 239****MOD 240**

tion prend effet à l'expiration d'une période d'une année à partir du jour de réception de la notification par le Secrétaire général.

ADD 241A L'assemblée ou la conférence d'un Secteur peut décider d'admettre une entité ou organisation à participer comme Associé aux travaux d'une commission d'études donnée et de ses groupes subordonnés, selon les principes indiqués ci-dessous:

ADD 241B (1) Une entité ou organisation mentionnée aux numéros 229 à 231 ci-dessus peut demander de participer aux travaux d'une commission d'études donnée en tant qu'Associé.

ADD 241C (2) Dans les cas où un Secteur a décidé d'admettre des Associés, le Secrétaire général applique aux requérants les dispositions pertinentes du présent article, en tenant compte de la taille de l'entité ou organisation et de tout autre critère pertinent.

ADD 241D (3) Les Associés admis à participer aux travaux d'une commission d'études donnée ne sont pas indiqués dans la liste mentionnée au numéro 237 ci-dessus.

ADD 241E (4) Les conditions de participation aux travaux d'une commission d'études sont spécifiées au numéro 248B et 483A de la présente Convention.

nach Ablauf eines Jahres, vom Tag des Eingangs der Notifikation beim Generalsekretär an gerechnet.

Die Versammlung oder die Konferenz eines Sektors kann beschließen, Rechtsträger oder Organisationen als assoziierte Teilnehmer zu den Arbeiten einer bestimmten Studienkommission oder der ihr untergeordneten Gruppen zuzulassen, wobei die folgenden Grundsätze zu beachten sind:

(1) Ein Rechtsträger oder eine Organisation nach den Nummern 229 bis 231 kann den Antrag stellen, den Arbeiten einer bestimmten Studienkommission als assoziierter Teilnehmer beizuwohnen.

(2) Hat ein Sektor beschlossen, assoziierte Teilnehmer zuzulassen, so wendet der Generalsekretär die einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels auf die Antragsteller an, wobei er die Größe des Rechtsträgers oder der Organisation und alle anderen sachdienlichen Kriterien berücksichtigt.

(3) Die zu den Arbeiten einer bestimmten Studienkommission zugelassenen assoziierten Teilnehmer werden in die in Nummer 237 genannte Liste nicht aufgenommen.

(4) Die Bedingungen für die Teilnahme an den Arbeiten einer Studienkommission sind in den Nummern 248B und 483A dieser Konvention aufgeführt.

Article 20 (CV)

Conduite des travaux des commissions d'études

MOD 242 1. L'assemblée des radiocommunications, l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications et la conférence mondiale de développement des télécommunications nomment le président de chaque commission d'études et un ou plusieurs vice-présidents. Lors de la nomination des présidents et des vice-présidents, on tiendra compte tout particulièrement des critères de compétence et de l'exigence d'une répartition géographique équitable, ainsi que de la nécessité de favoriser une participation plus efficace des pays en développement.

MOD 243 2. Si le volume de travail des commissions d'études l'exige, l'assemblée ou la conférence nomme autant de vice-présidents qu'elle l'estime nécessaire.

ADD 246A 5^{bis}
a) Les Etats Membres et les Membres des Secteurs adoptent des Questions qui doivent être étudiées conformément aux procédures établies par la conférence ou l'assemblée compétente, selon le cas, en indiquant notamment si une recommandation qui en découle doit faire l'objet d'une consultation formelle des Etats Membres.

ADD 246B b) Les recommandations qui découlent de l'étude des Questions susmentionnées sont adoptées par une commission d'études conformément aux procédures établies par la conférence ou l'assemblée compétente, selon le cas. Les recommandations qui ne nécessitent pas une consultation formelle des Etats Membres pour être approuvées sont considérées comme approuvées.

ADD 246C c) Une recommandation qui nécessite une consultation formelle des Etats Membres est traitée conformément aux dispositions du

Artikel 20 (KV)

Arbeitsweise der Studienkommissionen

1. Die Funkversammlung, die weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen und die weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens ernennen für jede Studienkommission den Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende. Bei der Ernennung der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden sind ganz besonders die Sachkenntnis, eine ausgewogene geographische Verteilung sowie die Notwendigkeit zu berücksichtigen, eine wirksamere Beteiligung der Entwicklungsländer zu fördern.

2. Wenn es der Umfang der Arbeiten der Studienkommissionen erfordert, ernennt die Versammlung oder die Konferenz so viele stellvertretende Vorsitzende, wie sie für nötig hält.

5^{bis}
a) Die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder nehmen Fragen an, die nach den von der zuständigen Konferenz oder Versammlung festgelegten Verfahren untersucht werden müssen, wobei insbesondere anzugeben ist, ob eine daraus sich ergebende Empfehlung Gegenstand einer offiziellen Befragung der Mitgliedstaaten werden muss.

b) Die aus der Untersuchung der genannten Fragen sich ergebenden Empfehlungen werden von einer Studienkommission nach den von der zuständigen Konferenz oder Versammlung festgelegten Verfahren angenommen. Diejenigen Empfehlungen, bei denen eine offizielle Befragung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre Genehmigung nicht erforderlich ist, gelten als genehmigt.

c) Eine Empfehlung, für die eine offizielle Befragung der Mitgliedstaaten erforderlich ist, wird nach Nummer 247 behandelt oder der zustän-

ADD 241A

ADD 241B

ADD 241C

ADD 241D

ADD 241E

MOD 242

MOD 243

ADD 246A

ADD 246B

ADD 246C

- numéro 247 ci-dessous ou est transmise à la conférence ou à l'assemblée compétente, selon le cas.
- ADD 246D** c^{bis}) Les numéros 246A et 246B ci-dessus ne doivent pas être utilisés pour les Questions et recommandations qui ont des incidences politiques ou réglementaires, par exemple:
- ADD 246E** – Questions et recommandations approuvées par le Secteur des radiocommunications et qui concernent les travaux des conférences des radiocommunications, et autres catégories de Questions et de recommandations que l'assemblée des radiocommunications pourra déterminer;
- ADD 246F** – Questions et recommandations approuvées par le Secteur de la normalisation des télécommunications et qui ont trait à des questions de tarification et de comptabilité et à certains plans de numérotage et d'adressage;
- ADD 246G** – Questions et recommandations approuvées par le Secteur du développement des télécommunications et qui concernent des questions réglementaires, politiques ou financières;
- ADD 246H** – Questions et recommandations pour lesquelles il existe des incertitudes quant à leur champ d'application.
- MOD 247** 6. Les commissions d'études peuvent prendre des mesures en vue d'obtenir de la part des Etats Membres l'approbation des recommandations mises au point entre deux assemblées ou conférences. Les procédures à appliquer pour obtenir cette approbation sont celles approuvées par l'assemblée ou la conférence compétente, selon le cas.
- ADD 247A** 6^{bis} Les recommandations approuvées en application du numéro 246B ou 247 ci-dessus ont le même statut que celles approuvées par la conférence ou l'assemblée proprement dite.
- ADD 248A** 7^{bis} Selon une procédure élaborée par le Secteur concerné, le directeur d'un Bureau peut, après consultation du président de la commission d'études concernée, inviter une organisation qui ne participe pas aux travaux du Secteur à envoyer des représentants pour participer à l'étude d'une question précise dans telle ou telle commission d'études ou dans des groupes relevant de celle-ci.
- ADD 248B** 7^{ter} Un Associé, au sens du numéro 241A de la présente Convention, est autorisé à participer aux travaux d'une commission d'études donnée sans prendre part au processus de décision ou aux activités de liaison de cette commission d'études.
- digen Konferenz oder Versammlung zugeleitet.
- c^{bis}) Die Nummern 246A und 246B sind nicht auf Fragen und Empfehlungen mit allgemein- oder ordnungspolitischer Tragweite anzuwenden, zum Beispiel:
- ADD 246E** – vom Sektor für das Funkwesen genehmigte Fragen und Empfehlungen, die sich auf die Arbeiten der Funkkonferenzen beziehen, sowie andere Kategorien von Fragen und Empfehlungen, die von der Funkversammlung festgelegt werden können;
- ADD 246F** – vom Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen genehmigte Fragen und Empfehlungen, die mit Tarifierungs- und Abrechnungsfragen sowie mit bestimmten Nummerierungs- und Adressierungsplänen zusammenhängen;
- ADD 246G** – vom Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens genehmigte Fragen und Empfehlungen, die sich auf ordnungs- oder allgemeinpolitische oder auf finanzielle Fragen beziehen;
- ADD 246H** – Fragen und Empfehlungen, bei denen hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs Zweifel bestehen.
- MOD 247** 6. Die Studienkommissionen dürfen Maßnahmen einleiten, um für Empfehlungen, die in der Zeit zwischen zwei Versammlungen oder Konferenzen erstellt werden, bei den Mitgliedstaaten die Genehmigung einzuholen. Die Verfahren für die Einholung einer solchen Genehmigung sind die von der zuständigen Versammlung oder Konferenz genehmigten.
- ADD 247A** 6^{bis} Die in Anwendung der Nummer 246B oder 247 genehmigten Empfehlungen haben den gleichen Status wie die von der Konferenz oder der Versammlung selbst genehmigten.
- ADD 248A** 7^{bis} Der Direktor eines Büros kann, nach Beratung mit dem Vorsitzenden der betreffenden Studienkommission und gemäß einem von dem betreffenden Sektor entwickelten Verfahren, eine Organisation, die nicht an den Arbeiten des Sektors teilnimmt, einladen, Vertreter zur Teilnahme an der Untersuchung einer bestimmten Frage in der betreffenden Studienkommission oder in einer der ihr untergeordneten Gruppen zu entsenden.
- ADD 248B** 7^{ter} Ein assoziierter Teilnehmer im Sinne der Nummer 241A dieser Konvention ist zu den Arbeiten einer bestimmten Studienkommission zugelassen, wobei er sich jedoch weder an den Entscheidungsprozessen noch an den Verbindungstätigkeiten dieser Studienkommission beteiligen darf.

Chapitre II

Kapitel II

MOD Dispositions générales concernant les conférences et les assemblées

MOD Allgemeine Bestimmungen über die Konferenzen und Versammlungen

Article 23 (CV)

Artikel 23 (KV)

Invitation et admission aux Conférences de plénipotentiaires lorsqu'il y a un gouvernement invitant

Einladung und Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, wenn eine Regierung einlädt

MOD 256 2. (1) Un an avant la date d'ouverture de la Conférence, le gouvernement invitant envoie une invitation au gouvernement de chaque Etat Membre.

MOD 256 2. (1) Ein Jahr vor Eröffnung der Konferenz sendet die einladende Regierung eine Einladung an die Regierung eines jeden Mitgliedstaates.

- | | | |
|-----------------|---|-----------------|
| MOD 262A | e) les Membres des Secteurs visés aux numéros 229 et 231 de la présente Convention et les organisations ayant un caractère international représentant ces Membres. | MOD 262A |
| MOD 263 | 4. (1) Les réponses des Etats Membres doivent parvenir au gouvernement invitant au moins un mois avant l'ouverture de la Conférence; elles doivent, autant que possible, donner toutes indications sur la composition de la délégation. | MOD 263 |
| MOD 265 | (3) Les réponses des organisations et des institutions visées aux numéros 259 à 262A ci-dessus doivent parvenir au Secrétaire général un mois avant la date d'ouverture de la Conférence. | MOD 265 |

Article 24 (CV)**Invitation et admission
aux conférences des radiocommunications
lorsqu'il y a un gouvernement invitant**

- | | | |
|----------------|---|----------------|
| MOD 271 | 2. (1) Les dispositions des numéros 256 à 265 de la présente Convention s'appliquent aux conférences des radiocommunications. | MOD 271 |
| MOD 272 | (2) Les Etats Membres devraient faire part aux Membres du Secteur de l'invitation à participer à une conférence des radiocommunications qui leur a été adressée. | MOD 272 |
| MOD 280 | d) les observateurs représentant des Membres du Secteur des radiocommunications dûment autorisés par l'Etat Membre concerné; | MOD 280 |
| MOD 282 | f) les observateurs des Etats Membres qui participent, sans droit de vote, à la conférence régionale des radiocommunications d'une région autre que celle à laquelle appartiennent lesdits Etats Membres. | MOD 282 |

Article 25 (CV)**Invitation et admission aux assemblées
des radiocommunications, aux assemblées mondiales
de normalisation des télécommunications
et aux conférences de développement
des télécommunications
lorsqu'il y a un gouvernement invitant**

- | | | |
|----------------|--|----------------|
| MOD 285 | a) à l'administration de chaque Etat Membre; | MOD 285 |
| MOD 286 | b) aux Membres des Secteurs concernés; | MOD 286 |
| MOD 298 | c) les représentants des Membres des Secteurs concernés. | MOD 298 |

Article 26 (CV)**Procédure de convocation ou d'annulation
de conférences ou d'assemblées
mondiales à la demande d'Etats Membres
ou sur proposition du Conseil**

- | | | |
|----------------|---|----------------|
| MOD 299 | 1. Les procédures énoncées dans les dispositions ci-dessous s'appliquent à la convocation d'une deuxième assemblée mondiale de normalisation des télécommunications dans l'intervalle compris entre deux Conférences de plénipotentiaires successives et à la détermination du lieu précis et des dates exactes de cette assemblée, ou à l'annulation de la deuxième conférence mondiale des radiocommunications ou de la deuxième assemblée des radiocommunications. | MOD 299 |
| MOD 300 | 2. (1) Les Etats Membres qui désirent qu'une deuxième assemblée mondiale de normalisation des télécommunications soit convoquée en informant le Secrétaire général en indiquant le lieu et les dates de cette assemblée. | MOD 300 |

Artikel 24 (KV)**Einladung und Zulassung
zu den Funkkonferenzen,
wenn eine Regierung einlädt**

- | | | |
|----------------|---|----------------|
| MOD 271 | 2. (1) Die Nummern 256 bis 265 dieser Konvention gelten auch für die Funkkonferenzen. | MOD 271 |
| MOD 272 | (2) Die Mitgliedstaaten sollten die Sektormitglieder von der ihnen zugegangenen Einladung zur Teilnahme an einer Funkkonferenz unterrichten. | MOD 272 |
| MOD 280 | d) die Beobachter, welche von dem betreffenden Mitgliedstaat ordnungsgemäß ermächtigte Sektormitglieder des Sektors für das Funkwesen vertreten; | MOD 280 |
| MOD 282 | f) die Beobachter der Mitgliedstaaten, die ohne Stimmrecht an der regionalen Funkkonferenz einer anderen Region als derjenigen teilnehmen, der sie angehören. | MOD 282 |

Artikel 25 (KV)**Einladung und Zulassung zu den
Funkversammlungen, den weltweiten
Versammlungen für die Standardisierung
im Fernmeldewesen und den Konferenzen
für die Entwicklung des Fernmeldewesens,
wenn eine Regierung einlädt**

- | | | |
|----------------|---|----------------|
| MOD 285 | a) die Verwaltung eines jeden Mitgliedstaates; | MOD 285 |
| MOD 286 | b) die betreffenden Sektormitglieder; | MOD 286 |
| MOD 298 | c) die Vertreter der betreffenden Sektormitglieder. | MOD 298 |

Artikel 26 (KV)**Verfahren für die Einberufung oder
Streichung von weltweiten Konferenzen
oder Versammlungen auf Antrag von Mitglied-
staaten oder auf Vorschlag des Rates**

- | | | |
|----------------|--|----------------|
| MOD 299 | 1. Die in den nachstehenden Bestimmungen dargelegten Verfahren gelten für die Einberufung einer zweiten weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen in der Zeit zwischen zwei aufeinander folgenden Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten und für die Festsetzung des präzisen Ortes und des genauen Zeitpunkts dieser Versammlung oder für die Streichung der zweiten weltweiten Funkkonferenz oder der zweiten Funkversammlung. | MOD 299 |
| MOD 300 | 2. (1) Die Mitgliedstaaten, welche die Einberufung einer zweiten weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen wünschen, teilen dies dem Generalsekretär mit, wobei sie Ort und Zeitpunkt für diese Versammlung vorschlagen. | MOD 300 |

- | | | |
|----------------|---|----------------|
| MOD 301 | (2) Le Secrétaire général, au reçu de requêtes concordantes provenant d'au moins un quart des Etats Membres, en informe immédiatement tous les Etats Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés en les priant de lui indiquer, dans un délai de six semaines, s'ils acceptent ou non la proposition formulée. | MOD 301 |
| MOD 302 | (3) Si la majorité des Etats Membres, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, se prononce en faveur de l'ensemble de la proposition, c'est-à-dire accepte à la fois le lieu et les dates proposés, le Secrétaire général en informe immédiatement tous les Etats Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés. | MOD 302 |
| MOD 303 | (4) Si la proposition acceptée tend à réunir l'assemblée ailleurs qu'au siège de l'Union, le Secrétaire général, en accord avec le gouvernement invitant, prend les dispositions nécessaires pour la convocation de l'assemblée. | MOD 303 |
| MOD 304 | (5) Si l'ensemble de la proposition (lieu et dates) n'est pas accepté par la majorité des Etats Membres déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, le Secrétaire général communique les réponses reçues aux Etats Membres, en les invitant à se prononcer de façon définitive, dans un délai de six semaines à compter de la date de réception, sur le ou les points controversés. | MOD 304 |
| MOD 305 | (6) Ces points sont considérés comme adoptés lorsqu'ils ont été approuvés par la majorité des Etats Membres, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention. | MOD 305 |
| MOD 306 | 3. (1) Tout Etat Membre qui souhaite qu'une deuxième conférence mondiale des radiocommunications ou qu'une deuxième assemblée des radiocommunications soit annulée en informe le Secrétaire général. Le Secrétaire général, au reçu de requêtes concordantes provenant d'au moins un quart des Etats Membres, en informe immédiatement tous les Etats Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés en les priant de lui indiquer, dans un délai de six semaines, s'ils acceptent ou non la proposition formulée. | MOD 306 |
| MOD 307 | (2) Si la majorité des Etats Membres, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, se prononce en faveur de la proposition, le Secrétaire général en informe immédiatement tous les Etats Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés et la conférence ou l'assemblée est annulée. | MOD 307 |
| MOD 309 | 5. Tout Etat Membre qui souhaite qu'une conférence mondiale des télécommunications internationales soit convoquée soumet une proposition à cet effet à la Conférence de plénipotentiaires; l'ordre du jour, le lieu précis et les dates exactes de cette conférence sont déterminés conformément aux dispositions de l'article 3 de la présente Convention. | MOD 309 |

Article 27 (CV)

MOD Procédure de convocation de conférences régionales à la demande des Etats Membres ou sur proposition du Conseil

MOD 310 Dans le cas des conférences régionales, la procédure décrite aux numéros 300 à 305 de la présente Convention s'applique aux seuls Etats

Artikel 27 (KV)

MOD Verfahren für die Einberufung regionaler Konferenzen auf Antrag von Mitgliedstaaten oder auf Vorschlag des Rates

MOD 310 Bei regionalen Konferenzen gilt das in den Nummern 300 bis 305 dieser Konvention beschriebene Verfahren nur für die Mitgliedstaaten der betreffen-

Membres de la région intéressée. Si la convocation doit se faire à l'initiative des Etats Membres de la région, il suffit que le Secrétaire général reçoive des demandes concordantes émanant du quart des Etats Membres de cette région. La procédure décrite aux numéros 301 à 305 de la présente Convention est également applicable lorsque la proposition de convocation d'une conférence régionale est présentée par le Conseil.

Article 28 (CV)

MOD Dispositions relatives aux conférences et aux assemblées qui se réunissent sans gouvernement invitant

MOD 311 Lorsqu'une conférence ou une assemblée doit être réunie sans gouvernement invitant, les dispositions des articles 23, 24 et 25 de la présente Convention sont applicables. Le Secrétaire général, après entente avec le Gouvernement de la Confédération suisse, prend les dispositions nécessaires pour convoquer et organiser la conférence ou l'assemblée au siège de l'Union.

Article 29 (CV)

MOD Changement du lieu ou des dates d'une conférence ou d'une assemblée

MOD 312 1. Les dispositions des articles 26 et 27 de la présente Convention relatives à la convocation d'une conférence ou d'une assemblée s'appliquent par analogie lorsqu'il s'agit, à la demande d'Etats Membres ou sur proposition du Conseil, de changer le lieu précis ou les dates exactes d'une conférence ou d'une assemblée. Toutefois, de tels changements ne peuvent être opérés que si la majorité des Etats Membres intéressés, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, s'est prononcée en leur faveur.

MOD 313 2. Tout Etat Membre qui propose de changer le lieu précis ou les dates exactes d'une conférence ou d'une assemblée est tenu d'obtenir l'appui du nombre requis d'autres Etats Membres.

Article 30 (CV)

Délais et modalités de présentation des propositions et des rapports aux conférences

MOD 316 2. Immédiatement après l'envoi des invitations, le Secrétaire général prie les Etats Membres de lui faire parvenir au moins quatre mois avant la date d'ouverture de la conférence leurs propositions pour les travaux de la conférence.

MOD 318 4. Toute proposition reçue d'un Etat Membre est annotée par le Secrétaire général pour indiquer son origine à l'aide du symbole établi par l'Union pour cet Etat Membre. Lorsqu'une proposition est présentée par plusieurs Etats Membres, la proposition, dans la mesure du possible, est annotée à l'aide du symbole de chaque Etat Membre.

MOD 319 5. Le Secrétaire général communique les propositions à tous les Etats Membres au fur et à mesure de leur réception.

MOD 320 6. Le Secrétaire général réunit et coordonne les propositions des Etats Membres et les fait parvenir aux Etats Membres au fur et à mesure qu'il les reçoit et en tout cas deux mois au moins avant la date d'ouverture de la conférence. Les fonctionnaires élus et les fonctionnaires de l'Union, de

den Region. Muss die Einberufung auf Anregung der Mitgliedstaaten der Region erfolgen, so genügt es, wenn der Generalsekretär übereinstimmende Anträge von einem Viertel der Mitgliedstaaten dieser Region erhält. Das in den Nummern 301 bis 305 dieser Konvention beschriebene Verfahren wird auch dann angewandt, wenn der Vorschlag für die Einberufung einer regionalen Konferenz vom Rat ausgeht.

Artikel 28 (KV)

MOD Bestimmungen für Konferenzen und Versammlungen, die zusammentreten, ohne dass eine Regierung einlädt

MOD 311 Muss eine Konferenz oder eine Versammlung zusammentreten, ohne dass eine Regierung einlädt, so gelten die Bestimmungen der Artikel 23, 24 und 25 dieser Konvention. Der Generalsekretär trifft im Einvernehmen mit der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die für die Einberufung und Durchführung der Konferenz oder Versammlung am Sitz der Union erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 29 (KV)

MOD Änderung des Ortes oder des Zeitpunkts einer Konferenz oder Versammlung

MOD 312 1. Die Bestimmungen der Artikel 26 und 27 dieser Konvention über die Einberufung einer Konferenz oder einer Versammlung gelten sinngemäß, wenn auf Antrag von Mitgliedstaaten oder auf Vorschlag des Rates der präzise Ort oder der genaue Zeitpunkt einer Konferenz oder einer Versammlung geändert werden soll. Solche Änderungen dürfen jedoch nur dann vorgenommen werden, wenn sich die nach Nummer 47 dieser Konvention ermittelte Mehrheit der beteiligten Mitgliedstaaten dafür ausgesprochen hat.

MOD 313 2. Jeder Mitgliedstaat, der eine Änderung des präzisen Ortes oder des genauen Zeitpunkts einer Konferenz oder einer Versammlung vorschlägt, ist verpflichtet, sich die Unterstützung der erforderlichen Anzahl anderer Mitgliedstaaten zu verschaffen.

Artikel 30 (KV)

MOD Fristen und Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen und Berichten für die Konferenzen

MOD 316 2. Unmittelbar nach der Versendung der Einladungen bittet der Generalsekretär die Mitgliedstaaten, ihm mindestens vier Monate vor Eröffnung der Konferenz ihre Vorschläge für die Arbeiten der Konferenz zu übersenden.

MOD 318 4. Der Generalsekretär versieht jeden Vorschlag, den er von einem Mitgliedstaat erhält, zur Angabe des Ursprungs dieses Vorschlags mit dem von der Union für den betreffenden Mitgliedstaat festgelegten Kennzeichen. Wird ein Vorschlag von mehreren Mitgliedstaaten eingereicht, so wird er so weit wie möglich mit dem Kennzeichen jedes einzelnen Mitgliedstaates versehen.

MOD 319 5. Der Generalsekretär übermittelt die Vorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs allen Mitgliedstaaten.

MOD 320 6. Der Generalsekretär sammelt und koordiniert die Vorschläge, die er von den Mitgliedstaaten erhält, und übersendet sie den Mitgliedstaaten in der Reihenfolge ihres Eingangs, auf jeden Fall aber mindestens zwei Monate vor Eröffnung der Konferenz. Die gewählten Beamten und die übrigen Mit-

même que les observateurs et représentants qui peuvent assister à des conférences conformément aux dispositions pertinentes de la présente Convention, ne sont pas habilités à présenter des propositions.

MOD 321 7. Le Secrétaire général réunit également les rapports reçus des Etats Membres, du Conseil et des Secteurs de l'Union ainsi que les recommandations formulées par les conférences et les transmet aux Etats Membres, avec tout rapport du Secrétaire général, quatre mois au moins avant l'ouverture de la conférence.

MOD 322 8. Les propositions reçues après la date limite spécifiée au numéro 316 ci-dessus sont communiquées à tous les Etats Membres par le Secrétaire général dès que cela est réalisable.

Article 31 (CV)

Pouvoirs aux conférences

MOD 324 1. La délégation envoyée à une Conférence de plénipotentiaires, à une conférence des radiocommunications ou à une conférence mondiale des télécommunications internationales par un Etat Membre doit être dûment accréditée conformément aux dispositions des numéros 325 à 331 ci-dessous.

MOD 327 (3) Sous réserve de confirmation émanant de l'une des autorités citées au numéro 325 ou 326 ci-dessus et reçue avant la signature des Actes finals, une délégation peut être provisoirement accréditée par le Chef de la mission diplomatique de l'Etat Membre concerné auprès du gouvernement hôte ou, si la conférence a lieu dans la Confédération suisse, par le chef de la délégation permanente de l'Etat Membre concerné auprès de l'Office des Nations Unies à Genève.

MOD 332 4. (1) Une délégation dont les pouvoirs sont reconnus en règle par la séance plénière est habilitée à exercer le droit de vote de l'Etat Membre intéressé, sous réserve des dispositions des numéros 169 et 210 de la Constitution, et à signer les Actes finals.

MOD 334 5. Les pouvoirs doivent être déposés au secrétariat de la conférence dès que possible. La commission prévue au numéro 23 du Règlement intérieur des conférences et autres réunions est chargée de les vérifier; elle présente à la séance plénière un rapport sur ses conclusions dans le délai fixé par celle-ci. En attendant la décision de la séance plénière à ce sujet, toute délégation est habilitée à participer aux travaux et à exercer le droit de vote de l'Etat Membre concerné.

MOD 335 6. En règle générale, les Etats Membres doivent s'efforcer d'envoyer aux conférences de l'Union leur propre délégation. Toutefois, si pour des raisons exceptionnelles un Etat Membre ne peut pas envoyer sa propre délégation, il peut donner à la délégation d'un autre Etat Membre le pouvoir de voter et de signer en son nom. Ce transfert de pouvoir doit faire l'objet d'un acte signé par l'une des autorités citées aux numéros 325 ou 326 ci-dessus.

MOD 339 10. Un Etat Membre ou une entité ou organisation agréée qui se propose d'envoyer une délégation ou des représentants à une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications, à

travailler der Union sowie die Beobachter und Vertreter, die nach den einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention an Konferenzen teilnehmen dürfen, sind nicht berechtigt, Vorschläge einzureichen.

MOD 321 7. Der Generalsekretär sammelt auch die von Mitgliedstaaten, vom Rat und von den Sektoren der Union erhaltenen Berichte sowie die von den Konferenzen ausgearbeiteten Empfehlungen und übermittelt sie den Mitgliedstaaten, zusammen mit allen Berichten des Generalsekretärs, mindestens vier Monate vor Eröffnung der Konferenz.

MOD 322 8. Der Generalsekretär übermittelt allen Mitgliedstaaten so bald wie möglich die Vorschläge, die nach Ablauf der in Nummer 316 genannten Frist bei ihm eingehen.

Artikel 31 (KV)

Vollmachten bei den Konferenzen

MOD 324 1. Die von einem Mitgliedstaat zu einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, einer Funkkonferenz oder einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste entsandte Delegation muss entsprechend den Bestimmungen der Nummern 325 bis 331 ordnungsgemäß akkreditiert sein.

MOD 327 (3) Unter Vorbehalt einer Bestätigung, die von einer der in Nummer 325 oder 326 genannten Amtspersonen ausgehen und vor Unterzeichnung der Schlussakten vorliegen muss, kann eine Delegation vorläufig akkreditiert werden, und zwar durch den Chef der diplomatischen Mission des betreffenden Mitgliedstaates bei der Gastregierung oder, wenn die Konferenz in der Schweizerischen Eidgenossenschaft stattfindet, durch den Leiter der Ständigen Vertretung des betreffenden Mitgliedstaates beim Büro der Vereinten Nationen in Genf.

MOD 332 4. (1) Eine Delegation, deren Vollmachten vom Plenum als ordnungsgemäß anerkannt worden sind, ist berechtigt, das Stimmrecht des betreffenden Mitgliedstaates vorbehaltlich der Nummern 169 und 210 der Konstitution auszuüben und die Schlussakten zu unterzeichnen.

MOD 334 5. Die Vollmachten müssen so bald wie möglich beim Sekretariat der Konferenz hinterlegt werden. Der in Nummer 23 der Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen vorgesehene Ausschuss wird beauftragt, sie zu prüfen; er legt dem Plenum innerhalb der von diesem festgesetzten Frist einen Bericht über seine Schlussfolgerungen vor. Bis zur Entscheidung des Plenums in dieser Frage ist jede Delegation berechtigt, an den Konferenztarbeiten teilzunehmen und das Stimmrecht des betreffenden Mitgliedstaates auszuüben.

MOD 335 6. Im Allgemeinen sollen die Mitgliedstaaten bestrebt sein, ihre eigenen Delegationen zu den Konferenzen der Union zu entsenden. Wenn jedoch ein Mitgliedstaat aus besonderen Gründen keine eigene Delegation entsenden kann, darf er der Delegation eines anderen Mitgliedstaates die Vollmacht erteilen, in seinem Namen abzustimmen und zu unterzeichnen. Diese Vollmachtsübertragung muss in einer Urkunde niedergelegt sein, die von einer der in Nummer 325 oder 326 genannten Amtspersonen unterzeichnet ist.

MOD 339 10. Ein Mitgliedstaat oder ein zugelassener Rechtsträger bzw. eine zugelassene Organisation, der bzw. die beabsichtigt, eine Delegation oder Vertreter zu einer weltweiten Versammlung für die

une conférence de développement des télécommunications ou à une assemblée des radiocommunications en informe le directeur du Bureau du Secrétaire concerné, en indiquant le nom et la fonction des membres de la délégation ou des représentants.

Standardisierung im Fernmeldewesen, zu einer Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens oder zu einer Funkversammlung zu entsenden, teilt dies dem Direktor des Büros des betreffenden Sektors unter Angabe des Namens und der Funktion der Mitglieder der Delegation oder der Vertreter mit.

SUP	Chapitre III Règlement intérieur	Kapitel III Geschäftsordnung	SUP
	Article 32 (CV)	Artikel 32 (KV)	
	Règlement intérieur des conférences et autres réunions	Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen	
ADD 339A	Le Règlement intérieur des conférences et autres réunions est adopté par la Conférence de plénipotentiaires. Les dispositions relatives à la procédure d'amendement du Règlement intérieur et à l'entrée en vigueur des amendements sont contenues dans ledit Règlement.	Die Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen wird von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommen. Die Bestimmungen über das Verfahren für die Änderung der Geschäftsordnung und über das Inkrafttreten der Änderungen sind in der Geschäftsordnung selbst enthalten.	ADD 339A
(MOD) 340	Le Règlement intérieur est applicable sans préjudice des dispositions relatives à la procédure d'amendement contenue dans l'article 55 de la Constitution et l'article 42 de la présente Convention.	Die Geschäftsordnung gilt unbeschadet der in Artikel 55 der Konstitution und in Artikel 42 dieser Konvention enthaltenen Bestimmungen über das Änderungsverfahren.	340
ADD	Article 32A (CV)	Artikel 32A (KV)	ADD
	Droit de vote	Stimmrecht	
ADD 340A	1. A toutes les séances d'une conférence, assemblée ou autre réunion, la délégation d'un Etat Membre, dûment accréditée par ce dernier pour participer à la conférence, assemblée ou autre réunion, a droit à une voix, conformément à l'article 3 de la Constitution.	1. Die Delegation eines Mitgliedstaates, die von diesem für die Teilnahme an einer Konferenz, einer Versammlung oder einer anderen Tagung ordnungsgemäß akkreditiert ist, hat nach Artikel 3 der Konstitution in allen Sitzungen der Konferenz, Versammlung oder anderen Tagung das Recht auf eine Stimme.	ADD 340A
ADD 340B	2. La délégation d'un Etat Membre exerce son droit de vote dans les conditions précisées à l'article 31 de la présente Convention.	2. Die Delegation eines Mitgliedstaates übt ihr Stimmrecht unter den in Artikel 31 dieser Konvention festgelegten Bedingungen aus.	ADD 340B
ADD 340C	3. Lorsqu'un Etat Membre n'est pas représenté par une administration à une assemblée des radiocommunications, à une assemblée mondiale de normalisation des télécommunications ou à une conférence de développement des télécommunications, les représentants des exploitations reconnues de l'Etat Membre concerné ont, ensemble et quel que soit leur nombre, droit à une seule voix, sous réserve des dispositions du numéro 239 de la présente Convention. Les dispositions des numéros 335 à 338 de la présente Convention relatives aux procurations s'appliquent aux conférences et assemblées précitées.	3. Wird ein Mitgliedstaat bei einer Funkversammlung, einer weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen oder einer Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens nicht durch eine Verwaltung vertreten, so haben, vorbehaltlich der Nummer 239 dieser Konvention, die Vertreter der anerkannten Betriebsunternehmen des betreffenden Mitgliedstaates ungeachtet ihrer Zahl insgesamt Anspruch auf nur eine Stimme. Die Bestimmungen der Nummern 335 bis 338 dieser Konvention über die Vollmachtsübertragungen gelten auch für die vorgenannten Konferenzen und Versammlungen.	ADD 340C
ADD	Article 32B (CV)	Artikel 32B (KV)	ADD
	Réserves	Vorbehalte	
ADD 340D	1. En règle générale, les délégations qui ne peuvent pas faire partager leur point de vue par les autres délégations doivent s'efforcer, dans la mesure du possible, de se rallier à l'opinion de la majorité.	1. Im Allgemeinen sollen sich die Delegationen, deren Auffassung von den übrigen Delegationen nicht geteilt wird, nach Möglichkeit bemühen, sich der Ansicht der Mehrheit anzuschließen.	ADD 340D
ADD 340E	2. Tout Etat Membre qui, pendant une Conférence de plénipotentiaires, se réserve le droit de formuler des réserves, comme indiqué dans la déclaration qu'il fait au moment de signer les Actes finals, peut formuler des réserves au sujet d'un amendement à la Constitution et à la présente Convention jusqu'au dépôt auprès du Secrétaire	2. Jeder Mitgliedstaat, der sich bei einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten das Recht vorbehält, Vorbehalte zu formulieren, indem er eine entsprechende Erklärung bei der Unterzeichnung der Schlussakten abgibt, darf zu einer Änderung der Konstitution und dieser Konvention so lange Vorbehalte formulieren, bis er seine Ratifikations-	ADD 340E

général de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation dudit amendement ou d'adhésion à celui-ci.

ADD 340F

3. S'il apparaît à une délégation qu'une décision quelconque est de nature à empêcher son gouvernement de consentir à être lié par la révision des Règlements administratifs, cette délégation peut faire des réserves, à titre provisoire ou définitif, au sujet de cette décision à la fin de la Conférence qui adopte ladite révision; de telles réserves peuvent être formulées par une délégation au nom d'un Etat Membre qui ne participe pas à la conférence compétente et qui aura remis une procuration à cette délégation pour signer les Actes finals conformément aux dispositions de l'article 31 de la présente Convention.

ADD 340G

4. Une réserve formulée à l'issue d'une conférence n'est valide que si l'Etat Membre qui l'a formulée la confirme officiellement au moment de notifier son consentement à être lié par l'instrument amendé ou révisé adopté par la conférence à la fin de laquelle il a formulé ladite réserve.

**SUP 341
à 467**

Chapitre IV
Autres dispositions

Article 33 (CV)

Finances

MOD 468

1. (1) L'échelle dans laquelle chaque Etat Membre, sous réserve des dispositions du numéro 468A ci-dessous, ou Membre de Secteur, sous réserve des dispositions du numéro 468B ci-dessous, choisit sa classe de contribution, conformément aux dispositions pertinentes de l'article 28 de la Constitution, est la suivante:

classe de 40	unités
classe de 35	unités
classe de 30	unités
classe de 28	unités
classe de 25	unités
classe de 23	unités
classe de 20	unités
classe de 18	unités
classe de 15	unités
classe de 13	unités
classe de 10	unités
classe de 8	unités
classe de 5	unités
classe de 4	unités
classe de 3	unités
classe de 2	unités
classe de 1½	unité
classe de 1	unité
classe de ½	unité
classe de ¼	unité
classe de ⅓	unité
classe de ⅙	unité

Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Änderung beim Generalsekretär hinterlegt hat.

ADD 340F

3. Wenn eine Delegation glaubt, dass irgendein Beschluss ihre Regierung daran hindern könnte, die Verbindlichkeit der revidierten Vollzugsordnungen anzuerkennen, kann sie bei Abschluss der Konferenz, welche die betreffende Revision annimmt, vorläufige oder endgültige Vorbehalte gegen diesen Beschluss formulieren; solche Vorbehalte können auch von einer Delegation im Namen eines Mitgliedstaates formuliert werden, der an der zuständigen Konferenz nicht teilnimmt und der nach Artikel 31 dieser Konvention dieser Delegation zur Unterzeichnung der Schlussakten eine Vollmacht erteilt hat.

ADD 340G

4. Ein bei Abschluss einer Konferenz formulierter Vorbehalt ist nur dann rechtswirksam, wenn der Mitgliedstaat, der ihn formuliert hat, ihn zu dem Zeitpunkt offiziell bestätigt, zu dem er notifiziert, dass er die Verbindlichkeit der geänderten oder revidierten Urkunde anerkennt, wie sie von der Konferenz, bei deren Abschluss er den betreffenden Vorbehalt formuliert hat, angenommen wurde.

**SUP 341
bis 467**

Kapitel IV
Andere Bestimmungen

Artikel 33 (KV)

Finanzen

MOD 468

1. (1) Jeder Mitgliedstaat wählt vorbehaltlich der Nummer 468A und jedes Sektormitglied vorbehaltlich der Nummer 468B seine Beitragsklasse nach den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 28 der Konstitution nach folgender Tabelle:

Klasse von 40	Einheiten
Klasse von 35	Einheiten
Klasse von 30	Einheiten
Klasse von 28	Einheiten
Klasse von 25	Einheiten
Klasse von 23	Einheiten
Klasse von 20	Einheiten
Klasse von 18	Einheiten
Klasse von 15	Einheiten
Klasse von 13	Einheiten
Klasse von 10	Einheiten
Klasse von 8	Einheiten
Klasse von 5	Einheiten
Klasse von 4	Einheiten
Klasse von 3	Einheiten
Klasse von 2	Einheiten
Klasse von 1½	Einheiten
Klasse von 1	Einheit
Klasse von ½	Einheit
Klasse von ¼	Einheit
Klasse von ⅓	Einheit
Klasse von ⅙	Einheit

- ADD 468A** (1^{bis}) Seuls les Etats Membres recensés par l'Organisation des Nations Unies comme pays les moins avancés et ceux déterminés par le Conseil peuvent choisir les classes de contribution de $\frac{1}{4}$ et $\frac{1}{6}$ d'unité.
- ADD 468B** (1^{ter}) Les Membres des Secteurs ne peuvent pas choisir une classe de contribution inférieure à $\frac{1}{2}$ unité, à l'exception des Membres du Secteur du développement des télécommunications, qui peuvent choisir la classe de contribution de $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$ ou $\frac{1}{6}$ d'unité. Toutefois, la classe de $\frac{1}{6}$ d'unité est réservée aux Membres du Secteur provenant de pays en développement, pays dont la liste est établie par le PNUD et examinée par le Conseil.
- MOD 469** (2) En plus des classes de contribution mentionnées au numéro 468 ci-dessus, tout Etat Membre ou Membre de Secteur peut choisir un nombre d'unités contributives supérieur à 40.
- MOD 470** (3) Le Secrétaire général notifie sans tarder à chacun des Etats Membres qui ne sont pas représentés à la Conférence de plénipotentiaires la décision de chaque Etat Membre quant à la classe de la contribution que ce dernier aura choisie.
- SUP 471**
- MOD 472** 2. (1) Chaque nouvel Etat Membre et chaque nouveau Membre de Secteur acquittent, au titre de l'année de leur adhésion ou admission, une contribution calculée à partir du premier jour du mois de l'adhésion ou de l'admission, selon le cas.
- MOD 473** (2) Si un Etat Membre dénonce la Constitution et la présente Convention ou si un Membre de Secteur dénonce sa participation aux travaux d'un Secteur, sa contribution doit être acquittée jusqu'au dernier jour du mois où la dénonciation prend effet conformément au numéro 237 de la Constitution ou au numéro 240 de la présente Convention selon le cas.
- MOD 474** 3. Les sommes dues portent intérêt à partir du début du quatrième mois de chaque année financière de l'Union. Cet intérêt est fixé au taux de 3% (trois pour cent) par an pendant les trois mois qui suivent et au taux de 6% (six pour cent) par an à partir du début du septième mois.
- SUP 475**
- MOD 476** 4. (1) Les organisations visées aux numéros 259 à 262A de la présente Convention et d'autres organisations internationales (sauf si elles ont été exonérées par le Conseil, sous réserve de réciprocité) et les Membres des Secteurs (sauf lorsqu'ils assistent à une conférence ou à une assemblée de leur Secteur) qui participent à une Conférence de plénipotentiaires, à une réunion d'un Secteur de l'Union ou à une conférence mondiale des télécommunications internationales contribuent aux dépenses des conférences et réunions auxquelles ils participent en fonction du coût de ces conférences et réunions et conformément au Règlement financier.
- MOD 477** (2) Tout Membre d'un Secteur figurant sur les listes mentionnées au numéro 237 de la présente Convention contribue aux dépenses du Secteur conformément aux numéros 480 et 480A ci-dessous.
- SUP 478 et 479**
- (1^{bis}) Nur diejenigen Mitgliedstaaten, die von der Organisation der Vereinten Nationen als die am wenigsten entwickelten Länder eingestuft werden, sowie die vom Rat bestimmten Länder dürfen die Beitragsklassen von $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{6}$ Einheit wählen.
- ADD 468A**
- (1^{ter}) Sektormitglieder dürfen keine niedrigere als die Klasse von $\frac{1}{2}$ Einheit wählen, ausgenommen Sektormitglieder des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens, welche die Beitragsklasse von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$ oder $\frac{1}{6}$ Einheit wählen dürfen. Die Klasse von $\frac{1}{6}$ Einheit ist jedoch Sektormitgliedern aus denjenigen Entwicklungsländern vorbehalten, die in der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (PNUD) aufgestellten und vom Rat geprüften Liste aufgeführt sind.
- ADD 468B**
- (2) Anstelle der in Nummer 468 genannten Beitragsklassen kann jeder Mitgliedstaat und jedes Sektormitglied eine Anzahl von Beitragseinheiten wählen, die 40 Einheiten übersteigt.
- MOD 469**
- (3) Der Generalsekretär gibt allen Mitgliedstaaten, die nicht bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vertreten sind, unverzüglich bekannt, für welche Beitragsklasse jeder Mitgliedstaat sich entschieden hat.
- MOD 470**
- SUP 471**
2. (1) Jeder neue Mitgliedstaat und jedes neue Sektormitglied entrichtet für das Jahr seines Beitritts oder seiner Zulassung einen vom ersten Tag des Monats seines Beitritts oder seiner Zulassung an berechneten Beitrag.
- MOD 472**
- (2) Kündigt ein Mitgliedstaat die Konstitution und diese Konvention oder kündigt ein Sektormitglied seine Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors, so muss er bzw. es seinen Beitrag bis zum letzten Tag des Monats, in dem die Kündigung nach Nummer 237 der Konstitution oder nach Nummer 240 dieser Konvention wirksam wird, entrichten.
- MOD 473**
3. Die geschuldeten Summen werden vom Beginn des vierten Monats eines jeden Rechnungsjahres der Union an verzinst. Der Zinssatz wird für die drei folgenden Monate auf 3% (drei vom Hundert) jährlich und vom Anfang des siebenten Monats an auf 6% (sechs vom Hundert) jährlich festgesetzt.
- MOD 474**
4. (1) Die in den Nummern 259 bis 262A dieser Konvention erwähnten Organisationen sowie andere internationale Organisationen (es sei denn, dass sie unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit vom Rat befreit worden sind) und die Sektormitglieder (es sei denn, dass sie an einer Konferenz oder einer Versammlung ihres Sektors teilnehmen), die an einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an einer Tagung eines Sektors der Union oder an einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste teilnehmen, beteiligen sich an den Ausgaben der Konferenzen und Tagungen, an denen sie teilnehmen, in Abhängigkeit von den Kosten dieser Konferenzen und Tagungen und in Übereinstimmung mit den Finanzvorschriften.
- SUP 475**
4. (1) Die in den Nummern 259 bis 262A dieser Konvention erwähnten Organisationen sowie andere internationale Organisationen (es sei denn, dass sie unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit vom Rat befreit worden sind) und die Sektormitglieder (es sei denn, dass sie an einer Konferenz oder einer Versammlung ihres Sektors teilnehmen), die an einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an einer Tagung eines Sektors der Union oder an einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste teilnehmen, beteiligen sich an den Ausgaben der Konferenzen und Tagungen, an denen sie teilnehmen, in Abhängigkeit von den Kosten dieser Konferenzen und Tagungen und in Übereinstimmung mit den Finanzvorschriften.
- MOD 476**
- (2) Ein Sektormitglied, das auf den in Nummer 237 dieser Konvention erwähnten Listen steht, beteiligt sich nach den Nummern 480 und 480A an den Ausgaben des Sektors.
- MOD 477**
- SUP 478 und 479**

MOD 480 (5) Le montant de la contribution par unité aux dépenses de chaque Secteur concerné est fixé à $\frac{1}{5}$ de l'unité contributive des Etats Membres. Ces contributions sont considérées comme des recettes de l'Union. Elles portent intérêt conformément aux dispositions du numéro 474 ci-dessus. **MOD 480**

(5) Der Betrag einer Einheit des Beitrags zu den Ausgaben jedes betroffenen Sektors wird auf $\frac{1}{5}$ der Beitragseinheit der Mitgliedstaaten festgesetzt. Diese Beiträge gelten als Einnahmen der Union. Sie werden nach Nummer 474 verzinst.

ADD 480A (5^{bis}) Lorsqu'un Membre de Secteur contribue aux dépenses de l'Union conformément au numéro 159 de la Constitution, le Secteur au titre duquel la contribution est versée devrait être identifié. **ADD 480A**

(5^{bis}) Beteiligt sich ein Sektormitglied nach Nummer 159 der Konstitution an den Ausgaben der Union, so sollte der Sektor, für den der Beitrag gezahlt wird, angegeben werden.

SUP 481 à 483 **SUP 481 bis 483**

ADD 483A Les Associés, au sens du numéro 241A de la présente Convention, contribuent aux dépenses du Secteur, de la commission d'études et des groupes subordonnés auxquels ils participent, selon les modalités fixées par le Conseil. **ADD 483A**

Die assoziierten Teilnehmer im Sinne der Nummer 241A dieser Konvention beteiligen sich nach den vom Rat festgelegten Modalitäten an den Ausgaben des Sektors, der Studienkommission und der untergeordneten Gruppen, an deren Arbeiten sie teilnehmen.

MOD 484 5. Le Conseil détermine les critères d'application du recouvrement des coûts à certains produits et services. **MOD 484**

5. Der Rat legt die Kriterien fest, nach denen für bestimmte Produkte und Dienste Kostendeckung erreicht werden soll.

Article 35 (CV)

Langues

MOD 490 1. (1) Des langues autres que celles indiquées dans les dispositions pertinentes de l'article 29 de la Constitution peuvent être employées:

MOD 491 a) s'il est demandé au Secrétaire général d'assurer l'utilisation orale ou écrite d'une ou de plusieurs langues supplémentaires, de façon permanente ou sur une base ad hoc, sous réserve que les dépenses supplémentaires encourues de ce fait soient supportées par les Etats Membres qui ont fait cette demande ou qui l'ont appuyée;

MOD 492 b) si, lors de conférences ou réunions de l'Union, après en avoir informé le Secrétaire général ou le directeur du Bureau intéressé, une délégation prend elle-même des dispositions pour assurer à ses propres frais la traduction orale de sa propre langue dans l'une des langues indiquées dans la disposition pertinente de l'article 29 de la Constitution.

MOD 493 (2) Dans le cas prévu au numéro 491 ci-dessus, le Secrétaire général se conforme à cette demande dans la mesure du possible, après avoir obtenu des Etats Membres intéressés l'engagement que les dépenses encourues seront dûment remboursées par eux à l'Union.

MOD 495 2. Tous les documents dont il est question dans les dispositions pertinentes de l'article 29 de la Constitution peuvent être publiés dans une autre langue que celles qui y sont spécifiées à condition que les Etats Membres qui demandent cette publication s'engagent à prendre à leur charge la totalité des frais de traduction et de publication encourus.

Artikel 35 (KV)

Sprachen

MOD 490 1. (1) Andere als die in den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 29 der Konstitution angegebenen Sprachen dürfen verwendet werden,

MOD 491 a) wenn an den Generalsekretär der Antrag gestellt wird, ständig oder bei einer bestimmten Gelegenheit für die mündliche oder schriftliche Verwendung einer oder mehrerer zusätzlicher Sprachen zu sorgen, vorausgesetzt, dass die hierdurch entstehenden zusätzlichen Kosten von den Mitgliedstaaten getragen werden, die diesen Antrag gestellt oder unterstützt haben;

MOD 492 b) wenn eine Delegation bei Konferenzen oder Tagungen der Union, nach entsprechender Unterrichtung des Generalsekretärs oder des Direktors des betreffenden Büros, auf eigene Kosten für die mündliche Übersetzung aus ihrer eigenen Sprache in irgendeine der in der einschlägigen Bestimmung des Artikels 29 der Konstitution angegebenen Sprachen sorgt.

MOD 493 (2) In dem in Nummer 491 vorgesehenen Fall entspricht der Generalsekretär nach Möglichkeit diesem Antrag, nachdem er von den betreffenden Mitgliedstaaten die Zusicherung erhalten hat, dass sie der Union die entstehenden Kosten ordnungsgemäß erstatten.

MOD 495 2. Alle in den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 29 der Konstitution erwähnten Dokumente dürfen in einer anderen als den dort vorgesehenen Sprachen unter der Bedingung veröffentlicht werden, dass die Mitgliedstaaten, die dies beantragen, sich verpflichten, die gesamten für die Übersetzung und Veröffentlichung entstehenden Kosten zu tragen.

Chapitre V

Dispositions diverses relatives à l'exploitation des services de télécommunication

Article 37 (CV)

Etablissement et règlement des comptes

MOD 497 1. Les règlements des comptes internationaux sont considérés comme transactions courantes et

Kapitel V

Verschiedene Bestimmungen über den Betrieb der Fernmeldedienste

Artikel 37 (KV)

Aufstellung und Begleichung von Rechnungen

MOD 497 1. Die Begleichung internationaler Rechnungen gilt als laufende Transaktion und wird in Überein-

effectués en accord avec les obligations internationales courantes des Etats Membres et des Membres des Secteurs intéressés, lorsque leurs gouvernements ont conclu des arrangements à ce sujet. En l'absence d'arrangements de ce genre ou d'accords particuliers, conclus dans les conditions prévues à l'article 42 de la Constitution, ces règlements des comptes sont effectués conformément aux dispositions des Règlements administratifs.

MOD 498 2. Les administrations des Etats Membres et les Membres des Secteurs qui exploitent des services internationaux de télécommunication doivent se mettre d'accord sur le montant de leurs débits et crédits.

Article 38 (CV)

Unité monétaire

MOD 500 En l'absence d'arrangements particuliers conclus entre Etats Membres, l'unité monétaire employée pour la composition des taxes de répartition pour les services internationaux de télécommunication et pour l'établissement des comptes internationaux est:

- soit l'unité monétaire du Fonds monétaire international,
- soit le franc-or,

comme définis dans les Règlements administratifs. Les modalités d'application sont fixées dans l'appendice 1 au Règlement des télécommunications internationales.

Article 40 (CV)

Langage secret

MOD 505 2. Les télégrammes privés en langage secret peuvent être admis entre tous les Etats Membres à l'exception de ceux qui ont préalablement notifié, par l'intermédiaire du Secrétaire général, qu'ils n'admettent pas ce langage pour cette catégorie de correspondance.

MOD 506 3. Les Etats Membres qui n'admettent pas les télégrammes privés en langage secret en provenance ou à destination de leur propre territoire doivent les accepter en transit, sauf dans le cas de suspension de service prévu à l'article 35 de la Constitution.

Chapitre VI Arbitrage et amendement

Article 41 (CV)

Arbitrage: procédure

(voir l'article 56 de la Constitution)

MOD 510 4. Si l'arbitrage est confié à des gouvernements ou à des administrations de ces gouvernements, ceux-ci doivent être choisis parmi les Etats Membres qui ne sont pas impliqués dans le différend, mais qui sont parties à l'accord dont l'application a provoqué le différend.

Article 42 (CV)

Dispositions pour amender la présente Convention

MOD 519 1. Tout Etat Membre peut proposer tout amendement à la présente Convention. Une telle propo-

stimmung mit den laufenden internationalen Verpflichtungen der beteiligten Mitgliedstaaten und Sektormitglieder erledigt, wenn deren Regierungen diesbezügliche Abmachungen getroffen haben. Wenn Abmachungen dieser Art oder nach Artikel 42 der Konstitution getroffene besondere Vereinbarungen nicht bestehen, wird diese Begleichung nach den Bestimmungen der Vollzugsordnungen durchgeführt.

2. Die Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder, die internationale Fernmeldedienste wahrnehmen, müssen sich über den Betrag ihrer Zahlungsverpflichtungen und -forderungen einigen.

Artikel 38 (KV)

Währungseinheit

MOD 500 Wenn keine besonderen Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten bestehen, wird bei der Festsetzung der Abrechnungsgebühren für die internationalen Fernmeldedienste und der Aufstellung der internationalen Rechnungen als Währungseinheit

- entweder die Währungseinheit des Internationalen Währungsfonds
- oder der Goldfranken

verwendet, wie sie in den Vollzugsordnungen näher bestimmt sind. Die Durchführungsbestimmungen sind in Anhang 1 der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste enthalten.

Artikel 40 (KV)

Geheime Sprache

2. Privattelegramme in geheimer Sprache dürfen im Verkehr zwischen allen Mitgliedstaaten zugelassen werden, mit Ausnahme der Mitgliedstaaten, die über den Generalsekretär im Voraus bekannt gegeben haben, dass sie für diese Telegrammart die geheime Sprache nicht zulassen.

3. Die Mitgliedstaaten, die abgehende oder ankommende Privattelegramme in geheimer Sprache für ihr eigenes Hoheitsgebiet nicht zulassen, müssen solche Telegramme im Durchgang zulassen, es sei denn, der Dienst wäre nach Artikel 35 der Konstitution eingestellt worden.

Kapitel VI

Schiedsgerichtsbarkeit und Änderung der Konvention

Artikel 41 (KV)

Schiedsgerichtsbarkeit: Verfahren

(s. Artikel 56 der Konstitution)

4. Wenn das Schiedsrichteramt Regierungen oder Verwaltungen dieser Regierungen übertragen wird, müssen diese unter den Mitgliedstaaten ausgewählt werden, die nicht in den Streitfall verwickelt, jedoch Vertragsparteien des Abkommens sind, dessen Anwendung den Streitfall verursacht hat.

Artikel 42 (KV)

Bestimmungen zur Änderung dieser Konvention

1. Jeder Mitgliedstaat kann einen Änderungsvorschlag zu dieser Konvention einreichen. Ein sol-

MOD 498

MOD 500

MOD 505

MOD 506

MOD 510

MOD 519

sition doit, pour pouvoir être transmise à tous les Etats Membres et être examinée par eux en temps utile, parvenir au Secrétaire général au plus tard huit mois avant la date d'ouverture fixée pour la Conférence de plénipotentiaires. Le Secrétaire général transmet, aussitôt que possible et au plus tard six mois avant cette dernière date, une telle proposition à tous les Etats Membres.

MOD 520

2. Toute proposition de modification d'un amendement proposé conformément au numéro 519 ci-dessus peut, cependant, être soumise à tout moment par un Etat Membre ou par sa délégation à la Conférence de plénipotentiaires.

MOD 523

5. Les dispositions générales concernant les conférences et les assemblées figurant dans la présente Convention et le Règlement intérieur des conférences et autres réunions s'appliquent, à moins que les paragraphes précédents du présent article, qui prévalent, n'en disposent autrement.

MOD 524

6. Tous les amendements à la présente Convention adoptés par une Conférence de plénipotentiaires entrent en vigueur, à une date fixée par la Conférence, dans leur totalité et sous la forme d'un instrument d'amendement unique, entre les Etats Membres qui ont déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion à la présente Convention et à l'instrument d'amendement. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion à une partie seulement de cet instrument d'amendement est exclue.

MOD 526

8. Le Secrétaire général notifie à tous les Etats Membres le dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

cher Vorschlag muss, damit er allen Mitgliedstaaten rechtzeitig übermittelt und von ihnen geprüft werden kann, beim Generalsekretär spätestens acht Monate vor dem für die Eröffnung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt eingehen. Der Generalsekretär übermittelt einen solchen Vorschlag allen Mitgliedstaaten so bald wie möglich, jedoch spätestens sechs Monate vor dem letztgenannten Zeitpunkt.

MOD 520

2. Ein Vorschlag zur Änderung eines nach Nummer 519 eingereichten Änderungsvorschlags kann jedoch jederzeit von einem Mitgliedstaat oder von seiner Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten eingereicht werden.

MOD 523

5. Sofern in den vorhergehenden Absätzen dieses Artikels, die maßgebend sind, nichts anderes bestimmt ist, gelten die in dieser Konvention enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über Konferenzen und Versammlungen sowie die Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen.

MOD 524

6. Alle von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen Änderungen dieser Konvention treten insgesamt und in Form einer einzigen Änderungsurkunde zu einem von der Konferenz festgelegten Zeitpunkt zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Konvention und zur Änderungsurkunde hinterlegt haben. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt zu nur einem Teil dieser Änderungsurkunde ist ausgeschlossen.

MOD 526

8. Der Generalsekretär notifiziert allen Mitgliedstaaten die Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde.

Annexe (CV)

Définition de certains termes employés dans la présente Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications

MOD 1002 Observateur:

Personne envoyée par:

- l'Organisation des Nations Unies, une institution spécialisée des Nations Unies, l'Agence internationale de l'énergie atomique, une organisation régionale de télécommunication ou une organisation intergouvernementale exploitant des systèmes à satellites, pour participer à titre consultatif à la Conférence de plénipotentiaires, à une conférence ou à une réunion d'un Secteur,
- une organisation internationale, pour participer à titre consultatif à une conférence ou à une réunion d'un Secteur,
- le gouvernement d'un Etat Membre, pour participer sans droit de vote à une conférence régionale,
- un Membre de Secteur visé au numéro 229 ou 231 de la Convention ou une organisation de caractère international représentant de tels Membres des Secteurs,

conformément aux dispositions pertinentes de la présente Convention.

Anlage (KV)

Definition einiger in dieser Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe

Beobachter:**MOD 1002**

Eine Person, die nach den einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention entsandt wird

- von der Organisation der Vereinten Nationen, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation, einer regionalen Fernmeldeorganisation oder einer zwischenstaatlichen Organisation, die Satellitensysteme betreibt, um in beratender Eigenschaft an der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an einer Konferenz oder an einer Tagung eines Sektors teilzunehmen,
- von einer internationalen Organisation, um in beratender Eigenschaft an einer Konferenz oder an einer Tagung eines Sektors teilzunehmen,
- von der Regierung eines Mitgliedstaates, um an einer regionalen Konferenz teilzunehmen, jedoch ohne Stimmrecht,
- von einem Sektormitglied nach Nummer 229 oder 231 der Konvention oder von einer Organisation mit internationalem Charakter, die solche Sektormitglieder vertritt.

Partie II

Date d'entrée en vigueur

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un instrument unique, le 1^{er} janvier 2000 entre les Etats Membres qui seront alors parties à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

Fait à Minneapolis, le 6 novembre 1998.

Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die in dieser Urkunde enthaltenen Änderungen treten insgesamt und in Form einer einzigen Urkunde am 1. Januar 2000 zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Urkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) unterschrieben.

Geschehen zu Minneapolis am 6. November 1998.

Déclarations et réserves
faites à la fin
de la Conférence de plénipotentiaires
de l'Union internationale des télécommunications
(Minneapolis, 1998)*

En signant le présent document, qui fait partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), les Plénipotentiaires soussignés confirment qu'ils ont pris acte des déclarations et réserves suivantes faites à la fin de la Conférence:

1

*Original: anglais***Pour la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste:**

La Délégation de la Grande Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts nationaux et ses services de télécommunication au cas où un Membre ne se conformerait pas aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et réserve également à son Gouvernement le droit de faire toute réserve qu'il jugera nécessaire avant la ratification desdits Actes finals au cas où une disposition serait contraire à la Constitution de la Grande Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste.

2

*Original: anglais***Pour la République du Suriname:**

La Délégation de la République du Suriname à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), en signant les Actes finals de ladite Conférence, déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays ou le non-respect des dispositions de la Constitution et de la Convention compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de formuler des réserves sur toute disposition de la Constitution ou de la Convention qui pourrait être contraire à son droit fondamental.

3

*Original: anglais***Pour le Commonwealth de la Dominique:**

La Délégation du Commonwealth de la Dominique réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit,

*) Note du Secrétariat général – Les textes des déclarations et réserves sont présentés dans l'ordre chronologique de leur dépôt.

Dans la table des matières, ces textes sont classés dans l'ordre alphabétique des noms des Etats Membres dont ils émanent.

Erklärungen und Vorbehalte
zum Abschluss
der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
der Internationalen Fernmeldeunion
(Minneapolis 1998)*

Bei der Unterzeichnung dieses Dokuments, das Bestandteil der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) ist, bestätigen die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten, dass sie folgende, zum Abschluss der Konferenz formulierte Erklärungen und Vorbehalte zur Kenntnis genommen haben:

1

*Original: englisch***Für die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija:**

Die Delegation der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied nicht an die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) hält. Ferner behält sie ihrer Regierung das Recht vor, vor der Ratifikation dieser Schlussakten die Vorbehalte zu formulieren, die sie für erforderlich hält, falls eine Bestimmung im Widerspruch zur Verfassung der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija steht.

2

*Original: englisch***Für die Republik Suriname:**

Die Delegation der Republik Suriname bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt bei der Unterzeichnung der Schlussakten dieser Konferenz, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder oder die Nichteinhaltung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. Vorbehalte hinsichtlich derjenigen Bestimmungen der Konstitution oder der Konvention zu formulieren, die gegen ihre verfassungsrechtlichen Bestimmungen verstoßen.

3

*Original: englisch***Für das Commonwealth Dominica:**

Die Delegation des Commonwealth Dominica behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der

*) Anmerkung des Generalsekretariats – Die Texte der Erklärungen und Vorbehalte sind in der Reihenfolge ihrer Hinterlegung dargestellt.

Im Inhaltsverzeichnis sind diese Texte nach dem Namen der Mitgliedstaaten, von denen sie stammen, alphabetisch geordnet.

les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes qui y sont jointes, ou si des réserves formulées par d'autres pays portaient atteinte à ses intérêts.

4

*Original: français***Pour la République démocratique du Congo:**

La Délégation de la République démocratique du Congo réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si des Membres n'observaient pas de quelque manière que ce soit les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes et protocoles qui y sont joints;

2. de prendre les mesures nécessaires à la protection de ses intérêts si des réserves déposées ou d'autres mesures prises par d'autres Gouvernements devaient avoir pour conséquence de porter atteinte au bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou de conduire à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;

3. de refuser toute disposition des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, qui pourrait affecter directement ou indirectement sa souveraineté.

5

*Original: français***Pour la République du Cap-Vert:**

La Délégation du Cap-Vert à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires au cas où certains Membres manqueraient, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux instruments de l'Union internationale des télécommunications tels qu'adoptés à Minneapolis ou si des réserves formulées par les Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de n'accepter aucune conséquence résultant des réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

6

*Original: russe/anglais***Pour la République d'Ouzbékistan:**

La Délégation de la République d'Ouzbékistan réserve à son Gouvernement le droit:

1. de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il estimera nécessaires avant et pendant le dépôt de son instrument de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998);

2. de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires et suffisantes pour protéger ses intérêts au cas où des réserves formulées par d'autres Etats nuiraient au bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'UIT.

Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

4

*Original: français***Für die Demokratische Republik Kongo:**

Die Delegation der Demokratischen Republik Kongo behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten;

2. die zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls irgendwelche Vorbehalte oder andere Maßnahmen anderer Regierungen das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihrer Beiträge zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen;

3. alle Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle abzulehnen, die ihre Staatshoheit unmittelbar oder mittelbar berühren könnten.

5

*Original: français***Für die Republik Kap Verde:**

Die Delegation von Kap Verde bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der in Minneapolis angenommenen Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. keine Auswirkungen von Vorhalten anzuerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten.

6

*Original: russisch/englisch***Für die Republik Usbekistan:**

Die Delegation der Republik Usbekistan behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle zusätzlichen Vorbehalte zu formulieren, die sie für erforderlich hält, bevor oder während ihre Ratifikationsurkunden zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) hinterlegt werden;

2. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich und ausreichend hält, falls Vorbehalte anderer Staaten das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder möglicherweise eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

7

*Original: espagnol***Pour la République du Panama:**

La Délégation de la République du Panama réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres, actuels ou futurs, n'observeraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), des annexes ou des protocoles qui y sont joints ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

Elle formule également des réserves concernant toute disposition des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) qui serait contraire à la législation en vigueur dans la République du Panama ou qui pourrait, de quelque manière que ce soit, porter atteinte à son droit souverain de réglementer ses télécommunications.

8

*Original: espagnol***Pour le Costa Rica:**

La Délégation du Costa Rica à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998):

1. déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
 - a) de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts nationaux et ses services de télécommunication au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions des Actes finals de ladite Conférence;
 - b) de formuler, jusqu'à la date de ratification des Actes finals de ladite Conférence, les réserves qu'il jugera nécessaires sur les dispositions desdits Actes finals qui seraient contraires à la Constitution du Costa Rica;
2. déclare que le Costa Rica ne sera lié par les instruments de l'Union internationale des télécommunications, qui comprennent la Constitution, la Convention, les Règlements administratifs et les amendements ou modifications desdits instruments, que dans la mesure où leur application n'ira pas à l'encontre de l'ordre juridique constitutionnel, de l'ordre juridique interne et du droit international.

9

*Original: anglais***Pour la République des Maldives:**

En signant les Actes finals, la Délégation de la République des Maldives à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres de l'Union n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres de l'Union compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à sa souveraineté.

7

*Original: spanisch***Für die Republik Panama:**

Die Delegation der Republik Panama behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere, derzeitige oder zukünftige Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigelegten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Ferner formuliert sie Vorbehalte zu allen Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die im Widerspruch zu den in der Republik Panama geltenden Rechtsvorschriften stehen oder die in irgendeiner Weise ihr souveränes Recht, ihre Fernmeldedienste zu regeln, berühren könnten.

8

*Original: spanisch***Für Costa Rica:**

Die Delegation von Costa Rica bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt,

1. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,
 - a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Schlussakten dieser Konferenz (Minneapolis 1998) halten;
 - b) bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der Schlussakten dieser Konferenz (Minneapolis 1998) zu solchen Bestimmungen der Schlussakten, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Costa Rica stehen, die Vorbehalte zu formulieren, die sie für erforderlich hält;
2. dass Costa Rica sich nur dann an die Übereinkünfte der Internationalen Fernmeldeunion, d.h. die Konstitution, die Konvention, die Vollzugsordnungen und die Änderungen zu diesen Übereinkünften, gebunden sieht, wenn die Anwendung dieser Übereinkünfte ihre Verfassung, ihre nationalen Gesetze und das Völkerrecht nicht verletzt.

9

*Original: englisch***Für die Republik Malediven:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält die Delegation der Republik Malediven ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls Mitglieder der Union sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigelegten Protokolle halten oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder der Union die Fernmeldedienste der Republik Malediven beeinträchtigen und ihre Staatshoheit berühren.

10

*Original: espagnol***Pour la République orientale de l'Uruguay:**

En signant les Actes finals, la Délégation de la République orientale de l'Uruguay déclare, au nom de son Gouvernement, que celui-ci se réserve le droit de prendre les mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

11

*Original: russe***Pour la République kirghize:**

La Délégation de la République kirghize réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République kirghize ou entraînaient une augmentation de sa contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

12

*Original: français***Pour le Burkina Faso:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), la Délégation du Burkina Faso réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger les intérêts du Burkina Faso:

1. si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et leurs annexes respectives;
2. si certains Membres refusaient volontairement de prendre part aux dépenses de l'Union;
3. si les réserves formulées par d'autres Membres étaient susceptibles de compromettre le bon fonctionnement et la bonne exploitation technique et/ou commerciale des services de télécommunication du Burkina Faso.

La Délégation du Burkina Faso réserve par ailleurs à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

13

*Original: anglais***Pour la République du Yémen:**

La Délégation de la République du Yémen réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un autre Membre de l'Union ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des Actes finals de la présente Conférence (Minneapolis, 1998) ou si les réserves formulées par un autre Membre compromettraient le fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

10

*Original: spanisch***Für die Republik Östlich des Uruguay:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten erklärt die Delegation der Republik Östlich des Uruguay, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

11

*Original: russisch***Für die Kirgisische Republik:**

Die Delegation der Kirgisischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, zu dem Zeitpunkt, zu dem die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert werden, irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste der Kirgisischen Republik beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

12

*Original: französisch***Für Burkina Faso:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) behält die Delegation von Burkina Faso ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung der Interessen von Burkina Faso für erforderlich hält,

1. falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) und ihrer Anlagen hält;
2. falls bestimmte Mitglieder es bewusst ablehnen, ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union zu entrichten;
3. falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten und den einwandfreien technischen und/oder kommerziellen Betrieb der Fernmeldedienste von Burkina Faso beeinträchtigen.

Ferner behält die Delegation von Burkina Faso ihrer Regierung das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

13

*Original: englisch***Für die Republik Jemen:**

Die Delegation der Republik Jemen behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein anderes Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder der Schlussakten dieser Konferenz (Minneapolis 1998) hält oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

14

*Original: anglais***Pour la République du Zimbabwe:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République du Zimbabwe déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il considérera ou estimera nécessaires et opportunes pour sauvegarder ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas ou ne se conformerait pas aux dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou aux protocoles, annexes ou Règlements qui y sont joints ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient ou semblaient risquer de compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication.

15

*Original: français***Pour le Portugal:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation du Portugal déclare au nom de son Gouvernement:

- a) qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements, qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles que modifiées par les Actes finals de cette Conférence, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- c) qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles auxdits Actes finals, ainsi qu'à tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

16

*Original: français***Pour la République gabonaise:**

La Délégation de la République gabonaise réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Etats Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ainsi que les instruments d'amendement adoptés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou encore si des réserves formulées par d'autres Etats Membres étaient de nature à compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication;
2. d'accepter ou non les conséquences financières qui pourraient éventuellement résulter de ces réserves;
3. de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification.

14

*Original: anglais***Für die Republik Simbabwe:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation der Republik Simbabwe, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich und zweckmäßig hält, falls sich irgendein Mitgliedstaat nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder der ihnen beigefügten Protokolle, Anlagen oder Vollzugsordnungen hält oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder beeinträchtigen könnten.

15

*Original: français***Für Portugal:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation von Portugal im Namen ihrer Regierung,

- a) dass sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
- b) dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- c) dass sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, zu den genannten Schlussakten sowie zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde zusätzliche besondere Vorbehalte zu formulieren.

16

*Original: français***Für die Gabunische Republik:**

Die Delegation der Gabunischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sowie an die von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) angenommenen Änderungsurkunden halten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
2. die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus diesen Vorbehalten ergeben könnten;
3. bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

17

*Original: français***Pour la République du Mozambique:**

En signant les Actes Finaux de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation du Mozambique déclare au nom de son Gouvernement:

- a) qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles que modifiées par les Actes finals de cette Conférence, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- c) qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles auxdits Actes finals, ainsi qu'à tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

18

*Original: anglais***Pour la Thaïlande:**

La Délégation de la Thaïlande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) et des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par un autre Etat Membre compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

19

*Original: français***Pour la République du Mali:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République du Mali réserve à son Gouvernement le droit souverain de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains Membres de l'Union manqueraient de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions desdits Actes et compromettraient directement ou indirectement les intérêts de ses services de télécommunication ou mettraient en danger la sécurité de la souveraineté nationale.

20

*Original: anglais***Pour la Malaisie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la Malaisie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains

17

*Original: français***Für die Republik Mosambik:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation von Mosambik im Namen ihrer Regierung,

- a) dass sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
- b) dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- c) dass sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, zu den genannten Schlussakten sowie zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde zusätzliche besondere Vorbehalte zu formulieren.

18

*Original: englisch***Für Thailand:**

Die Delegation von Thailand behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitgliedstaates ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

19

*Original: français***Für die Republik Mali:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält die Delegation der Republik Mali ihrer Regierung das souveräne Recht vor, alle zur Wahrung ihrer Rechte und nationalen Interessen erforderlichen Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, falls sich bestimmte Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der genannten Schlussakten halten und mittelbar oder unmittelbar die Interessen ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder die Sicherheit der nationalen Souveränität gefährden.

20

*Original: englisch***Für Malaysia:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält die Delegation von Malaysia ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte

Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si des Membres n'observaient pas, de quelque autre manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si les réserves formulées par d'autres Membres avaient pour effet de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

La Délégation de la Malaisie réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes les réserves supplémentaires qu'il pourra estimer nécessaires à l'égard des Actes finals adoptés par la présente Conférence et ce jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification pertinent.

21

*Original: anglais***Pour l'Ukraine:**

Le Délégation de l'Ukraine réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ainsi que le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

22

*Original: anglais***Pour le Royaume du Swaziland:**

En signant les présents Actes finals, la Délégation du Royaume du Swaziland réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où des Membres ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes et Règlements qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

23

*Original: anglais***Pour la République de Singapour:**

La Délégation de la République de Singapour réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union ne respectait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si une réserve formulée par un Membre de l'Union compromettait le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République de Singapour, portait atteinte à sa souveraineté ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen halten oder falls die Auswirkungen von Vorbehalten anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Ferner behält die Delegation von Malaysia ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifikationsurkunde gegebenenfalls weitere Vorbehalte zu den von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

21

*Original: englisch***Für die Ukraine:**

Die Delegation der Ukraine behält ihrer Regierung das Recht vor, zu dem Zeitpunkt, zu dem die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert werden, irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

22

*Original: englisch***Für das Königreich Swasiland:**

Bei der Unterzeichnung dieser Schlussakten behält die Delegation des Königreichs Swasiland ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Swasiland zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

23

*Original: englisch***Für die Republik Singapur:**

Die Delegation der Republik Singapur behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte eines Mitglieds der Union die Fernmeldedienste der Republik Singapur beeinträchtigen, ihre Staatshoheit verletzen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

24

*Original: anglais***Pour la République de Pologne:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République de Pologne déclare au nom de son Gouvernement:

1. qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
2. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles qu'amendées par la présente Conférence, ou si des réserves formulées par d'autres pays devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
3. qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles à l'égard desdits Actes finals, ainsi que de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT qui n'a pas encore été ratifié jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

25

*Original: anglais***Pour le Royaume des Tonga:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation du Royaume des Tonga déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toutes mesures conformes à son droit interne et au droit international qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts nationaux au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou si les mesures prises ou les réserves formulées par des représentants d'autres Etats portaient atteinte à sa souveraineté nationale ou au bon fonctionnement de ses télécommunications nationales ou encore entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) de formuler, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, des réserves auxdits Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification ou de leur approbation, et de n'être lié par aucune disposition desdits Actes finals ou de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications limitant son droit souverain de formuler des réserves.

26

*Original: français***Pour la République du Burundi:**

La Délégation de la République du Burundi réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas de quelque façon que ce soit les dispositions des

24

*Original: anglais***Für die Republik Polen:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation der Republik Polen im Namen ihrer Regierung,

1. dass sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
2. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
3. dass sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, zu den genannten Schlussakten oder zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde zusätzliche besondere Vorbehalte zu formulieren.

25

*Original: englisch***Für das Königreich Tonga:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation des Königreichs Tonga, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und dem Völkerrecht zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls irgendwelche Maßnahmen oder Vorbehalte von Vertretern anderer Staaten ihre nationale Souveränität berühren, ihren nationalen Fernmeldesektor beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen;
- b) nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Recht der Verträge Vorbehalte zu den oben genannten Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr angemessen erscheint zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation oder Annahme, und darüber hinaus keine Bestimmung dieser Schlussakten oder der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion als für sich verbindlich anzuerkennen, die ihr souveränes Recht, Vorbehalte zu formulieren, einschränkt.

26

*Original: französisch***Für die Republik Burundi:**

Die Delegation der Republik Burundi behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungs-

instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes et protocoles qui y sont joints ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. d'accepter ou non toute mesure susceptible de donner lieu à une augmentation de sa part contributive.

27

*Original: anglais***Pour la République de Bulgarie:**

La Délégation de la République de Bulgarie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Etat Membre de l'Union ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou si les conséquences des réserves formulées par d'autres pays compromettaient les services de télécommunication de la Bulgarie;

2. de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation injustifiée de sa part contributive aux dépenses de l'Union;

3. de formuler toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des amendements à la Constitution et à la Convention de l'UIT (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

28

*Original: anglais***Pour la République populaire de Chine:**

La Délégation de la République populaire de Chine, en signant les présents Actes finals, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si un Etat Membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou de leurs annexes, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient ses intérêts.

29

*Original: anglais***Pour la République de Saint-Marin:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République de Saint-Marin réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre de l'Union ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention, de ses annexes, des protocoles additionnels et des Règlements administratifs.

Le Gouvernement de la République de Saint-Marin se réserve également le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires si les réserves formulées par d'autres Membres limitaient ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

urkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. alle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags führen können, anzuerkennen oder abzulehnen.

27

*Original: englisch***Für die Republik Bulgarien:**

Die Delegation der Republik Bulgarien bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitgliedstaat der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Auswirkungen von Vorbehalten anderer Länder die Fernmeldedienste von Bulgarien beeinträchtigen;

2. keine finanziellen Maßnahmen anzuerkennen, die eine ungerechtfertigte Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;

3. zum Zeitpunkt der Ratifikation der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

28

*Original: englisch***Für die Volksrepublik China:**

Bei der Unterzeichnung dieser Schlussakten behält die Delegation der Volksrepublik China ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

29

*Original: englisch***Für die Republik San Marino:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält die Delegation der Republik San Marino ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder der Union nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention oder ihrer Anlagen, der Zusatzprotokolle und der Vollzugsordnungen halten.

Dieses Recht behält sie der Regierung der Republik San Marino auch für den Fall vor, dass Vorbehalte anderer Mitglieder dazu führen, dass das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste der Republik San Marino gestört, eingeschränkt oder beeinträchtigt wird.

30

*Original: français***Pour la République du Bénin:**

La Délégation de la République du Bénin à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions des présentes Constitution et Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres Membres devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union.

31

*Original: anglais***Pour l'Italie:**

La Délégation de l'Italie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par d'autres pays étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

32

*Original: anglais***Pour le Commonwealth des Bahamas:**

La Délégation du Commonwealth des Bahamas réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre de l'Union n'observerait pas les dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992) adoptés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou d'un instrument qui y est joint, ou si des réserves formulées par un autre pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

33

Original: français

Pour la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume d'Arabie saoudite, la République du Cameroun, la République arabe d'Egypte, le Royaume hachémite de Jordanie, l'Etat du Koweït, Malte, le Royaume du Maroc, la République islamique de Mauritanie, le Sultanat d'Oman, la République islamique du Pakistan, la République arabe syrienne, la Tunisie et la République du Yémen:

Les Délégations des pays ci-dessus réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de prendre toutes mesures qu'ils estiment nécessaires pour protéger leurs intérêts au cas où un Etat Membre ne respecterait pas les dispositions de la Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs.

Les Délégations des pays ci-dessus ont accepté le transfert de dispositions de la Convention dans un nouvel instrument intitulé «Règlement intérieur des conférences et autres réunions de l'Union internationale des télécommunications», sous réserve que les dispositions de ce nouvel instrument soient contraignantes pour tous les Etats Membres et que leur révision par une

30

*Original: français***Für die Republik Benin:**

Die Delegation der Republik Benin bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

31

*Original: englisch***Für Italien:**

Die Delegation von Italien behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

32

*Original: englisch***Für das Commonwealth der Bahamas:**

Die Delegation des Commonwealth der Bahamas behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Übereinkunft halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

33

Original: französisch

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Saudi-Arabien, die Republik Kamerun, die Arabische Republik Ägypten, das Haschemitische Königreich Jordanien, den Staat Kuwait, Malta, das Königreich Marokko, die Islamische Republik Mauretanien, das Sultanat Oman, die Islamische Republik Pakistan, die Arabische Republik Syrien, Tunesien und die Republik Jemen:

Die Delegationen der oben genannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls ein Mitgliedstaat sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen hält.

Die Delegationen der oben genannten Länder haben der Überführung von Bestimmungen der Konvention in eine neue Urkunde mit dem Titel „Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen der Internationalen Fernmeldeunion“ unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Bestimmungen dieser neuen Urkunde für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind

Conférence n'entre en vigueur qu'à l'issue de la signature des Actes finals de la Conférence qui les a adoptées.

Les Délégations des pays ci-dessus considèrent que leur accès aux ressources communes que sont le spectre des fréquences radioélectriques et les orbites ne peut être garanti que par une planification assurant à tous les Etats Membres un accès équitable. Ils ne peuvent accepter en aucune façon que les inscriptions existantes, en leur nom, dans les plans figurant aux appendices 30 et 30A du Règlement des radiocommunications soient affectées par des systèmes commerciaux dans leur mise en oeuvre ou dans leurs modifications futures destinées à répondre à leurs besoins légitimes.

34

*Original: français***Pour la République algérienne démocratique et populaire:**

La Délégation algérienne à la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) considère que les conditions qui ont prévalu à l'examen d'une partie importante des questions traitées par la Conférence et aux prises de décisions qui ont suivi n'étaient pas de nature à garantir une participation concrète d'un grand nombre de délégations et à garantir la préservation des intérêts de l'ensemble des Membres de l'Union.

En conséquence, la Délégation algérienne à cette Conférence réserve à son pays et son Gouvernement en particulier le droit de prendre toutes les décisions qu'ils jugeront nécessaires pour préserver les droits et les intérêts de la République algérienne démocratique et populaire, si une quelconque des décisions de cette Conférence était de nature à y porter atteinte.

35

*Original: anglais***Pour la République de Gambie:**

La Délégation de la République de Gambie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient ses intérêts.

36

*Original: anglais***Pour la République de Moldova:**

La Délégation de la République de Moldova réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou s'ils n'observaient pas, de quelque autre manière que ce soit, les amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), ou si les réserves émises par d'autres pays compromettaient, de quelque manière que ce soit, ses intérêts.

37

*Original: anglais***Pour le Royaume hachémite de Jordanie:**

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant,

la Délégation du Royaume hachémite de Jordanie, en signant les instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitu-

und dass eine Revision dieser Bestimmungen durch eine Konferenz erst dann in Kraft tritt, wenn die Schlussakten der Konferenz, die diese Bestimmungen angenommen hat, unterzeichnet sind.

Die Delegationen der oben genannten Länder sind der Meinung, dass ihr Zugang zum Funkfrequenzspektrum und zu den Umlaufbahnen, die gemeinsame Ressourcen sind, nur durch eine Planung, die allen Mitgliedstaaten in gerechter Weise den Zugang gewährleistet, sichergestellt werden kann. Sie können keinesfalls hinnehmen, dass die Eintragungen, die bei ihren Namen in den Plänen der Anhänge 30 und 30A der Vollzugsordnung für den Funkdienst vorhanden sind, bei ihrer Realisierung oder bei späteren Änderungen, mit denen ihre legitimen Bedürfnisse befriedigt werden sollen, durch kommerzielle Systeme beeinträchtigt werden.

34

*Original: französisch***Für die Demokratische Volksrepublik Algerien:**

Die algerische Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) ist der Ansicht, dass die Bedingungen, unter denen ein erheblicher Anteil der von der Konferenz behandelten Fragen untersucht wurde und unter denen anschließend die Entscheidungen getroffen wurden, nicht geeignet waren, eine konkrete Beteiligung einer großen Zahl von Delegationen zu gewährleisten und die Interessen aller Mitglieder der Union zu wahren.

Infolgedessen behält die algerische Delegation bei dieser Konferenz ihrem Land und insbesondere ihrer Regierung das Recht vor, alle Entscheidungen zu treffen, die sie zur Wahrung der Rechte und Interessen der Demokratischen Volksrepublik Algerien für erforderlich halten, falls irgendwelche Entscheidungen dieser Konferenz diese Rechte und Interessen beeinträchtigen.

35

*Original: englisch***Für die Republik Gambia:**

Die Delegation der Republik Gambia behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

36

*Original: englisch***Für die Republik Moldau:**

Die Delegation der Republik Moldau behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

37

*Original: englisch***Für das Haschemitische Königreich Jordanien:**

Im Namen Gottes, des Barmherzigsten und Gnädigsten,

behält die Delegation des Haschemitischen Königreichs Jordanien bei der Unterzeichnung der Änderungsurkunden

tion et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourrait estimer nécessaires ou toutes mesures requises pour protéger ses droits et ses intérêts si d'autres Membres de l'Union n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes, protocoles ou Règlements qui y sont joints;

2. de protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume hachémite de Jordanie;

3. de ne pas être lié par les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), qui peuvent directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté et contrevenir à la Constitution, aux lois et aux règlements du Royaume hachémite de Jordanie;

4. de faire d'autres réserves ou déclarations jusqu'à la ratification des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

38

*Original: français***Pour la République togolaise:**

En signant les présents Actes finals, la Délégation de la République togolaise réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où certains Etats Membres n'observeraient pas les dispositions des présents Actes et de la Convention et de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) et si les réserves formulées par d'autres pays allaient à l'encontre de ses intérêts.

39

*Original: anglais***Pour la République islamique d'Iran:**

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant,

en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République islamique d'Iran réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourrait estimer nécessaires ou toutes mesures requises pour protéger ses droits et ses intérêts au cas où d'autres Membres de l'Union n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes, protocoles ou Règlements qui y sont joints;

2. de protéger ses intérêts au cas où certains Membres de l'Union n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République islamique d'Iran;

(Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Rechte und Interessen für erforderlich hält oder die hierzu erforderlich sind, falls sich andere Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten;

2. ihre Interessen zu wahren, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten die Fernmeldedienste des Haschemitischen Königreichs Jordanien beeinträchtigen;

3. Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren und der Verfassung, den Gesetzen und den Vorschriften des Haschemitischen Königreichs Jordanien zuwiderlaufen können, nicht als für sich verbindlich anzuerkennen;

4. weitere Vorbehalte oder Erklärungen zu formulieren, bis die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert sind.

38

*Original: französisch***Für die Republik Togo:**

Bei der Unterzeichnung dieser Schlussakten behält die Delegation der Republik Togo ihrer Regierung das Recht vor, alle zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitgliedstaaten nicht an die Bestimmungen dieser Schlussakten und der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

39

*Original: englisch***Für die Islamische Republik Iran:**

Im Namen Allahs, des Barmherzigsten und Gnädigsten,

behält die Delegation der Islamischen Republik Iran bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Rechte und Interessen für erforderlich hält oder die hierzu erforderlich sind, falls sich andere Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten;

2. ihre Interessen zu wahren, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten die Fernmeldedienste der Islamischen Republik Iran beeinträchtigen;

3. de ne pas être lié par les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) et à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) qui peuvent directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté et contrevenir à la Constitution, aux lois et aux règlements de la République islamique d'Iran;

4. de faire d'autres réserves ou déclarations jusqu'à la ratification des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) et à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

40

Original: anglais

Pour la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume d'Arabie saoudite, l'Etat de Bahreïn, la République fédérale islamique des Comores, les Emirats arabes unis, la République islamique d'Iran, l'Etat du Koweït, le Liban, la République islamique de Mauritanie, le Sultanat d'Oman, la République islamique du Pakistan, la République arabe syrienne, la Tunisie et la République du Yémen:

Les Délégations susmentionnées à la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) déclarent que la signature et la ratification éventuelle par leurs Gouvernements respectifs des Actes finals de ladite Conférence ne sont pas valables vis-à-vis du Membre de l'UIT figurant sous l'appellation d'«Israël» et n'impliquent aucunement la reconnaissance de ce Membre par ces Gouvernements.

41

Original: anglais

Pour la République de Fidji:

La Délégation de la République de Fidji réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient ses intérêts.

42

Original: anglais

Pour le Liban, le Sultanat d'Oman et l'Etat du Qatar:

Les Délégations des pays susmentionnés à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) déclarent qu'elles réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de prendre toutes mesures qu'ils jugeront nécessaires pour sauvegarder leurs intérêts si des réserves formulées par d'autres Membres ou le non-respect des dispositions de la Constitution, de la Convention ou des annexes et des protocoles qui y sont joints compromettaient, de quelque manière que ce soit, le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

En outre, elles déclarent qu'elles réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de prendre toutes mesures qu'ils jugeront nécessaires pour sauvegarder leurs intérêts si des Membres de l'Union ne prenaient pas leur part aux dépenses de l'Union ou s'ils ne se conformaient pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays

3. Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren und der Verfassung, den Gesetzen und den Vorschriften der Islamischen Republik Iran zuwiderlaufen können, nicht als für sich verbindlich anzuerkennen;

4. weitere Vorbehalte oder Erklärungen zu formulieren, bis die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert sind.

40

Original: englisch

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Saudi-Arabien, den Staat Bahrain, die Islamische Bundesrepublik Komoren, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Islamische Republik Iran, den Staat Kuwait, Libanon, die Islamische Republik Mauretanien, das Sultanat Oman, die Islamische Republik Pakistan, die Arabische Republik Syrien, Tunesien und die Republik Jemen:

Die Delegationen der oben genannten Länder bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) erklären, dass die Unterzeichnung und die eventuelle Ratifikation der Schlussakten dieser Konferenz durch ihre Regierungen nicht für das Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion mit der Bezeichnung „Israel“ gelten und in keiner Weise dessen Anerkennung durch diese Regierungen einschließen.

41

Original: englisch

Für die Republik Fidschi:

Die Delegation der Republik Fidschi behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten ihre Interessen beeinträchtigen.

42

Original: englisch

Für Libanon, das Sultanat Oman und den Staat Katar:

Die Delegationen der oben genannten Länder bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) erklären, dass ihre Regierungen sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls die Nichtbeachtung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention oder ihrer Anlagen oder des ihnen beigefügten Protokolls durch andere Mitglieder oder die diesbezüglichen Vorbehalte in irgendeiner Weise ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Darüber hinaus erklären die Delegationen der oben genannten Länder, dass ihre Regierungen sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls irgendwelche Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder des ihnen

étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de leur part contributive aux dépenses de l'Union ou de nuire au bon fonctionnement de leurs services de télécommunication, ou encore si d'autres mesures que prendrait ou envisagerait de prendre une personne physique ou morale portaient atteinte, directement ou indirectement, à leur souveraineté.

Elles réservent en outre à leurs Gouvernements respectifs le droit de formuler d'autres déclarations ou réserves jusqu'à la date, inclusivement, de la ratification par leurs Gouvernements respectifs des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

43

Original: anglais

Pour le Royaume d'Arabie saoudite, l'Etat de Bahreïn, les Emirats arabes unis, l'Etat du Koweït et le Sultanat d'Oman:

Les Délégations des pays susmentionnés à la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) déclarent que leurs Gouvernements respectifs se réservent le droit de prendre toutes mesures qu'ils pourront juger nécessaires pour sauvegarder leurs intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part aux dépenses de l'Union, ou s'ils ne se conformaient pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) ou des Résolutions qui y sont jointes, ou encore si les réserves faites par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

44

Original: français

Pour l'Autriche, la Belgique et le Luxembourg:

Les Délégations des pays susmentionnés déclarent qu'elles maintiennent les déclarations et réserves faites ou reconfirmées à la fin de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) et que ces déclarations et réserves s'appliquent également aux instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

45

Original: anglais

Pour la République sudafricaine:

La Délégation de la République sudafricaine réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou si des réserves formulées par des Membres nuisaient, directement ou indirectement, au bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à sa souveraineté;

2. en outre, la Délégation de la République sudafricaine réserve à son Gouvernement le droit de formuler les réserves spécifiques additionnelles qui s'imposeront jusqu'à la ratification par la République sudafricaine des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

beigefügten Protokolls halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihrer Beiträge zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder falls andere von einer natürlichen oder juristischen Person getroffene oder beabsichtigte Maßnahmen ihre Staatshoheit unmittelbar oder mittelbar verletzen.

Die Delegationen der oben genannten Länder behalten ferner ihren Regierungen das Recht vor, bis zu dem Zeitpunkt (einschließlich), zu dem ihre Regierungen die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifizieren, irgendwelche anderen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

43

Original: english

Für das Königreich Saudi-Arabien, den Staat Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, den Staat Kuwait und das Sultanat Oman:

Die Delegationen der oben genannten Länder bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) erklären, dass ihre Regierungen sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls ein Mitglied seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) oder die ihnen beigefügten Entschlüsse hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitglieds ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

44

Original: français

Für Österreich, Belgien und Luxemburg:

Die Delegationen der oben genannten Länder erklären, dass sie die zum Abschluss der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) formulierten oder wieder bestätigten Erklärungen und Vorbehalte aufrechterhalten und dass diese Erklärungen und Vorbehalte auch für die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention gelten.

45

Original: english

Für die Republik Südafrika:

Die Delegation der Republik Südafrika behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte solcher Mitglieder unmittelbar oder mittelbar das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Staatshoheit berühren;

2. ferner behält die Delegation der Republik Südafrika ihrer Regierung das Recht vor, bis zu dem Zeitpunkt (einschließlich), zu dem die Republik Südafrika die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert, erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

46

*Original: anglais***Pour la République de l'Ouganda:**

En signant les Actes finals, la Délégation de la République de l'Ouganda réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), ou de ses annexes, ou encore si les réserves formulées par d'autres pays devaient nuire à ses intérêts.

47

*Original: anglais***Pour la République du Kenya:**

La Délégation de la République du Kenya réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourrait juger nécessaire et/ou appropriée pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de tout amendement apporté auxdits instruments par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), ou de tout autre instrument connexe. En outre, la Délégation affirme que le Gouvernement de la République du Kenya n'accepte aucune responsabilité quant aux conséquences découlant de toute réserve faite par d'autres Membres de l'Union.

48

*Original: espagnol***Pour l'Espagne:**

I

La Délégation de l'Espagne déclare au nom de son Gouvernement qu'elle n'accepte aucune des déclarations ou réserves formulées par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de ses obligations financières.

II

La Délégation de l'Espagne, en vertu des dispositions de la Convention de Vienne sur le droit des traités du 23 mai 1969, réserve au Royaume d'Espagne le droit de formuler des réserves au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification approprié.

49

*Original: anglais***Pour la République socialiste du Viet Nam:**

Au nom du Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam, la Délégation vietnamienne à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), déclare:

1. qu'elle maintient les réserves formulées à la Conférence de plénipotentiaires de Nairobi (1982) et réaffirmées aux Conférences de plénipotentiaires de Nice (1989), de Genève (1992) et de Kyoto (1994);

2. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution, de la Convention, des Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications ainsi que les dispositions de

46

*Original: englisch***Für die Republik Uganda:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten behält die Delegation der Republik Uganda ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

47

*Original: englisch***Für die Republik Kenia:**

Die Delegation der Republik Kenia behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich und/oder angemessen hält, falls sich ein Mitglied nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und alle hierzu von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) vorgenommenen Änderungen oder irgendwelche anderen zu ihnen gehörigen Übereinkünfte hält. Die Delegation bekräftigt ferner, dass die Regierung der Republik Kenia keinerlei Verantwortung für Folgen, die sich aus irgendwelchen Vorbehalten anderer Mitglieder der Union ergeben, anerkennt.

48

*Original: spanisch***Für Spanien:**

I

Die Delegation von Spanien erklärt im Namen ihrer Regierung, dass sie weder Erklärungen noch Vorbehalte anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihrer finanziellen Verpflichtungen nach sich ziehen können.

II

Die Delegation von Spanien behält nach dem Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge dem Königreich Spanien das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifikationsurkunde Vorbehalte zu den von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

49

*Original: englisch***Für die Sozialistische Republik Vietnam:**

Im Namen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam erklärt die vietnamesische Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998),

1. dass sie die Vorbehalte aufrechterhält, die bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Nairobi 1982) formuliert und bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Nizza 1989), der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) bekräftigt worden sind;

2. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention oder der Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion sowie der dazugehörigen Anhänge und Anlagen halten

leurs appendices et annexes, ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République socialiste du Viet Nam ou portaient atteinte à sa souveraineté;

3. qu'elle réserve également à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations et des réserves additionnelles avant le dépôt de l'instrument de ratification de la Constitution et de la Convention amendées, en cas de nécessité.

50

*Original: espagnol***Pour la République de Colombie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République de Colombie:

1. déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
 - a) d'adopter toutes mesures qu'il jugera nécessaires, conformément à sa législation nationale et au droit international, pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où d'autres Membres ne se conformeraient pas aux dispositions des Actes finals (Minneapolis, 1998) et si les réserves formulées par les représentants d'autres Etats compromettaient les services de télécommunication de la République de Colombie ou le plein exercice de ses droits souverains;
 - b) d'accepter ou de rejeter, en totalité ou en partie, les amendements apportés à la Constitution et à la Convention ou aux autres instruments internationaux de l'Union internationale des télécommunications;
 - c) de formuler des réserves, conformément à la Convention de Vienne sur le droit des traités de 1969, au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), à tout moment qu'elle jugera opportun entre la date de signature et la date de ratification éventuelle des instruments internationaux qui constituent lesdits Actes finals. En conséquence, elle ne s'estime pas liée par les règles qui limitent le droit souverain de faire des réserves au seul moment de la signature des Actes finals des conférences et autres réunions de l'Union;
2. réaffirme, quant au fond, les réserves N^{os} 40 et 79 formulées à la Conférence administrative mondiale des radiocommunications (Genève, 1979) en particulier, en ce qui concerne les nouvelles dispositions figurant dans la Constitution et la Convention et les autres documents des Actes finals (Minneapolis, 1998);
3. déclare que la République de Colombie ne considérera comme contraignants les instruments de l'Union internationale des télécommunications, c'est-à-dire la Constitution, la Convention, les protocoles et les Règlements administratifs, que dans la mesure où elle aura dûment et expressément manifesté son consentement à être liée par chacun de ces instruments internationaux et sous réserve du respect des procédures constitutionnelles correspondantes. En conséquence, elle n'accepte pas d'être liée par consentement supposé ou tacite;
4. déclare que, conformément au droit constitutionnel, son Gouvernement ne peut appliquer provisoirement les instruments internationaux qui constituent les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et les autres instruments de l'Union, en raison de leur contenu et de leur nature;
5. déclare que les modifications apportées à l'article 44 et autres de la Constitution et de la Convention de l'UIT, qui consistent à incorporer dans lesdites dispositions, qui traitent de

oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten die Fernmelde-dienste der Sozialistischen Republik Vietnam beeinträchtigen oder ihre Staatshoheit berühren;

3. dass sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, erforderlichenfalls zusätzliche Erklärungen und Vorbehalte zu formulieren, bevor die Ratifikationsurkunde zur geänderten Konstitution und Konvention hinterlegt ist.

50

*Original: spanisch***Für die Republik Kolumbien:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998)

1. erklärt die Delegation der Republik Kolumbien, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,
 - a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und dem Völkerrecht zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Schlussakten (Minneapolis 1998) halten und falls Vorbehalte von Vertretern anderer Staaten die Fernmelde-dienste der Republik Kolumbien oder die volle Ausübung ihrer Hoheitsrechte beeinträchtigen;
 - b) Änderungen der Konstitution, der Konvention oder anderer internationaler Übereinkünfte der Internationalen Fernmeldeunion als Ganzes oder teilweise anzunehmen bzw. nicht anzunehmen;
 - c) nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Recht der Verträge Vorbehalte zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr angemessen erscheint zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Zeitpunkt der eventuellen Ratifikation der internationalen Übereinkünfte, welche die genannten Schlussakten darstellen. Sie sieht sich deshalb nicht an die Vorschriften gebunden, die das souveräne Recht, Vorbehalte zu formulieren, auf den Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenzen und anderen Tagungen der Union beschränken;
2. bekräftigt die Delegation der Republik Kolumbien den Inhalt der bei der Weltweiten Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Genf 1979) formulierten Vorbehalte Nrn. 40 und 79, insbesondere hinsichtlich der die Konstitution, die Konvention und die anderen Dokumente der Schlussakten (Minneapolis 1998) ändernden neuen Bestimmungen;
3. erklärt die Delegation der Republik Kolumbien, dass die Republik Kolumbien sich nur insoweit an die Übereinkünfte der Internationalen Fernmeldeunion, einschließlich der die Konstitution, die Konvention, die Protokolle und die Vollzugsordnungen ändernden Bestimmungen, gebunden sieht, als sie ausdrücklich und ordnungsgemäß ihre Zustimmung dazu erklärt hat, dass sie jede dieser internationalen Übereinkünfte als für sich verbindlich anerkennt, und vorbehaltlich der Einhaltung der betreffenden verfassungsmäßigen Verfahren. Sie akzeptiert folglich nicht ein unterstelltes oder stillschweigendes Einverständnis, irgendwelche Bestimmungen als für sich verbindlich anzuerkennen;
4. erklärt die Delegation der Republik Kolumbien, dass ihre Regierung nach ihren verfassungsrechtlichen Bestimmungen die internationalen Übereinkünfte, welche die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) darstellen, sowie die anderen Übereinkünfte der Union wegen ihres Inhalts und ihrer Eigenart nicht vorläufig anwenden kann;
5. erklärt die Delegation der Republik Kolumbien, dass die Änderungen des Artikels 44 der Konstitution und anderer Artikel der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fern-

l'orbite des satellites géostationnaires, une référence à d'autres orbites de satellite, ont été acceptées dans l'idée qui a prédominé lors des débats, c'est-à-dire que ces modifications conservent toute leur portée aux dispositions de l'article 44 de la Constitution de l'UIT actuellement en vigueur, aux termes desquelles l'orbite des satellites géostationnaires est une ressource naturelle limitée dont l'utilisation par les différents pays ou groupes de pays repose sur le principe d'un accès équitable à cette orbite et aux fréquences, compte tenu des besoins spéciaux des pays en développement et de la situation géographique de certains pays. Cette même considération vaut pour les autres dispositions concernant l'orbite des satellites géostationnaires figurant dans la Constitution et dans la Convention actuellement en vigueur.

51

*Original: français***Pour la République du Cameroun:**

La Délégation camerounaise à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) signe les présents Actes finals dans l'esprit de consensus qui a toujours caractérisé les travaux de l'Union. Elle se réserve toutefois le droit:

1. de prendre toutes les mesures appropriées pour sauvegarder ses intérêts au cas où ceux-ci seraient lésés du fait de la non-observance, par un Membre quelconque, de certaines dispositions de l'instrument fondamental, des Règlements ou des annexes et protocoles qui y sont associés;
2. de formuler des réserves sur les dispositions des instruments de l'Union qui sont contraires aux lois de son pays;
3. de n'accepter aucune conséquence résultant des réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

52

*Original: anglais***Pour la République de Hongrie:**

La Délégation de la République de Hongrie réserve à son Gouvernement le droit de n'accepter aucune mesure financière susceptible d'entraîner des augmentations non justifiées de sa part contributive aux dépenses de l'Union et de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer opportunes pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres de l'Union n'observeraient pas les dispositions de la Constitution, de la Convention ou des Règlements ou compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication. Elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves et des déclarations spécifiques avant la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

53

*Original: anglais***Pour la Grèce:**

En signant les Actes finals de la seizième Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la Grèce déclare:

1. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
 - a) de prendre toutes mesures conformes à sa législation nationale et au droit international qu'il pourra juger ou estimer nécessaires ou utiles pour protéger et sauvegarder sa souveraineté, ses droits souverains et inaliénables et ses intérêts

meldeunion, die darin bestehen, dass in die Bestimmungen, in denen von der Umlaufbahn der geostationären Satelliten die Rede ist, ein Bezug auf andere Satellitenumlaufbahnen eingefügt wurde, in dem Sinn angenommen wurden, der bei den Debatten vorherrschte. Das bedeutet, dass diese Änderungen die Bedeutung der Bestimmungen des derzeit geltenden Artikels 44 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion in vollem Umfang behalten, denen zufolge die Umlaufbahn der geostationären Satelliten eine begrenzte natürliche Ressource ist, deren Benutzung auf dem Grundsatz beruht, dass die verschiedenen Länder oder Ländergruppen in gerechter Weise Zugang zur Umlaufbahn und zu den Frequenzen haben müssen, wobei die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer und die geographische Lage bestimmter Länder zu berücksichtigen sind. Dieselbe Überlegung gilt auch für die übrigen Bestimmungen über die Umlaufbahn der geostationären Satelliten, wie sie in der derzeit geltenden Konstitution und Konvention enthalten sind.

51

*Original: français***Für die Republik Kamerun:**

Die kamerunische Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) unterzeichnet diese Schlussakten mit dem Willen zum Konsens, der die Arbeiten der Union immer geprägt hat. Sie behält sich jedoch das Recht vor,

1. alle zur Wahrung ihrer Interessen geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, falls diese Interessen durch die Nichteinhaltung irgendwelcher Bestimmungen der grundlegenden Urkunde, der Vollzugsordnungen oder der ihnen beigefügten Anlagen und Protokolle seitens eines Mitglieds verletzt werden;
2. Vorbehalte hinsichtlich derjenigen Bestimmungen der Übereinkünfte der Union zu formulieren, die gegen die Gesetze ihres Landes verstoßen;
3. keine Auswirkungen von Vorbehalten anzuerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten.

52

*Original: anglais***Für die Republik Ungarn:**

Die Delegation der Republik Ungarn behält ihrer Regierung das Recht vor, keine finanzielle Maßnahme anzuerkennen, die ungerichtfertigte Erhöhungen ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnte, und alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder der Union nicht an die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention oder der Vollzugsordnungen halten oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen, sowie das Recht, vor der Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) besondere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

53

*Original: anglais***Für Griechenland:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der 16. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation von Griechenland,

1. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,
 - a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und mit dem Völkerrecht vereinbar sind und die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Staatshoheit, ihrer souveränen und unveräußerlichen Rechte sowie ihrer

légitimes au cas où un Etat Membre de l'UIT n'observerait pas ou n'appliquerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des présents Actes finals et/ou des instruments de l'UIT (Constitution et/ou Convention et les annexes et le protocole facultatif qui y sont joints et/ou les Règlements administratifs), ou encore si des actions d'autres Etats, d'une entité publique ou privée ou d'une tierce partie portaient atteinte, de manière générale, à sa souveraineté et à ses intérêts nationaux;

- b) de formuler, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, toutes réserves auxdits Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification, et de n'être lié par aucune disposition desdits Actes finals et/ou des instruments de l'UIT limitant, de quelque manière que ce soit, son droit souverain de formuler de telles réserves.

2. que toutes les déclarations, sans exception, formulées par son Gouvernement au moment de la signature des Actes finals de la quatorzième Conférence de plénipotentiaires (additionnelle) (Genève, 1992) (numéros 50 et 73), de la quinzième Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) (numéros 73, 92 et 94) et de la Conférence mondiale des radiocommunications (Genève, 1997) (numéros 19, 26 et 91) restent inchangées et valables dans leur intégralité.

54

*Original: anglais***Pour la République de Zambie:**

La Délégation de la République de Zambie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un Etat Membre ou un Membre d'un Secteur de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient directement ou indirectement le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

55

*Original: anglais***Pour la République islamique du Pakistan:**

La Délégation de la République islamique du Pakistan, en signant les Actes finals de la présente Conférence, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, portaient atteinte à sa sécurité ou à sa souveraineté nationale ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

56

*Original: anglais***Pour Le Royaume du Lesotho:**

La Délégation du Royaume du Lesotho déclare, au nom du Gouvernement du Lesotho:

legitimen Interessen für erforderlich oder zweckmäßig hält, falls sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten der UIT in irgendeiner Weise nicht an diese Schlussakten und/oder die Übereinkünfte der UIT (Konstitution und/oder Konvention und ihre Anlagen und das ihnen beigefügte fakultative Protokoll und/oder die Vollzugsordnungen) halten oder falls Akte anderer Staaten oder irgendeiner öffentlichen oder privaten Organisation oder Dritter ihre nationale Souveränität und ihre Interessen im Allgemeinen berühren;

- b) nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Recht der Verträge Vorbehalte zu den oben genannten Schlussakten zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr angemessen erscheint zwischen dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation, und darüber hinaus keine Bestimmung der genannten Schlussakten und/oder der Übereinkünfte der UIT als für sich verbindlich anzuerkennen, die ihr souveränes Recht, Vorbehalte zu formulieren, in irgendeiner Weise einschränkt;

2. dass sämtliche Erklärungen, die ihre Regierung bei der Unterzeichnung der Schlussakten der 14. (Zusätzlichen) Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) (Nrn. 50 und 73), der 15. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) (Nrn. 73, 92 und 94) und der Weltweiten Funkkonferenz (Genf 1997) (Nrn. 19, 26 und 91) formuliert hat, unverändert und vollständig gültig bleiben.

54

*Original: englisch***Für die Republik Sambia:**

Die Delegation der Republik Sambia bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitgliedstaat oder irgendein Sektormitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder unmittelbar oder mittelbar das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

55

*Original: englisch***Für die Islamische Republik Pakistan:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten dieser Konferenz behält die Delegation der Islamischen Republik Pakistan ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder der dazugehörigen Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste, ihre nationale Sicherheit oder ihre Souveränität beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

56

*Original: englisch***Für das Königreich Lesotho:**

Die Delegation des Königreichs Lesotho erklärt im Namen der Regierung von Lesotho,

1. qu'elle n'acceptera aucune conséquence résultant des réserves formulées par un pays quel qu'il soit et réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires;

2. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, des Règlements administratifs ou du Règlement intérieur des conférences et autres réunions de l'UIT, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

57

*Original: espagnol***Pour le Mexique:**

La Délégation du Mexique, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger et sauvegarder ses droits souverains au cas où d'autres Etats Membres n'observeraient pas ou n'appliqueraient pas les dispositions des instruments fondamentaux de l'Union, de ses résolutions, décisions, recommandations et des annexes qui font partie des Actes finals de la présente Conférence;

2. de formuler des réserves auxdits Actes finals jusqu'à la date de leur ratification conformément aux dispositions de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités;

3. de n'accepter aucune conséquence financière qui entraîne une augmentation de l'unité contributive, ni le fait que l'application de décisions adoptées à la présente Conférence se traduise pour des services et des produits, par des dépenses supplémentaires inéquitables ou disproportionnées.

Par ailleurs, le Gouvernement du Mexique maintient et confirme les réserves qu'il a formulées lors de la signature des Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Genève, 1992 et Kyoto, 1994), ainsi que celles formulées à l'occasion de l'adoption et de la révision des Règlements administratifs, réserves qui doivent être considérées comme reproduites intégralement.

58

*Original: anglais***Pour la République tchèque:**

La Délégation de la République tchèque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Etat Membre ne prenait pas sa part des dépenses de l'Union ou n'observait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ou des annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou encore des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), ou, enfin, si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

59

*Original: anglais***Pour le Brunéi Darussalam:**

La Délégation du Brunéi Darussalam réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un pays n'observerait pas,

1. dass sie keine Folgen von Vorbehalten irgendeines Landes anerkennt und ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält;

2. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Länder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle oder der Vollzugsordnungen oder der Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen der Internationalen Fernmeldeunion halten und/oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

57

*Original: spanisch***Für Mexiko:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) behält die Delegation von Mexiko ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz und zur Wahrung ihrer souveränen Rechte für erforderlich hält, falls sich andere Mitgliedstaaten nicht an die Bestimmungen der Grundsatzdokumente der Union, der Entschlüssen, Entscheidungen, Empfehlungen und Anlagen halten, die Bestandteil der Schlussakten dieser Konferenz sind;

2. nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Recht der Verträge bis zum Zeitpunkt der Ratifikation dieser Schlussakten Vorbehalte zu formulieren;

3. keine finanziellen Auswirkungen anzuerkennen, die eine Erhöhung der Beitragseinheit nach sich ziehen können, und nicht zu akzeptieren, dass wegen der Anwendung der von dieser Konferenz angenommenen Entscheidungen zusätzliche, unbillige oder unverhältnismäßig große wirtschaftliche Belastungen für Dienste oder Produkte entstehen.

Ferner möchte die Regierung von Mexiko diejenigen Vorbehalte aufrechterhalten und bestätigen, die sie bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten von Genf (1992) und Kioto (1994) sowie bei der Annahme und Revision der Vollzugsordnungen formuliert hat, so als ob diese Vorbehalte hier in extenso abgedruckt wären.

58

*Original: englisch***Für die Tschechische Republik:**

Die Delegation der Tschechischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, ihrer Anlagen oder Protokolle oder der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

59

*Original: englisch***Für Brunei Darussalam:**

Die Delegation von Brunei Darussalam behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Land in irgend-

de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays nuisaient aux intérêts du Brunéi Darussalam ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La Délégation du Brunéi Darussalam réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler les réserves additionnelles qu'il estimera nécessaires, jusqu'au jour, inclusivement, de la ratification par le Brunéi Darussalam des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

60

*Original: anglais***Pour la République de Slovénie:**

La Délégation de la République de Slovénie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre ne prendrait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Kyoto (1994) et de Minneapolis (1998) ou de leurs annexes ou protocoles, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

61

*Original: anglais***Pour le Ghana:**

La Délégation de la République du Ghana, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre de l'Union n'observerait pas les dispositions des Actes finals ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

La Délégation de la République du Ghana réserve également à son Gouvernement le droit, si nécessaire, de formuler des réserves additionnelles aux présents Actes finals.

62

*Original: anglais***Pour la République slovaque:**

La Délégation de la République slovaque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre ne prendrait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Kyoto (1994) et de Minneapolis (1998) ou de leurs annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

einer Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder die Interessen von Brunei Darussalam verletzen oder eine Erhöhung des Beitrags dieses Landes zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Delegation von Brunei Darussalam ihrer Regierung das Recht vor, bis zu dem Zeitpunkt (einschließlich), zu dem Brunei Darussalam die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert, erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

60

*Original: englisch***Für die Republik Slowenien:**

Die Delegation der Republik Slowenien behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitgliedstaat seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Änderungsurkunden (Kioto 1994) und die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

61

*Original: englisch***Für Ghana:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) behält die Delegation der Republik Ghana ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied der Union nicht an die Bestimmungen der Schlussakten oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Ferner behält die Delegation der Republik Ghana ihrer Regierung das Recht vor, erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren.

62

*Original: englisch***Für die Slowakische Republik:**

Die Delegation der Slowakischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Änderungsurkunden (Kioto 1994) und die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

63

*Original: français
anglais
espagnol*

Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la Finlande, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Luxembourg, le Royaume des Pays-Bas, le Portugal, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et la Suède:

Les Délégués des Etats Membres de l'Union européenne déclarent que les Etats Membres de l'Union européenne appliqueront les instruments adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) conformément à leurs obligations au titre de traité instituant la Communauté économique européenne.

64

Original: anglais

Pour le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, l'Irlande, l'Islande, l'Italie, la République de Lettonie, la Principauté de Liechtenstein, le Royaume des Pays-Bas, le Portugal, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et l'Irlande du Nord, la Suède et la Confédération suisse:

Les Délégués des Etats Membres susmentionnés déclarent formellement, en ce qui concerne l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) tel qu'amendé par les instruments de Kyoto (1994) et de Minneapolis (1998), qu'elles maintiennent les réserves faites au nom de leurs Gouvernements respectifs lorsqu'elles ont signé les Règlements administratifs visés dans l'article 4.

65

Original: anglais

Pour la République de Chypre, le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, la Grèce, l'Irlande, l'Islande, l'Italie, la République de Lettonie, Malte, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la Roumanie, la Suède et la Turquie:

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998):

1. Les Délégués des pays susmentionnés déclarent, au nom de leurs Gouvernements respectifs, qu'elles n'acceptent aucune conséquence de réserves qui entraîneraient une augmentation de leur part contributive aux dépenses de l'Union;
2. les Délégués des pays susmentionnés réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de prendre toutes mesures qu'ils jugeront nécessaires pour sauvegarder leurs intérêts au cas où certains Etats Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par l'instrument de Kyoto (1994) et l'instrument de Minneapolis (1998) ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

66

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, la République de Chypre, le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, l'Irlande, l'Islande, l'Italie, la République de Lettonie, la Principauté de Liechtenstein, Malte, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la Roumanie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et la Confédération Suisse:

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), les Délégués des pays susmentionnés déclarent formellement qu'elles maintiennent les

63

*Original: français
anglais
espagnol*

Für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, das Königreich der Niederlande, Portugal, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und Schweden:

Die Delegationen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union erklären, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Urkunden in Übereinstimmung mit ihren aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeleiteten Verpflichtungen anwenden werden.

64

Original: englisch

Für Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Irland, Island, Italien, die Republik Lettland, das Fürstentum Liechtenstein, das Königreich der Niederlande, Portugal, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden und die Schweizerische Eidgenossenschaft:

Hinsichtlich des Artikels 54 der durch die Änderungsurkunden (Kioto 1994) und die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklären die Delegationen der oben genannten Mitgliedstaaten ausdrücklich, dass sie die Vorbehalte, die im Namen ihrer Regierungen bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrecht erhalten.

65

Original: englisch

Für die Republik Zypern, Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Griechenland, Irland, Island, Italien, die Republik Lettland, Malta, Norwegen, das Königreich der Niederlande, Rumänien, Schweden und die Türkei:

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)

1. erklären die Delegationen der oben genannten Länder im Namen ihrer Regierungen, dass sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
2. behalten die Delegationen der oben genannten Länder ihren Regierungen das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls sich ein Mitglied in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Änderungsurkunden (Kioto 1994) und die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

66

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Zypern, Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Irland, Island, Italien, die Republik Lettland, das Fürstentum Liechtenstein, Malta, Norwegen, das Königreich der Niederlande, Rumänien, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Schweizerische Eidgenossenschaft:

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) erklären die Delegationen der oben genannten Länder ausdrücklich, dass sie

déclarations et réserves que leurs pays respectifs ont formulées lors de la signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) et des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

67

*Original: anglais***Pour le Guyana:**

La Délégation du Guyana réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre n'observerait pas les dispositions des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) tels qu'adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) ou d'un instrument qui y est joint, ou encore si une réserve formulée par un autre pays compromettrait le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

68

*Original: anglais***Pour la Barbade:**

La Délégation de la Barbade réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts, au cas où un Membre n'observerait pas les dispositions des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) tels qu'adoptés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou d'un instrument qui y est joint, ou encore si une réserve formulée par un autre pays compromettrait le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

69

*Original: français***Pour la République du Niger:**

La Délégation du Niger à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires au cas où certains Etats Membres ou Membres des Secteurs manqueraient, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux instruments de l'Union internationale des télécommunications tels qu'adoptés à Minneapolis (novembre 1998) ou si des réserves formulées par des Etats Membres compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de n'accepter aucune conséquence résultant des réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

70

*Original: anglais***Pour la République arabe syrienne:**

La Délégation de la République arabe syrienne déclare que son Gouvernement se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto (1994) et des Actes finals de la présente Conférence (Minneapolis, 1998).

die von ihren Ländern bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) und der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) formulierten Erklärungen und Vorbehalte aufrechterhalten.

67

*Original: englisch***Für Guyana:**

Die Delegation von Guyana behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Übereinkunft halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

68

*Original: englisch***Für Barbados:**

Die Delegation von Barbados behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Übereinkunft halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

69

*Original: französisch***Für die Republik Niger:**

Die Delegation von Niger bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitgliedstaaten oder Sektormitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der in Minneapolis (November 1998) angenommenen Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitgliedstaaten das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. keine Auswirkungen von Vorbehalten anzuerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten.

70

*Original: englisch***Für die Arabische Republik Syrien:**

Die Delegation der Arabischen Republik Syrien erklärt, dass ihre Regierung sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) halten.

apolis, 1998), ou si les réserves formulées par un Membre compromettaient maintenant ou dans l'avenir, au moment de la ratification ou de l'adhésion aux instruments mentionnés ci-dessus, le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Syrie ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

71

*Original: anglais***Pour la République-Unie de Tanzanie:**

La Délégation de la République-Unie de Tanzanie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où des Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou d'un instrument qui y est joint, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

72

*Original: anglais***Pour la République du Botswana:**

La Délégation de la République du Botswana déclare, au nom du Gouvernement de la République du Botswana:

1. qu'elle se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et les amendements qui y ont été apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou d'autres instruments associés;

2. qu'elle n'acceptera aucune conséquence résultant d'une réserve formulée par un pays et qu'elle se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera appropriées.

73

*Original: espagnol***Pour la République du Venezuela:**

La Délégation de la République du Venezuela réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres, actuels ou futurs, ne respecteraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

Elle formule également des réserves concernant les articles des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) relatifs à l'arbitrage comme moyen de règlement des différends, conformément à la politique internationale du Gouvernement du Venezuela en la matière.

hält oder falls Vorbehalte, die ein Mitglied jetzt oder später, zum Zeitpunkt des Beitritts zu den oben genannten Urkunden oder der Ratifikation derselben, formuliert, die syrischen Fernmelde-dienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung des syrischen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

71

*Original: englisch***Für die Vereinigte Republik Tansania:**

Die Delegation der Vereinigten Republik Tansania bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungs-urkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Urkunde halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

72

*Original: englisch***Für die Republik Botswana:**

Die Delegation der Republik Botswana erklärt im Namen der Regierung der Republik Botswana,

1. dass sie dieser das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Länder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und aller hierzu von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) vorgenommenen Änderungen und/oder irgendwelcher anderen zu ihnen gehörigen Übereinkünfte halten;

2. dass sie keine Folgen von Vorbehalten irgendeines Landes anerkennt und ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält.

73

*Original: spanisch***Für die Republik Venezuela:**

Die Delegation der Republik Venezuela behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere, derzeitige oder zukünftige Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen der Änderungs-urkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Ferner formuliert sie Vorbehalte hinsichtlich derjenigen Artikel der Änderungs-urkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die die Schiedsgerichtsbarkeit als Möglichkeit zur Beilegung von Streitfällen betreffen, in Übereinstimmung mit der internationalen Politik, welche die Regierung von Venezuela in dieser Hinsicht verfolgt.

74

*Original: anglais***Pour la Turquie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République de Turquie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts, au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par un Etat Membre compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

75

*Original: anglais***Pour la République des Philippines:**

La Délégation de la République des Philippines réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires et suffisantes, conformément à sa législation nationale, pour protéger ses intérêts, au cas où des réserves formulées par des représentants d'autres Etats Membres compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou porteraient atteinte à ses droits en tant que pays souverain.

La Délégation des Philippines réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations et des réserves ou de prendre, au besoin, d'autres mesures appropriées avant le dépôt de l'instrument de ratification des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

76

*Original: anglais***Pour Malte:**

La Délégation de Malte réserve à son Gouvernement le droit de formuler des réserves additionnelles spécifiques concernant les présents Actes finals ou tout autre instrument découlant d'autres conférences pertinentes de l'UIT qui n'a pas encore été ratifié jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

77

*Original: anglais***Pour l'Etat d'Israël:**

1. La Délégation de l'Etat d'Israël réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts et pour sauvegarder le bon fonctionnement de ses services de télécommunication au cas où il serait compromis par les décisions ou les résolutions de la présente Conférence ou par des réserves formulées par d'autres délégations;
- b) de prendre toutes mesures pour se prévaloir de son droit de protéger ses intérêts, au cas où un Etat Membre n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou des annexes et protocoles qui y sont joints;

74

*Original: english***Für die Türkei:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) behält die Delegation der Republik Türkei ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitgliedstaates das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

75

*Original: english***Für die Republik der Philippinen:**

Die Delegation der Republik der Philippinen behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich und ausreichend hält, falls Vorbehalte von Vertretern anderer Mitgliedstaaten ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Rechte eines souveränen Landes schmälern.

Ferner behält die philippinische Delegation ihrer Regierung das Recht vor, irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren und/oder erforderlichenfalls andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, bevor die Ratifikationsurkunde zu den Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hinterlegt ist.

76

*Original: english***Für Malta:**

Die Delegation von Malta behält ihrer Regierung das Recht vor, besondere zusätzliche Vorbehalte zu diesen Schlussakten sowie zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion zu formulieren, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde.

77

*Original: english***Für den Staat Israel:**

1. Die Delegation des Staates Israel behält ihrer Regierung das Recht vor,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls Beschlüsse oder Entschlüsse dieser Konferenz oder Vorbehalte anderer Delegationen ihre Interessen berühren oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- b) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitgliedstaat nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält;

c) de prendre toutes autres mesures conformes à son système juridique.

2. Concernant le processus par lequel le Document 284 a été adopté par la Conférence de plénipotentiaires, la Délégation de l'Etat d'Israël formule au nom de son Gouvernement les objections suivantes:

- a) il n'a pas été tenu compte d'une demande expresse de la Délégation de l'Etat d'Israël qui souhaitait avoir l'avis juridique du secrétariat concernant la compétence de la Conférence pour voter sur le Document 284, conformément au numéro 405 de la Convention, bien que cette demande ait été appuyée par la Délégation des Etats-Unis d'Amérique;
- b) il n'a pas été tenu compte d'une demande expresse de la Délégation de l'Etat d'Israël qui souhaitait qu'il soit procédé à un vote par appel nominal concernant la question de la compétence visée au point a) ci-dessus, demande qui avait été appuyée par la Délégation des Etats-Unis conformément au numéro 420 de la Convention;
- c) la Conférence n'a procédé à aucun vote sur la question de sa compétence pour voter sur le Document 284 bien que cela ait été demandé, comme indiqué au point b) ci-dessus;
- d) le vote à bulletin secret qui a eu lieu concernant le Document 284 proprement dit n'est pas valable, car il a été demandé par trois délégations seulement et non par cinq délégations, comme le prescrit le numéro 422 de la Convention.

3. La Délégation de l'Etat d'Israël, au nom de son Gouvernement, s'élève contre la violation du numéro 193 de la Constitution intitulé «Arrangements particuliers» qui est implicite dans le Document 284.

4. La Délégation de l'Etat d'Israël, au nom de son Gouvernement, s'élève contre l'inclusion de la partie «considérant en outre» de la Résolution qui est contraire au droit et à la pratique internationaux, qui ne reflète pas une situation juridique factuelle et qui est donc inappropriée et risque de prêter à confusion.

5. La Délégation de l'Etat d'Israël, au nom de son Gouvernement, s'élève vivement contre l'emploi des mots «délégation palestinienne» au point 3 du dispositif de la Résolution. Il conviendrait de parler de «l'OLP», ce qui correspondrait au sens du membre de phrase apparaissant sous «décide», à savoir «que, tant que de nouvelles modifications n'auront pas été apportées au statut de la Palestine à l'UIT, les dispositions suivantes s'appliqueront». Le statu quo ne peut être préservé, conformément à l'intention expresse de la Résolution, que si l'OLP continue d'être considérée comme un observateur et non comme une délégation, car ce dernier terme s'applique exclusivement à des Etats Membres.

6. La Délégation de l'Etat d'Israël, au nom de son Gouvernement, proteste contre le non-respect général, par la Conférence, des procédures constitutionnelles prévues pour amender la Constitution et la Convention de l'UIT, que traduit le Document 284, tant quant aux procédures que quant au fond.

7. La Délégation de l'Etat d'Israël réserve à son Gouvernement le droit souverain d'interpréter et d'appliquer l'Accord intérimaire du 25 septembre 1995 et le Mémoire de Wye River du 23 octobre 1998, conformément à son interprétation de ces textes, pour ce qui est de la mise en oeuvre des questions de télécommunication entre la partie israélienne et la partie palestinienne.

8. La Délégation de l'Etat d'Israël réserve à son Gouvernement le droit souverain d'interpréter et d'appliquer le Document 284 conformément à son interprétation de la Résolution en question et conformément au paragraphe 1 ci-dessus.

c) alle anderen mit ihrem Rechtssystem in Einklang stehenden Maßnahmen zu treffen.

2. Was das Verfahren betrifft, nach dem das Dokument 284 von der Konferenz angenommen wurde, erhebt die Delegation des Staates Israel im Namen ihrer Regierung Einspruch hinsichtlich folgender Punkte:

- a) Ein konkreter Antrag der Delegation des Staates Israel, die ein Rechtsgutachten des Sekretariats zu der Frage verlangt hat, ob die Konferenz dafür zuständig ist, über das Dokument 284 abzustimmen (vgl. Nummer 405 der Konvention), wurde nicht berücksichtigt, obwohl dieser Antrag von der Delegation der Vereinigten Staaten unterstützt wurde;
- b) ein konkreter Antrag der Delegation des Staates Israel, die eine Abstimmung durch Namensaufruf über die in Buchstabe a erwähnte Zuständigkeitsfrage verlangt hat, wurde nicht berücksichtigt, ein Antrag, der von der Delegation der Vereinigten Staaten nach Nummer 420 der Konvention unterstützt wurde;
- c) die Konferenz hat über die Frage, ob die Konferenz für die Abstimmung über das Dokument 284 zuständig ist, nicht abgestimmt, obwohl eine solche Abstimmung, wie in Buchstabe b erwähnt, verlangt wurde;
- d) die geheime Abstimmung, die zum eigentlichen Dokument 284 stattfand, ist ungültig, weil sie nur von drei und nicht, wie in Nummer 422 der Konvention vorgeschrieben, von fünf Delegationen verlangt wurde.

3. Die Delegation des Staates Israel erhebt im Namen ihrer Regierung Einspruch gegen die Verletzung der Bestimmungen in Nummer 193 der Konstitution unter der Überschrift „Besondere Vereinbarungen“, die in Dokument 284 zum Ausdruck kommt.

4. Die Delegation des Staates Israel erhebt im Namen ihrer Regierung Einspruch gegen die Aufnahme des Absatzes „außerdem in Betracht“ in den Text der EntschlieÙung, da er dem Völkerrecht und der internationalen Praxis zuwiderläuft, nicht die tatsächliche Rechtslage widerspiegelt und deshalb irreführend und unangemessen ist.

5. Die Delegation des Staates Israel erhebt im Namen ihrer Regierung heftigen Widerspruch gegen die Benutzung der Wörter „die palästinensische Delegation“ in der EntschlieÙung (Punkt 3 unter „beschließt“). Sie müssten durch die Wörter „die PLO“ ersetzt werden. Diese Korrektur entspricht auch dem Satzteil hinter „beschließt“, in dem festgestellt wird, dass „bis zu einer weiteren Änderung des Status von Palästina in der UIT folgende Bestimmungen gelten“. Der Status quo kann, in Übereinstimmung mit der ausdrücklichen Intention der EntschlieÙung, nur dann beibehalten werden, wenn die PLO auch weiterhin als Beobachter und nicht als Delegation eingestuft wird, da letztere Bezeichnung ausschließlich für Mitgliedstaaten zutrifft.

6. Die Delegation des Staates Israel erhebt im Namen ihrer Regierung dagegen Einspruch, dass sich die Konferenz ganz allgemein nicht an die verfassungsmäßigen Verfahren für die Änderung der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält, was sich aus Dokument 284 ergibt, und zwar sowohl in verfahrensmäßiger als auch in sachlicher Hinsicht.

7. Die Delegation des Staates Israel behält ihrer Regierung das souveräne Recht vor, das Interimsabkommen vom 25. September 1995 und das Wye-River-Memorandum vom 23. Oktober 1998 hinsichtlich der Umsetzung der den Fernmeldebereich betreffenden Aspekte zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite entsprechend ihrer Interpretation dieser Texte auszulegen und anzuwenden.

8. Die Delegation des Staates Israel behält ihrer Regierung das souveräne Recht vor, das Dokument 284 entsprechend ihrer Interpretation dieser EntschlieÙung und in Übereinstimmung mit Absatz 1 auszulegen und anzuwenden.

78

*Original: espagnol***Pour l'Equateur:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), la Délégation de l'Equateur réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires, conformément à son droit souverain, à l'ordre juridique interne et au droit international, pour protéger ses intérêts au cas où ils seraient menacés de quelque manière que ce soit par quelque acte que ce soit d'autres Etats dans le cadre de l'application des dispositions des instruments de l'Union internationale des télécommunications.

79

*Original: français***Pour la République de Côte d'Ivoire:**

La Délégation de la République de Côte d'Ivoire réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si des Etats Membres n'observaient pas de quelque manière que ce soit les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998);
- b) de refuser les conséquences des réserves formulées dans les Actes finals de la présente Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) par d'autres Etats Membres et qui pourraient entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou qui pourraient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- c) de formuler des réserves ou de refuser toutes modifications apportées par la présente Conférence à la Constitution et à la Convention de l'Union qui pourraient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou affecter directement ou indirectement sa souveraineté;
- d) d'émettre des réserves pour tout autre instrument adopté par la présente Conférence.

80

*Original: anglais***Pour le Bangladesh:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), le délégué de la République populaire du Bangladesh réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre ou des Membres de l'Union n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions desdits Actes finals, de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications et des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement technique ou l'exploitation commerciale de ses services de télécommunication ou entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

81

*Original: espagnol***Pour Cuba:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) la Délégation de Cuba déclare:

78

*Original: spanisch***Für Ecuador:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) behält die Delegation von Ecuador ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie in Anbetracht ihrer Staatshoheit, ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung und des Völkerrechts für erforderlich hält, falls ihre Interessen in irgendeiner Weise durch irgendeine Handlung anderer Staaten im Rahmen der Anwendung der Bestimmungen der Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion beeinträchtigt werden.

79

*Original: français***Für die Republik Côte d'Ivoire:**

Die Delegation der Republik Côte d'Ivoire behält ihrer Regierung das Recht vor,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten;
- b) die Folgen der Vorbehalte abzulehnen, die andere Mitgliedstaaten in den Schlussakten dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) formuliert haben und die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen könnten;
- c) Vorbehalte zu formulieren oder Änderungen abzulehnen, die diese Konferenz an der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vorgenommen hat und durch die das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigt oder ihre Staatshoheit unmittelbar oder mittelbar berührt werden könnte;
- d) Vorbehalte zu jeder anderen von dieser Konferenz angenommenen Urkunde zu formulieren.

80

*Original: english***Für die Volksrepublik Bangladesch:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) behält die Delegation der Volksrepublik Bangladesch ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein oder mehrere Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Schlussakten, der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder den einwandfreien technischen und/oder kommerziellen Betrieb ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

81

*Original: spanisch***Für Kuba:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation der Republik Kuba Folgendes:

- que, devant la persistance des ingérences du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui impose des émissions de radiodiffusion et de télévision dirigées vers le territoire cubain à des fins politiques et de déstabilisation, en violation flagrante des dispositions et principes régissant les télécommunications mondiales, qui consistent notamment à faciliter la coopération internationale et le développement économique et social entre les peuples, et au détriment du bon fonctionnement et du développement normal des services de radiocommunication cubains, l'Administration cubaine se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera nécessaires;
- les conséquences des mesures que l'Administration cubaine se verra obligée de prendre en raison des actes illégaux du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique seront la responsabilité unique et entière de ce Gouvernement;
- qu'elle ne reconnaît en aucune manière la notification, l'inscription et l'utilisation de fréquences par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique sur la partie du territoire cubain de la province de Guantánamo, qui est occupée par la force et contre la volonté expresse du peuple et du Gouvernement cubains;
- qu'elle n'accepte pas le Protocole facultatif concernant le règlement des différends se rapportant à la Constitution, à la Convention et aux Règlements administratifs;
- qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), des Règlements administratifs ou du Règlement intérieur des conférences et autres réunions de l'UIT ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient, de quelque manière que ce soit, le bon fonctionnement des services de télécommunication de Cuba ou entraînaient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union. De même, la Délégation de Cuba réserve à son Gouvernement le droit de formuler toute déclaration ou réserve additionnelle qui pourrait se révéler nécessaire au moment où il déposera son instrument de ratification des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).
- Angesichts der fortdauernden Einmischung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die auf kubanisches Hoheitsgebiet gerichtete Ton- und Fernseh Rundfunksender einsetzt und damit politische und destabilisierende Ziele verfolgt, was in offener Verletzung der weltweit das Fernmeldewesen regelnden Bestimmungen und Grundsätze geschieht, insbesondere des Grundsatzes der Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Völker, und was außerdem dem normalen Betrieb und der normalen Entwicklung der eigenen, kubanischen Funkdienste schadet, behält sich die Verwaltung von Kuba das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angemessen hält;
- für die Folgen der Maßnahmen, die sich die kubanische Verwaltung angesichts der arglistigen Handlungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu ergreifen gezwungen sieht, ist einzig und allein die genannte Regierung verantwortlich;
- sie erkennt in keiner Weise die Anmeldung, Eintragung und Benutzung von Frequenzen durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in dem Teil des kubanischen Hoheitsgebiets der Provinz Guantánamo an, der gewaltsam und gegen den ausdrücklichen Willen des kubanischen Volkes und der kubanischen Regierung besetzt wird;
- sie erkennt das fakultative Protokoll über die Beilegung von Streitfällen, die diese Konstitution, die Konvention und die Vollzugsordnungen betreffen, nicht an;
- sie behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitgliedsländer in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), der Vollzugsordnungen oder der Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder die Fernmeldedienste von Kuba in irgendeiner Weise beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Kuba zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen. Ferner behält die Delegation von Kuba ihrer Regierung das Recht vor, alle zusätzlichen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, die sich zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu den Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) als erforderlich erweisen könnten.

82

*Original: anglais***Pour le Canada:**

La Délégation du Canada réserve à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations ou des réserves au moment du dépôt de ses instruments de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998).

83

*Original: anglais***Pour la Nouvelle-Zélande:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), la Délégation de la Nouvelle-Zélande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des Actes finals ou si les réserves formulées par un autre pays portaient préjudice ou atteinte aux

82

*Original: englisch***Für Kanada:**

Die Delegation von Kanada behält ihrer Regierung das Recht vor, irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, während ihre Ratifikationsurkunden zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) hinterlegt werden.

83

*Original: englisch***Für Neuseeland:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) behält die Delegation von Neuseeland ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere Länder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Schlussakten halten oder falls Vorbehalte anderer Länder die Interessen von Neuseeland ver-

intérêts de la Nouvelle-Zélande. La Nouvelle-Zélande se réserve en outre le droit de formuler des réserves et des déclarations précises pertinentes avant la ratification des Actes finals.

84

*Original: anglais***Pour la République fédérale d'Allemagne:**

1. La Délégation de la République fédérale d'Allemagne réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respectaient pas, de quelque autre manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

2. La Délégation de la République fédérale d'Allemagne déclare, à propos de l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), qu'elle maintient les réserves formulées au nom de la République fédérale d'Allemagne lors de la signature des Règlements visés à l'article 4.

85

*Original: français***Pour la République fédérale islamique des Comores:**

La Délégation de la République fédérale islamique des Comores réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si:

1. des Membres n'observaient pas de quelque manière que ce soit les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou les annexes et protocoles qui y sont joints;

2. des réserves déposées ou d'autres mesures prises par d'autres Gouvernements devaient avoir pour conséquence de porter atteinte au bon fonctionnement de ses services de télécommunication, de conduire à une augmentation de ses parts contributives aux dépenses de l'Union ou d'affecter directement ou indirectement sa souveraineté.

86

*Original: français***Pour la République du Sénégal:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République du Sénégal déclare, au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements ayant pour conséquence l'augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La République du Sénégal se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera utiles à la sauvegarde de ses intérêts au cas où certains Etats Membres y compris les Membres des Secteurs sous leur juridiction n'observeraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou au cas où les réserves émises par d'autres pays tendraient à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

Le Sénégal réitère et reprend implicitement toutes les réserves et déclarations formulées lors de conférences administratives

letzen oder beeinträchtigen. Ferner behält Neuseeland sich das Recht vor, vor der Ratifikation der Schlussakten geeignete besondere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

84

*Original: englisch***Für die Bundesrepublik Deutschland:**

1. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

2. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erklärt im Hinblick auf Artikel 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), dass sie die Vorbehalte, die im Namen der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

85

*Original: französisch***Für die Islamische Bundesrepublik Komoren:**

Die Delegation der Islamischen Bundesrepublik Komoren behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält,

1. falls sich Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten;

2. falls Vorbehalte oder andere Maßnahmen anderer Regierungen das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen, eine Erhöhung ihrer Beiträge zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren.

86

*Original: französisch***Für die Republik Senegal:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) erklärt die Delegation der Republik Senegal im Namen ihrer Regierung, dass sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Die Republik Senegal behält sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitgliedstaaten, einschließlich der Sektormitglieder, für die sie zuständig sind, nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder dazu führen, dass das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigt wird.

Senegal wiederholt und übernimmt hiermit durch Bezugnahme alle bei weltweiten Verwaltungskonferenzen und weltweiten

mondiales ou de conférences mondiales des radiocommunications avant la signature des présents Actes finals.

Le Sénégal ne saurait consentir, par la signature ou par toute ratification ultérieure des amendements à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), à être lié par les Règlements administratifs adoptés avant la date de signature des présents Actes finals. Le Sénégal ne saurait être considéré comme ayant consenti à être lié par les révisions des Règlements administratifs, partielles ou totales, adoptées après la date de signature des présents Actes finals, s'il n'a pas expressément notifié à l'Union internationale des télécommunications son consentement à être lié.

87

*Original: anglais***Pour la République de l'Inde:**

1. En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République de l'Inde déclare n'accepter pour son Gouvernement aucune conséquence financière résultant de réserves qui pourraient être formulées par un Membre sur des questions relatives aux finances de l'Union.

2. Par ailleurs, la Délégation de la République de l'Inde réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, une ou plusieurs des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des amendements apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), ou des Règlements administratifs.

88

*Original: anglais***Pour la Papouasie-Nouvelle-Guinée:**

La Délégation de la Papouasie-Nouvelle-Guinée réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) amendées par les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), telles qu'amendées par les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par un Membre de l'Union compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Papouasie-Nouvelle-Guinée, portaient atteinte à sa souveraineté ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

89

*Original: anglais***Pour la République de Maurice*):**

La Délégation de la République de Maurice, en signant les Actes finals de la présente Conférence, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plé-

*) Note du Secrétariat général – La République de Maurice n'a pas signé les Actes finals de la Conférence.

Funkkonferenzen vor der Unterzeichnung dieser Schlussakten formulierten Erklärungen und Vorbehalte.

Weder durch die Unterzeichnung noch durch eine spätere Ratifikation der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention erkennt die Republik Senegal die vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommenen Vollzugsordnungen als für sich verbindlich an. Ebenso wenig kann die Republik Senegal so angesehen werden, als hätte sie die teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommen werden, als für sich verbindlich anerkannt, solange sie der Internationalen Fernmeldeunion nicht durch eine besondere Notifikation mitgeteilt hat, dass sie diese als für sich verbindlich anerkennt.

87

*Original: englisch***Für die Republik Indien:**

1. Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) erkennt die Delegation der Republik Indien für ihre Regierung keine finanziellen Auswirkungen irgendwelcher Vorbehalte an, die von einem Mitglied hinsichtlich der Finanzen der Union formuliert werden könnten.

2. Ferner behält die Delegation der Republik Indien ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an eine oder mehrere Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und an die hierzu von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) vorgenommenen Änderungen oder die Vollzugsordnungen hält.

88

*Original: englisch***Für Papua-Neuguinea:**

Die Delegation von Papua-Neuguinea behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) und die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder der Union die Fernmeldedienste von Papua-Neuguinea beeinträchtigen, ihre Staatshoheit verletzen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

89

*Original: englisch***Für die Republik Mauritius*):**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten dieser Konferenz behält die Delegation der Republik Mauritius ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion

*) Anmerkung des Generalsekretariats – Die Republik Mauritius hat die Schlussakten der Konferenz nicht unterzeichnet.

potentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes qui y sont jointes, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, portaient atteinte à ses intérêts nationaux, à sa sécurité ou à sa souveraineté ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

90

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent à la section 16 de l'article 32 de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et relèvent que, lors de l'examen des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), ils seront peut-être amenés à formuler des réserves ou des déclarations additionnelles. En conséquence, les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de formuler des déclarations ou des réserves additionnelles au moment du dépôt de leur instrument de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

Les Etats-Unis d'Amérique réitèrent et incorporent par référence toutes les réserves et déclarations formulées lors de conférences administratives mondiales ou de conférences mondiales des radiocommunications avant la signature des présents Actes finals.

Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient consentir, par la signature ou par toute ratification ultérieure des amendements à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), à être liés par les Règlements administratifs adoptés avant la date de signature des présents Actes finals. Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient être considérés comme ayant consenti à être liés par les révisions partielles ou totales, des Règlements administratifs adoptés après la date de signature des présents Actes finals, s'ils n'ont pas expressément notifié à l'Union internationale des télécommunications leur consentement à être liés.

91

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique déploieront tous les efforts raisonnables pour se conformer aux procédures de recouvrement des coûts exposées dans les Résolutions 95 (Minneapolis, 1998) et 73 (Minneapolis, 1998), mais déclarent qu'ils ont le droit de ne pas s'y conformer s'agissant de réseaux ou de systèmes à satellites qui transmettent des télécommunications d'Etat au sens du numéro 1014 de l'annexe de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

92

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent à la Résolution 72 (Minneapolis, 1998) et prennent note avec inquiétude des mesures prises par la présente Conférence à ce sujet. Les Etats-Unis d'Amérique réaffirment que la Résolution 72 (Minneapolis, 1998) soulève des questions d'ordre juridique, en particulier en ce qui concerne sa conformité aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992). Les Etats-Unis d'Amérique déplorent que les travaux techniques de la présente Conférence aient pu être perturbés par des questions politiques.

(Genf 1992) ou de leurs Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen, ihre nationalen Interessen, ihre nationale Sicherheit oder Staatshoheit berühren oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

90

*Original: englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf Artikel 32 Abschnitt 16 der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und weisen darauf hin, dass sie es bei der Prüfung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) für erforderlich erachten könnten, zusätzliche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren. Infolgedessen behalten die Vereinigten Staaten von Amerika sich das Recht vor, zusätzliche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, während ihre Ratifikationsurkunden zu den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) hinterlegt werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika wiederholen und übernehmen hiermit durch Bezugnahme alle bei weltweiten Verwaltungskonferenzen und weltweiten Funkkonferenzen vor der Unterzeichnung dieser Schlussakten formulierten Vorbehalte und Erklärungen.

Weder durch die Unterzeichnung noch durch eine spätere Ratifikation oder durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention erkennen die Vereinigten Staaten von Amerika die vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommenen Vollzugsordnungen als für sich verbindlich an. Ebenso wenig können die Vereinigten Staaten von Amerika so angesehen werden, als hätten sie die teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommen werden, als für sich verbindlich anerkannt, solange die Vereinigten Staaten von Amerika der Internationalen Fernmeldeunion nicht durch eine besondere Notifikation mitgeteilt haben, dass sie diese als für sich verbindlich anerkennen.

91

*Original: englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika unternehmen alle vernünftigen Anstrengungen, um sich an die in den Entschlüssen 95 (Minneapolis 1998) und 73 (Minneapolis 1998) dargelegten Verfahren der Kostendeckung zu halten, sie erklären jedoch, dass sie für sich das Recht in Anspruch nehmen, sich nicht an diese Verfahren zu halten, wenn es um Satellitennetze oder -systeme geht, über die Staatsfernmeldeverbindungen im Sinne der Nummer 1014 der Anlage zur Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) übertragen werden.

92

*Original: englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf Entschlüsselung 72 (Minneapolis 1998) und nehmen mit Besorgnis die diesbezüglich von dieser Konferenz getroffenen Maßnahmen zur Kenntnis. Die Vereinigten Staaten von Amerika wiederholen ihre Meinung, derzufolge Entschlüsselung 72 (Minneapolis 1998) juristische Fragen aufwirft, insbesondere hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992). Des Weiteren bedauern die Vereinigten Staaten, dass politische Fragen die technische Arbeit dieser Konferenz stören könnten.

93

*Original: français***Pour la France:**

I

La Délégation française réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon de se conformer aux dispositions des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que modifiées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), adoptés par la présente Conférence (Minneapolis, 1998), ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

II

La Délégation française déclare formellement que, pour ce qui concerne la France, l'application à titre provisoire ou définitif des amendements aux Règlements administratifs de l'Union telle que définie à l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telle qu'amendée par les instruments de Kyoto (1994), et amendée par les instruments de Minneapolis (1998), s'entend dans la mesure autorisée par le droit national.

94

*Original: anglais***Pour l'Australie:**

La Délégation de l'Australie déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations ou réserves au moment du dépôt de ses instruments de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998).

95

*Original: russe***Pour la République d'Arménie, la République du Bélarus, la République du Kazakstan et la Fédération de Russie:**

Les Délégations des pays ci-dessus réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et de prendre toutes mesures qu'ils jugeront nécessaires pour protéger leurs intérêts si un Membre de l'Union n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de leur contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

96

*Original: anglais***Pour le Japon:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), sous réserve d'une ratification officielle, la Délégation du Japon réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la

93

*Original: français***Für Frankreich:**

I

Die französische Delegation behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von dieser Konferenz (Minneapolis 1998) angenommenen Änderungen zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

II

Die französische Delegation erklärt ausdrücklich, dass für Frankreich die Änderungen zu den Vollzugsordnungen der Union in dem Maß, in dem die innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies zulassen, vorläufig oder endgültig gelten, wie dies in Artikel 54 der durch die Urkunden von Kioto (1994) und durch die Urkunden von Minneapolis (1998) geänderten Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) definiert ist.

94

*Original: englisch***Für Australien:**

Die Delegation von Australien erklärt, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, während ihre Ratifikationsurkunden zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) hinterlegt werden.

95

*Original: russisch***Für die Republik Armenien, die Republik Belarus, die Republik Kasachstan und die Russische Föderation:**

Die Delegationen der oben genannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, zu dem Zeitpunkt, zu dem die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert werden, irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

96

*Original: englisch***Für Japan:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) und vorbehaltlich ihrer offiziellen Ratifikation behält die Delegation von Japan ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die

Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes qui y sont jointes, ou si des réserves formulées par d'autres pays nuisaient de quelque manière que ce soit à ses intérêts.

97

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, la République de l'Inde, le Japon, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Les délégations des pays susmentionnés considèrent que la Résolution 78 (Minneapolis, 1998) relative à la facturation interne des coûts d'activités entreprises par le BDT à la demande du Secrétariat général ou d'un Secteur de l'UIT a des conséquences importantes pour la gestion de l'Union. Ces conséquences n'ont pas été examinées par la Conférence de plénipotentiaires et les pays susmentionnés ne considèrent pas que le Secrétaire général et les directeurs des Bureaux sont liés par ladite Résolution.

98

Original: anglais

Pour l'Etat d'Israël:

1. La Déclaration N° 40 faite par certaines délégations concernant les Actes finals est en contradiction flagrante avec les principes et buts de l'Union internationale des télécommunications et est donc dénuée de toute valeur juridique.

2. La Délégation de l'Etat d'Israël, au nom de son Gouvernement, tient à souligner que l'Etat d'Israël rejette totalement cette déclaration qui politise et sape les travaux de l'UIT. La Délégation de l'Etat d'Israël continuera de considérer que cette déclaration n'a aucune incidence sur les droits et obligations d'un quelconque Etat Membre de l'UIT.

3. La Délégation de l'Etat d'Israël, au nom de son Gouvernement, adoptera, sur le fond de la question, à l'égard des Membres dont les délégations ont fait la déclaration susmentionnée, une attitude de totale réciprocité.

4. La Délégation de l'Etat d'Israël réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où certains Etats Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observeraient pas, de quelque autre manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

5. La Délégation de l'Etat d'Israël, au nom de son Gouvernement, ne consent pas à ce que, par la signature ou par toute ratification ultérieure des amendements à la Constitution et à la Convention adoptés par la présente Conférence, son Gouvernement soit lié par les Règlements administratifs adoptés avant la date de signature des présents Actes finals. L'Etat d'Israël ne devra pas davantage être considéré comme ayant consenti à être lié par les révisions, partielles ou intégrales, des règlements administratifs adoptés postérieurement à la date de signature des présents Actes finals, à moins qu'il ne notifie expressément à l'UIT son consentement à être lié.

6. Par ailleurs, après avoir pris note de diverses autres déclarations, la Délégation de l'Etat d'Israël réserve à son Gouverne-

Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

97

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Indien, Japan und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:

Die Delegationen der oben genannten Länder sind der Ansicht, dass Entschließung 78 (Minneapolis 1998) über die interne Verrechnung der Kosten für die Tätigkeiten, die das BDT auf Ersuchen des Generalsekretariats oder eines Sektors der UIT wahrnimmt, bedeutsame Folgen für die Verwaltung der Union haben wird. Diese Folgen wurden von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten nicht untersucht, und die oben genannten Länder sind nicht der Ansicht, dass diese Entschließung für den Generalsekretär und für die Direktoren der Büros verbindlich ist.

98

Original: englisch

Für den Staat Israel:

1. Die von einigen Delegationen formulierte Erklärung Nr. 40 zu den Schlussakten steht in offenkundigem Widerspruch zu den Grundsätzen und Zielen der Internationalen Fernmeldeunion und ist deshalb juristisch wertlos.

2. Die Delegation des Staates Israel möchte im Namen ihrer Regierung offiziell mitteilen, dass sie diese Erklärung rundweg ablehnt, da sie die Arbeit der Internationalen Fernmeldeunion politisiert und unterminiert. Die Delegation des Staates Israel ist der Meinung, dass diese Erklärung hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion von keinerlei Bedeutung ist.

3. Was den Kern der Angelegenheit betrifft, so wird das Verhalten der Delegation des Staates Israel, die im Namen ihrer Regierung handelt, gegenüber den Mitgliedern, deren Delegationen die oben genannte Erklärung formuliert haben, vom Grundsatz der absoluten Gegenseitigkeit geprägt sein.

4. Die Delegation des Staates Israel behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Änderungsurkunden (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

5. Weder durch die Unterzeichnung noch durch eine spätere Ratifikation der durch diese Konferenz angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention erkennt die Delegation des Staates Israel, die im Namen ihrer Regierung handelt, die vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommenen Vollzugsordnungen als für sich verbindlich an. Ebenso wenig kann der Staat Israel so angesehen werden, als hätte er die teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommen werden, als für sich verbindlich anerkannt, solange der Staat Israel der Internationalen Fernmeldeunion nicht durch eine besondere Notifikation mitgeteilt hat, dass er diese als für sich verbindlich anerkennt.

6. Ferner behält die Delegation des Staates Israel – nachdem sie von verschiedenen anderen bereits hinterlegten Erklärungen

ment le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts et sauvegarder le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, au cas où les décisions de la présente Conférence ou les réserves émises par d'autres délégations y porteraient atteinte.

99

*Original: français***Pour la République islamique de Mauritanie:**

Après avoir pris connaissance du Document 311, la Délégation de la République islamique de Mauritanie réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute disposition nécessaire pour préserver ses intérêts nationaux, si certains Etats Membres ne respectaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou si des réserves émises par d'autres Etats Membres ne s'avéraient pas conformes à son souci cardinal de faire fonctionner son réseau des télécommunications de la manière la plus idoine;

2. d'accepter ou non les incidences financières qui découlent des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) ou des réserves faites par d'autres Etats Membres.

La Délégation mauritanienne déclare également que la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ainsi que tout amendement apporté par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) à ses instruments sont sujets à la ratification par les institutions nationales compétentes.

La Délégation mauritanienne demande que le nom de la Mauritanie soit supprimé de la Déclaration N° 40.

100

*Original: anglais***Pour la République de Namibie:**

Après avoir examiné les déclarations figurant dans le Document 311, la Délégation de la République de Namibie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera appropriées pour préserver ses intérêts.

La Délégation de la Namibie réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations et réserves lors du dépôt de ses instruments de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998).

101

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent aux déclarations faites par plusieurs Membres et se réservent le droit de prendre toutes mesures qu'ils pourront juger nécessaires pour protéger leurs intérêts en ce qui concerne l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des amendements qui y ont été apportés. Les Etats-Unis d'Amérique se réservent également le droit de prendre toutes mesures qu'ils jugeront nécessaires pour protéger leurs intérêts à cet égard.

Kenntnis genommen hat – ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls Beschlüsse dieser Konferenz oder Vorbehalte anderer Delegationen ihre Interessen berühren oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

99

*Original: français***Für die Islamische Republik Mauretanien:**

Nachdem die Delegation der Islamischen Republik Mauretanien vom Dokument 311 Kenntnis genommen hat, behält sie ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle zur Wahrung ihrer nationalen Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten mit ihrem vordringlichen Anliegen, ihr Fernmeldenetz so zufrieden stellend wie möglich zu betreiben, nicht vereinbar sind;

2. die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) oder aus Vorbehalten anderer Mitgliedstaaten ergeben.

Ferner erklärt die mauretanische Delegation, dass die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sowie jede von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) vorgenommene Änderung an diesen Grundsatzdokumenten von den zuständigen nationalen Institutionen ratifiziert werden müssen.

Die mauretanische Delegation beantragt, dass der Name Mauretanien in der Erklärung Nr. 40 gestrichen wird.

100

*Original: englisch***Für die Republik Namibia:**

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 311 enthaltenen Erklärungen behält die Delegation der Republik Namibia bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) der Regierung der Republik Namibia das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält.

Ferner behält die namibische Delegation der Regierung der Republik Namibia das Recht vor, irgendwelche Erklärungen und Vorbehalte zu formulieren, während ihre Ratifikationsurkunde zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) hinterlegt wird.

101

*Original: englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf die Erklärungen verschiedener Mitglieder, die sich das Recht vorbehalten, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der hierzu vorgenommenen Änderungen für erforderlich halten. Die Vereinigten Staaten von Amerika behalten sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten in Erwiderung solcher Maßnahmen für erforderlich halten.

102

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Ayant pris note de la Déclaration N° 81 de la Délégation de Cuba, les Etats-Unis d'Amérique rappellent qu'ils ont le droit de diffuser des émissions vers Cuba sur des fréquences appropriées sans perturbations ou autres brouillages préjudiciables et réservent leurs droits en ce qui concerne les brouillages actuels et les brouillages futurs qui pourraient être causés par Cuba aux émissions des Etats-Unis. En outre, les Etats-Unis d'Amérique notent que leur présence à Guantanamo est régie par un accord international en vigueur actuellement et se réservent le droit de répondre à leurs besoins de radiocommunication à Guantanamo comme ils l'ont fait par le passé.

103

*Original: anglais***Pour la République démocratique fédérale d'Ethiopie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République démocratique fédérale d'Ethiopie, ayant examiné les déclarations contenues dans le Document 311 de la Conférence, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts.

La Délégation éthiopienne réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou toute réserve qu'il jugera nécessaire lors du dépôt de son instrument de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998).

104

*Original: anglais***Pour la République de Chypre:**

Ayant examiné les déclarations contenues dans le Document 311 de la Conférence, la Délégation de la République de Chypre réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres de l'Union ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992) et/ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, tels qu'amendés par les instruments de 1994 (Kyoto) et de 1998 (Minneapolis), ou encore si des réserves formulées par d'autres pays entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, ou si toute autre mesure que prendrait ou envisagerait de prendre une personne physique ou morale portait directement ou indirectement atteinte à sa souveraineté.

La Délégation de la République de Chypre réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire toute autre déclaration ou réserve jusqu'à ce que les instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et aux instruments de 1994 (Kyoto) soient ratifiés par la République de Chypre.

105

*Original: anglais***Pour la République fédérale du Nigéria:**

Ayant pris note du Document 311, la Délégation de la République fédérale du Nigéria à la Conférence de plénipotentiaires

102

*Original: anglais***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Angesichts der Erklärung 81 der Delegation von Kuba erinnern die Vereinigten Staaten von Amerika an ihr Recht, auf geeigneten Frequenzen ohne vorsätzliche Störungen oder andere schädliche Störungen in Richtung Kuba zu senden, und sie behalten sich hinsichtlich vorhandener oder irgendwelcher zukünftiger, von Kuba bei den Aussendungen der Vereinigten Staaten verursachter Störungen das Recht vor, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Vereinigten Staaten von Amerika weisen ferner darauf hin, dass ihre Anwesenheit in Guantánamo auf einem geltenden internationalen Übereinkommen beruht und dass die Vereinigten Staaten von Amerika sich das Recht vorbehalten, ihren Bedürfnissen im Funkbereich in dieser Provinz wie bisher nachzukommen.

103

*Original: anglais***Für die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien:**

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 311 enthaltenen Erklärungen behält die Delegation der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält.

Ferner behält die äthiopische Delegation ihrer Regierung das Recht vor, irgendwelche Erklärungen und Vorbehalte zu formulieren, während ihre Ratifikationsurkunde zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) hinterlegt wird.

104

*Original: anglais***Für die Republik Zypern:**

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 311 enthaltenen Erklärungen behält die Delegation der Republik Zypern ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die durch die Änderungsurkunden (Kioto 1994) und die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) geänderten Bestimmungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) und/oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder falls andere von einer natürlichen oder juristischen Person getroffene oder beabsichtigte Maßnahmen ihre Staatshoheit unmittelbar oder mittelbar verletzen.

Ferner behält die Delegation der Republik Zypern ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sowie zu den Änderungsurkunden (Kioto 1994) durch die Republik Zypern irgendwelche anderen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

105

*Original: anglais***Für die Bundesrepublik Nigeria:**

Nachdem die Delegation der Bundesrepublik Nigeria bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen

de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), en signant les Actes finals de ladite conférence, réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays, ou quelque manquement, compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de n'accepter aucune conséquence résultant de réserves faites par d'autres Membres susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

106

*Original: anglais***Pour la République de Corée:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation de la République de Corée, ayant examiné les déclarations et les réserves contenues dans le Document 311 de la Conférence, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où ces déclarations et ces réserves seraient contraires à ses intérêts de quelque façon.

107

*Original: anglais***Pour le Royaume du Bhoutan:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), la Délégation du Royaume du Bhoutan ayant pris note du Document 311 réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou des annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par un Membre compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume du Bhoutan ou portaient atteinte à ses droits souverains.

108

*Original: anglais***Pour la République fédérative du Brésil:**

Ayant examiné les déclarations contenues dans le Document 311, la Délégation du Brésil déclare que, conformément aux dispositions de la Constitution du Brésil, la signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) doit être ratifiée par le Congrès national.

109

*Original: espagnol***Pour le Chili:**

Ayant pris connaissance du Document 311, la Délégation du Chili, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis 1998), affirme au nom de son Gouvernement son droit

Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) vom Dokument 311 Kenntnis genommen hat, behält sie bei der Unterzeichnung der Schlussakten dieser Konferenz ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder oder irgendein Versäumnis das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. keinerlei Verantwortung für Folgen anzuerkennen, die sich aus irgendwelchen Vorbehalten anderer Mitglieder ergeben und die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten.

106

*Original: englisch***Für die Republik Korea:**

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 311 enthaltenen Erklärungen und Vorbehalte behält die Delegation der Republik Korea bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) der Regierung der Republik Korea das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls diese Erklärungen und Vorbehalte in irgendeiner Weise ihre Interessen beeinträchtigen.

107

*Original: englisch***Für das Königreich Bhutan:**

Nachdem die Delegation des Königreichs Bhutan vom Dokument 311 Kenntnis genommen hat, behält sie bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) ihrer königlichen Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder der Union die Fernmeldedienste des Königreichs Bhutan beeinträchtigen und seine Hoheitsrechte berühren.

108

*Original: englisch***Für die Föderative Republik Brasilien:**

Nach Prüfung der im Dokument 311 enthaltenen Erklärungen erklärt die Delegation von Brasilien, dass, in Übereinstimmung mit der brasilianischen Verfassung, die Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) vorbehaltlich der Ratifikation durch das Parlament erfolgt.

109

*Original: spanisch***Für Chile:**

Nachdem die Delegation von Chile vom Dokument 311 Kenntnis genommen hat, erklärt sie bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) im

de formuler les réserves qui seront nécessaires avant la ratification desdits Actes finals afin de protéger ses intérêts nationaux et au cas où une quelconque des dispositions serait contraire à son droit interne.

110

*Original: anglais***Pour la République démocratique populaire Lao:**

Après avoir examiné les déclarations figurant dans le Document 311, la Délégation de la République démocratique populaire Lao réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour préserver ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), de leurs annexes et des protocoles qui y sont joints, ou si une réserve faite par un Etat Membre compromettrait ses services de télécommunication ou avait pour conséquence d'augmenter sa contribution aux dépenses de l'UIT.

111

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Danemark, la République d'Estonie, les Etats-Unis d'Amérique, la Finlande, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Islande, l'Italie, le Japon, la Principauté de Liechtenstein, le Luxembourg, Malte, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, le Portugal, la République slovaque, la République tchèque, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la Suède et la Confédération suisse:

Les Délégations des Etats susmentionnés se réfèrent à la Déclaration de la République de Colombie (N° 50) et considèrent, pour autant que cette déclaration et toute déclaration analogue se réfèrent à la Déclaration de Bogota signée le 3 décembre 1976 par les pays équatoriaux ainsi qu'aux demandes formulées par ces pays en vue d'exercer des droits souverains sur des parties de l'orbite des satellites géostationnaires, que ces demandes ne sauraient être reconnues par la présente Conférence.

En outre, les Délégations des Etats susmentionnés souhaitent confirmer ou renouveler la déclaration faite par plusieurs délégations (N° 92) à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), les déclarations faites aux conférences qui y sont mentionnées, déclarations qui doivent être considérées comme reproduites ici dans leur intégralité.

Les Délégations des Etats susmentionnés souhaitent également indiquer que la mention de «la situation géographique de certains pays» à l'article 44 de la Constitution ne vaut pas reconnaissance d'une demande de droits préférentiels quelconques sur l'orbite des satellites géostationnaires.

112

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la République d'Estonie, la Finlande, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, la Principauté de Liechtenstein, le Luxembourg, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, le Portugal, la République slovaque, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la Suède, la Confédération suisse et la Turquie:

S'agissant de la Déclaration N° 91 faite par les Etats-Unis d'Amérique, les Délégations des Etats susmentionnés n'acceptent pas qu'une distinction soit établie entre les réseaux à satel-

Namen ihrer Regierung, dass diese sich das Recht vorbehält, vor der Ratifikation der genannten Schlussakten alle Vorbehalte zu formulieren, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Bestimmungen im Widerspruch zu ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften stehen.

110

*Original: englisch***Für die Demokratische Volksrepublik Laos:**

Nach Prüfung der im Dokument 311 enthaltenen Erklärungen behält die Delegation der Demokratischen Volksrepublik Laos ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls irgendwelche Vorbehalte irgendwelcher Mitgliedstaaten ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion nach sich ziehen.

111

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, die Republik Estland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, das Fürstentum Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Norwegen, das Königreich der Niederlande, die Republik Polen, Portugal, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden und die Schweizerische Eidgenossenschaft:

Die Delegationen der oben genannten Staaten beziehen sich auf die Erklärung der Republik Kolumbien (Nr. 50), soweit sich diese Erklärung und irgendwelche ähnlichen Erklärungen auf die am 3. Dezember 1976 von den Äquatorialländern unterzeichnete Erklärung von Bogotá und auf die Forderung dieser Länder nach Ausübung souveräner Rechte über Teile der Umlaufbahn der geostationären Satelliten beziehen, und sind der Auffassung, dass diese Konferenz diese Forderung nicht anerkennen darf.

Ferner möchten die Delegationen der oben genannten Länder diejenige Erklärung bestätigen oder erneuern, die von einer Reihe von Delegationen bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) formuliert worden ist (Nr. 92), sowie die Erklärungen, die bei den in dieser Erklärung genannten Konferenzen formuliert worden sind, so als ob diese Erklärungen hier in extenso wiedergegeben wären.

Die Delegationen der oben genannten Länder möchten außerdem erklären, dass der Hinweis auf die „geographische Lage bestimmter Länder“ in Artikel 44 der Konstitution keine Anerkennung der Forderung nach irgendwelchen Vorzugsrechten auf der Umlaufbahn der geostationären Satelliten einschließt.

112

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, die Republik Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, das Fürstentum Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, das Königreich der Niederlande, Portugal, die Slowakische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Türkei:

Die Delegationen der oben genannten Staaten beziehen sich auf die Erklärung der Vereinigten Staaten von Amerika (Nr. 91) und sind nicht damit einverstanden, dass zwischen Satelliten-

lite qui transmettent des télécommunications d'Etat et les autres et réservent le droit de leurs Gouvernements respectifs de prendre toutes les mesures appropriées comme suite à d'éventuelles incidences financières découlant de cette déclaration.

113

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la République d'Estonie, la Finlande, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Luxembourg, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, le Portugal, la République slovaque, la République tchèque, le Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord, la Suède et la Turquie:

Les Délégations des Etats susmentionnés se réfèrent à la Déclaration N° 33 faite par plusieurs pays et considèrent que les inscriptions des Plans figurant dans les appendices 30 et 30A du Règlement des radiocommunications concernent des administrations et qu'aucune distinction ne doit être faite entre des systèmes commerciaux et d'autres systèmes.

114

Original: russe

Pour la République du Kazakstan, la Fédération de Russie et l'Ukraine:

S'agissant de la déclaration contenue dans le Document 311 et portant sur l'application des parties de Résolutions 95 (Minneapolis, 1998) et 73 (Minneapolis, 1998) concernant les réseaux ou les systèmes à satellite qui acheminent des télécommunications officielles, les Délégations de la République du Kazakstan, de la Fédération de Russie et de l'Ukraine réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de déterminer dans quelle mesure ils appliqueront lesdites résolutions, en ce qui concerne leurs systèmes et réseaux de ce type au cas où il serait porté atteinte à l'universalité de l'application desdites résolutions.

115

Original: français

Pour la République d'Haïti:

Après avoir examiné les déclarations et réserves contenues dans le Document 311 de la Conférence, la Délégation de la République d'Haïti, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où d'autres Membres actuels ou futurs n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union, des annexes ou des protocoles qui y sont joints ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

Cette Délégation formule également des réserves concernant toute disposition des instruments d'amendement (Minneapolis, 1998) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) qui serait contraire à la législation en vigueur dans la République d'Haïti ou qui pourrait, de quelque manière que ce soit, porter atteinte à son droit souverain de réglementer ses télécommunications.

netzen, über die Staatsfernmeldeverbindungen übertragen werden, und anderen Satellitennetzen ein Unterschied gemacht wird; sie behalten sich das Recht vor, im Falle irgendwelcher finanzieller Folgen, die sich aus dieser Erklärung ergeben, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

113

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, die Republik Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, das Königreich der Niederlande, die Republik Polen, Portugal, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden und die Türkei:

Die Delegationen der oben genannten Staaten beziehen sich auf die Erklärung mehrerer Länder (Nr. 33) und sind der Auffassung, dass die Eintragungen in den Plänen der Anhänge 30 und 30A der Vollzugsordnung für den Funkdienst sich auf Verwaltungen beziehen und dass kein Unterschied zwischen kommerziellen und anderen Systemen gemacht werden darf.

114

Original: russisch

Für die Republik Kasachstan, die Russische Föderation und die Ukraine:

Hinsichtlich der im Dokument 311 enthaltenen Erklärung, die sich auf die Anwendung derjenigen Teile der Entschlüssen 95 (Minneapolis 1998) und 73 (Minneapolis 1998) bezieht, welche die für die Übertragung von Staatsfernmeldeverbindungen vorgesehenen Satellitennetze oder -systeme betreffen, behalten die Delegationen der Republik Kasachstan, der Russischen Föderation und der Ukraine ihren Regierungen das Recht vor, festzulegen, in welchem Maße sie die genannten Entschlüssen bei ihren eigenen entsprechenden Systemen und Netzen anwenden werden, falls die Universalität der Anwendung dieser Entschlüssen verletzt wird.

115

Original: französisch

Für die Republik Haiti:

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 311 enthaltenen Erklärungen und Vorbehalte behält die Delegation der Republik Haiti bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere, derzeitige oder zukünftige Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Union oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Ferner formuliert diese Delegation Vorbehalte zu allen Bestimmungen der Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die im Widerspruch zu den in der Republik Haiti geltenden Rechtsvorschriften stehen oder in irgendeiner Weise ihr souveränes Recht, ihre Fernmeldedienste zu regeln, berühren könnten.

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die am 22. Dezember 1992 in Genf beschlossen und am 14. Oktober 1994 in Kioto sowie am 6. November 1998 in Minneapolis geändert wurden, regeln auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikation und legen den für die internationalen Telekommunikationsdienste notwendigen Rahmen fest. Die Konstitution und die Konvention werden von den in der Internationalen Fernmeldeunion zusammengeschlossenen Mitgliedstaaten beschlossen. Die Union besteht seit 135 Jahren; Deutschland gehört zu den Gründerländern. Die Internationale Fernmeldeunion, der zur Zeit 189 Mitgliedstaaten angehören, ist heute eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Am 6. November 1998 haben die Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion in Minneapolis eine Reihe von Änderungen der Konstitution und der Konvention beschlossen. Diese – von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten – Änderungen wurden auf der Basis der am 22. Dezember 1992 in Genf beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten und ratifizierten Konstitution und Konvention sowie der am 14. Oktober 1994 in Kioto beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls unterzeichneten und ratifizierten Änderungen dieser Konstitution und Konvention (Vertragsgesetz vom 20. August 1996, BGBl. 1996 II S. 1306) erarbeitet.

Gemäß den Teilen II der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Minneapolis 1998 beschlossenen Urkunden über die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion Genf 1992 und der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Kioto 1994 beschlossenen Änderungen dieser Konstitution und Konvention, treten die in Minneapolis vereinbarten Änderungen am 1. Januar 2000 zwischen den Mitgliedern der Union in Kraft, die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion Genf 1992 sind und die bis zu diesem Tag eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde bezüglich der in Minneapolis beschlossenen Änderungsurkunden hinterlegt haben. Für die übrigen Mitglieder – wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland – werden die Änderungen der Konstitution und der Konvention mit dem Tag der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretär der Union wirksam.

Artikel 54 der Konstitution enthält Regeln über die Verbindlichkeit der von den zuständigen weltweiten Funkkonferenzen und weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste angenommenen Vollzugsordnungen sowie über die vorläufige und endgültige Verbindlichkeit von ihnen revidierter Vollzugsordnungen.

In der beim Generalsekretär der ITU zu hinterlegenden Ratifikationsurkunde bezüglich der Änderungen der Konstitution und der Konvention wird klargestellt, dass sich der von den Mitgliedsländern der Europäischen Union eingelegte Vorbehalt 63 nicht auf den Vorrang des Ver-

trags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sondern auf den Vorrang des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft bezieht.

II. Besonderes

Die Änderungen der Konstitution und der Konvention Minneapolis (1998) betreffen vor allem folgende Punkte:

1. Öffnung der Union für den privaten Sektor

Der Zweck der Union wurde gemäß Artikel 1 Buchstabe a^{bis} der Konstitution dahingehend erweitert, dass die Teilnahme von Rechtsträgern (z.B. Unternehmen) und Organisationen an den Arbeiten der Union zu fördern und zu verstärken und eine fruchtbare Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen diesen und den Mitgliedstaaten sicherzustellen ist. Rechtsträger und Organisationen (Sektormitglieder gemäß Randnummer 1001 B der Anlage zur Konstitution) in diesem Sinne sind gemäß dem geänderten Artikel 19 Abs. 1 Buchstabe a und b der Konvention u.a. alle anerkannten Betriebsunternehmen (wie private Betreiber von Telekommunikationsnetzen) und industriellen Unternehmen (wie Produzenten von Telekommunikationsgeräten) sowie alle anderen Rechtsträger, die sich mit Fragen des Fernmeldewesens befassen und die zur Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors zugelassen sind.

Der geänderte Artikel 2 der Konstitution stellt klar, dass die Internationale Fernmeldeunion eine zwischenstaatliche Organisation ist, in der die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder zusammenarbeiten, um den Zweck der Union zu erfüllen.

– Sektormitglieder sind in Zukunft gemäß Artikel 3 Abs. 3 Buchstabe b der Konstitution grundsätzlich berechtigt, bei der Annahme von Fragen und Empfehlungen sowie bei Beschlüssen bezüglich der Arbeitsweise und der Verfahren des betreffenden Sektors mitzuwirken. Es erfolgt eine weitgehende Gleichberechtigung von Sektormitgliedern und Mitgliedstaaten bei der Arbeit der Studienkommissionen gemäß Artikel 20 Abs. 5^{bis} der Konvention.

– Gemäß Artikel 3 Abs. 3 Buchstabe a der Konstitution dürfen Sektormitglieder zukünftig Vorsitzende und Vizevorsitzende für die Versammlungen und Tagungen der Sektoren sowie für die weltweiten Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens stellen.

– Vertreter der Sektormitglieder können sich an den Arbeiten der beratenden Gruppe für das Funkwesen, der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens beteiligen (Artikel 11A Abs. 1, Artikel 14A Abs. 1 und Artikel 17A Abs. 7 der Konvention).

Zu den Aufgaben der beratenden Gruppen gehört es,

- Prioritäten, Programme, Abläufe, finanzielle Fragen und Strategien innerhalb des jeweiligen Sektors zu prüfen (Artikel 11A Abs. 2 Ziffer 1, Artikel 14A Abs. 2 Ziffer 1 und Artikel 17A Abs. 8 Ziffer 1 der Konvention),

- die Fortschritte bei der Durchführung des Arbeitsprogramms zu prüfen (Artikel 11A Abs. 2 Ziffer 2, Artikel 14A Abs. 2 Ziffer 2 und Artikel 17A Abs. 8 Ziffer 2 der Konvention) und
 - Leitlinien für die Arbeit der Studienkommissionen aufzustellen (Artikel 11A Abs. 2 Ziffer 3, Artikel 14A Abs. 2 Ziffer 3 und Artikel 17A Abs. 8 Ziffer 3 der Konvention).
- Rechtsträger oder Organisationen können auf Beschluss der Versammlung oder der Konferenz eines Sektors auch als assoziierte Teilnehmer zu den Arbeiten einer bestimmten Studienkommission oder der ihr untergeordneten Gruppen zugelassen werden (Artikel 19 Abs. 11 der Konvention).

2. Finanzen der Union

Bisher haben die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion gemäß Artikel 8 Abs. 2 Buchstabe c der Konstitution den Höchstbetrag aller Ausgaben der Union für die Zeit bis zur nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzt. Angesichts zunehmender Haushaltsprobleme der Mitgliedsländer und um eine größere Planungssicherheit für die Regierungen zu erreichen, wird zukünftig die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gemäß Artikel 28 Abs. 3^{bis} Ziffer 4 Satz 1 der Konstitution die Obergrenze für die Höhe der Beitragseinheit festlegen. Auf der Grundlage der daraufhin von den Mitgliedstaaten gewählten Beitragsklassen (vgl. Artikel 28 Abs. 3^{bis} Ziffer 4 Satz 2 und Ziffer 5 der Konstitution) genehmigt die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten erst dann den Finanzplan der Union gemäß Artikel 28 Abs. 3^{bis} Ziffer 6

der Konstitution. Das Volumen des Haushalts der Union wird damit nicht nur von der Ausgaben- sondern auch von der Einnahmenseite geprägt. Durch dieses Verfahren soll sichergestellt werden, dass nur solche Aktivitäten in den Finanzplan eingestellt werden, zu deren Finanzierung auch Mittel zur Verfügung stehen.

3. Struktur- und Organisationsfragen

- Weltweite Funkkonferenzen und Funkversammlungen werden zukünftig normalerweise alle zwei bis drei Jahre (bisher alle zwei Jahre) einberufen (Artikel 13 Abs. 2 der Konstitution).
- Die Zahl der Mitglieder im Funkregulierungsausschuss wurde von bisher neun auf höchstens entweder zwölf Mitglieder oder auf die Anzahl von Mitgliedern, die dem Prozentsatz von 6% der Gesamtzahl der Mitgliedstaaten entspricht, erhöht, je nach dem, welche Zahl größer ist. Die entsprechende Regelung wurde aus der Konvention in die Konstitution (Artikel 14 Abs. 2) übernommen.
- Die Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen wird von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommen (Artikel 32 Abs. 1 der Konstitution und Artikel 32 der Konvention). Sie ist jedoch nicht mehr in der Konvention enthalten.
- Die Zahl der Mitgliedstaaten des Rates (zur Zeit 46 Mitglieder) wird von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt (Artikel 4 Abs. 1 der Konvention). Diese Zahl darf 25% der Gesamtzahl der Mitgliedstaaten nicht überschreiten (Artikel 4 Abs. 2 der Konvention).